Enough is enough!

Nr. 12
Dez 00/
Februar 2001
5,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

Nazi

Nazi-Szene

- Nazi-Treff Club 88
- Konflikte in der NPD

Antirassismus

- Grenzcamp
- Lagebericht des Auswärtigen Amtes

Inhalt:



Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

Herausgeber:
Enough is Enough
Redaktionskollektiv/Kiel
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion
c/o Initiativencentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
RAT
reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkrk
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4 mal pro Jahr

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben
Lieferung (leider) nur gegen Vorkasse möglich

Liebe Leserinnen, liebe Leser

noch vor der Sommerpause hatte der Deutsche Bundestag mehrheitlich einen Antrag abgelehnt, sich mit den Aktivitäten der extremen Rechten und dem grassierenden Rassismus zu beschäftigen. Erst der Bombenanschlag in Düsseldorf am 27. Juli, bei dem zehn AussiedlerInnen, die meisten jüdischen Glaubens, verletzt worden waren, und dessen weltweite Beachtung, führte dazu, dass sich die Landes- und BundespolitikerInnen des Themas annahmen. Nun vergeht kein Tag, an dem nicht neue Appelle zur Zivilcourage und gegen den Haß veröffentlicht werden, keine Woche ohne die Gründung eines neuen Bündnisses gegen rechts. Manchenorts haben PolitikerInnen auch gemerkt, dass sie zu denjenigen gehört haben, die in der Vergangenheit die „Gefahr von rechts" nicht ernst genug genommen haben. Aber solch selbstkritisch wirkenden Äußerungen sind inzwischen vielfach schon zur Floskel geworden, die es erleichtert, der Diskussion um die Ursachen der Ausbreitung des Neofaschismus zu entgehen.

Die Ursachen lägen in der „Mitte der Gesellschaft" hören wir, und das klingt so, als seien wir uns alle der politischen Dimension bewusst, dass es eben nicht eine kleine isolierte Minderheit ist, deren Einstellungen und Handeln sich an völkischem Nationalismus und Rassismus, an Antisemitismus und Sozialdarwinismus orientieren. „Aus der Mitte der Gesellschaft" – das können aber, so vertreten es manche, ebenso die 68er mit ihrer „antiautoritären Erziehung" sein, oder eine allgemein verbreitete, diffuse „Ausländerfeindlichkeit". Die Formel von der „Mitte der Gesellschaft" verkommt zur inhaltsleeren Floskel, wenn nicht über politische Interessen und politische Verantwortlichkeiten gesprochen wird.

Der Politikwissenschaftler Reif-Spirek hat kürzlich zu Recht daran erinnert, dass das, „was damals in der Aufstiegsphase der `Republikaner` noch als Beispiel für fremdenfeindliche Denkstrukturen galt, in die Mitte des politischen Systems gewandert (ist). Die Abschottungslogik der Festung Europa wird nur noch von kleinen Basisinitiativen kritisiert, und diese Logik wird auch durch ein Einwanderungsgesetz – so notwendig diese Selbstanerkennung als Einwanderungsland auch ist – nicht gebrochen, solange darin ausschließlich ein Instrument zur deutschen Rentensicherung und zur Anwerbung hochqualifizierter Arbeitnehmer verstanden wird." Und weiter: „Ein Elitenmultikulturalismus, der die dumpfen rechten Schläger verachtet und deren `Rassismus von unten` bekämpft, weil er die Weltoffenheit des Standorts und den Betriebsfrieden multinationaler Belegschaften gefährdet, bleibt zugleich gleichgültig gegenüber den realen diskriminierenden Lebensverhältnissen, die den Alltag vieler hier lebender Ausländer prägen. Diese Diskriminierung durch geringe Bildungschancen, schlechte Wohnverhältnisse und untergeordnete Stellungen in den Betriebshierarchien ist eingelassen in soziale Strukturen kumulativer [d.h. sich verstärkender] Ungleichheit, die immer auch `ethnisiert` sind. Die darin zum Ausdruck kommende Feindlichkeit der Verhältnisse wird nicht durch rechte Überzeugungstäter verursacht, sondern basiert auf der `farbenblinden` Mitarbeit all jener, die, ohne Fremdenhass zu verspüren, lediglich funktionieren müssen."

Die nächste Welle rassistischer Propaganda „aus der Mitte der Gesellschaft" zeichnet sich bereits ab. Die CDU-Parteiführung hat in den letzten Wochen mehrfach erklärt, sie werde sich der Themen „Asyl" und „Zuwanderung" im nächsten Bundestagswahlkampf annehmen. Es gehört wenig Phantasie dazu sich vorzustellen, in welcher Form das geschehen wird. Die Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit und der Versuch von Rüttgers, mit der „Kinder statt Inder"-Losung die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen, sagen hierzu alles. Die Äußerung des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Michael Glos – „Die einzige Möglichkeit (für die Regierung), zu verhindern, dass dieses Problem ein großes Wahlkampfthema wird, ist, es vorher zu lösen" – kann getrost als Drohung verstanden werden. Und es steht zu befürchten, dass die SPD – wie schon bei der de facto Beseitigung des Grundrechts auf Asyl – diesem Druck erneut nachgibt. Jedenfalls hat die Koalition aus SPD und Bündnis `90/Die Grünen mit Innenminister Schily einen Amtsträger, der ebenfalls einen scharfen Kurs der Ausgrenzung und Abschreckung gegenüber Flüchtlingen fährt. Auch hier gilt, dass für die skandalösen Lebensbedingungen von Flüchtlingen, hinter denen sich eine strukturelle Diskriminierungsbereitschaft verbirgt, die auch von staatlichen Institutionen mit verantwortet wird, nicht die extreme Rechte verantwortlich ist.

Noch immer gelten für Flüchtlinge und EinwanderInnen eine Vielzahl von rassistischen und diskriminierenden Sondergesetzen. Für sie ist die politische Betätigung außerhalb der existierenden Parteien stark eingeschränkt, Asylbewerberleistungsgesetz und Residenzpflicht schliessen AsylbewerberInnen von der Teilhabe an gesellschaftlichen Vorgängen weitgehend aus – um nur wenige Beispiele zu nennen. Diese Menschen werden so täglich als Objekte markiert, denen gleiche Rechte nicht zukommen, die „anders" und „minderwertig" sind. Dass diese Botschaft „aus der Mitte der Gesellschaft" rassistischen Schlägern und neofaschistischen Agitato-

ren als Bestätigung, Ermunterung und Handlungsaufforderung gilt, kann nicht verwundern.

Nicht wenigen, die sich in den letzten Wochen zu Wort gemeldet haben, geht es darum, im Windschatten der aktuellen Debatte demokratische Rechte weiter einzuschränken. Innenminister Schily hat bedauert, dass es in Deutschland keine Nationalgarde wie in den USA gibt und sich damit nicht nur als Liebhaber dieser Truppe geoutet, die in den USA regelmässig auch gegen Streikende eingesetzt wird, sondern zugleich die fortschreitende Aufrüstung und Militarisierung des Bundesgrenzschutz verharmlost. Das Eintreten Schilys und anderer Bundes- und LandespolitikerInnen für ein Verbot der neofaschistischen NPD trägt auch den Geruch einer politischen Ersatzhandlung. Dieses läßt sich zwar im Ausland gut darstellen und kommt den Erwartungen vieler BundesbürgerInnen entgegen, aber antisemitische, rassistische und völkisch-nationalistische Einstellungen sind damit noch nicht verschwunden.

Der politischen Klasse fällt nun, wo ein Teil von ihr etwas gegen die Ausbreitung der organisierten Neofaschismus tun möchte, die Politik der letzten 50 Jahre auf die Füsse, in der man staatliche Maßnahmen gegen neofaschistische Organisationen vor allem mit Verweisen auf „die gestörte öffentliche Ordnung" oder „Extremismus" durchführte, nicht aber mit der Begründung, sie seien faschistisch und ihr öffentliches Auftreten sei eine Fortführung verbrecherischer Tätigkeiten, die die Alliierten nach 1945 zu recht verboten hatten. Wäre es gesellschaftlich verankert, d.h. auch: in Gesetzgebung und Rechtsprechung anerkannt, mit dieser Begründung faschistischen Organisationen und entsprechender Propaganda keinen öffentlichen Raum zuzugestehen, dann würden wohl weder die Stadt Neumünster noch das Land Schleswig-Holstein glauben, sie müssten auf das Gaststättenrecht zurückgreifen, um einen überregional bedeutsamen Neonazi-Treffpunkt wie den Club 88 zu schliessen. Von dieser Erkenntnis sind die Landes- und RegionalpolitikerInnen in diesem Land jedoch noch weit entfernt. Statt dessen, so ließ der Staatssekretär des Bildungsministeriums von Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, bei einer Veranstaltung Anfang Oktober in Neumünster verlauten, wolle er sich mit Vertretern des Club 88 treffen. Nach der zunächst fehlgeschlagenen Schließung des Neonazi-Treffs ein weiterer Erfolg der Faschisten, werden sie doch als Gesprächspartner nun sogar von der Landesregierung anerkannt.

Solch politische Dummheit bzw. Gefährlichkeit ist allerdings nicht auf Schleswig-Holstein beschränkt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach meinte allen Ernstes, wer mehrmals wöchentlich im Sportverein trainiere und danach müde ins Bett falle, der komme nicht so leicht auf krumme Gedanken. Oder Joachim Erwin, der Oberbürgermeister von Düsseldorf: Er lud zum städtischen Tag-der-Einheit-Empfang nicht nur Neofaschisten um den stadtbekannten Torsten Lemmer ein, sondern schritt auch nicht ein, als diese beim Absingen der Nationalhymne die erste Strophe schmetterten. Vielleicht aber findet Erwin das auch gar nicht problematisch, hielt er doch selbst im März dieses Jahres einen Vortrag beim Verband Deutscher Soldaten, beim dem auch die Unbelehrbaren der SS und des Stahlhelm unterkrochen. Kann es angesichts solcher „Vorbilder" noch verwundern, wenn Lemmer & Co. auch zur Teilnahme am Düsseldorfer „Bündnis gegen Extremismus und Gewalt" eingeladen wurden?!

So notwendig die Bildung von Bündnissen ist, um den politischen und praktischen Bewegungsspielraum der Neofaschisten und ihrer Stichwortgeber einzuschränken, so wenig Orientierung bieten dabei die inzwischen weit verbreiteten inhaltsleeren moralischen Appelle. Wichtig sind Bündnisse an der Basis, die die oben angesprochenen diskriminierenden gesellschaftlichen Strukturen und Praktiken nicht ignorieren, sondern neben der unmittelbar antifaschistischen auch eine antirassistische und internationalistische Herangehensweise zulassen. Hier sind insbesondere die Gewerkschaften gefordert, ihre häufig durch Standortnationalismus beeinflusste Politik zu überwinden und den sich ausbreitenden Konkurrenzverhältnissen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Dies wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer Bewegung, die Bürgerrechte für alle hier lebenden Menschen durchsetzen kann.

Damit wären auch die Chancen verbessert, die Opfer rassistischer Gewalt und Strukturen nicht nur als Opfer, sondern auch als handelnde Menschen wahrzunehmen, mit denen gemeinsam für ein Ende der Ausgrenzung und Entrechtung gekämpft werden kann. In dieser Perspektive ist auch das Engagement jener notwendig, die seit Jahren in antifaschistischen und antirassistischen Zusammenhängen tätig sind, sich aber derzeit aus Verärgerung über die Heuchelei vieler PolitikerInnen, zurückgezogen haben. Diese Entscheidung macht es nicht leichter, jetzt wirksam in den Gang der Dinge eingreifen zu können....

Enou



NMazidemonstration am 2. September in Neumünster

Nazi-Treff Club 88 – es hat gerade erst angefangen...

Im Frühjahr sorgten insbesondere die Morddrohungen gegen den Elmshorner Metallgewerkschafter Uwe Zabel bundesweit für Schlagzeilen. Seit dem Frühsommer hat sich die Aufmerksamkeit auch überregionaler Medien mehr der Auseinandersetzung um den Nazi-Treffpunkt Club 88 zugewandt – nicht zuletzt dank der langen Vorarbeit antifaschistischer Gruppen. Die Schließung des Club 88 konnte bisher nicht durchgesetzt werden – Grund genug, die bisherigen Auseinandersetzungen nachzuzeichnen, ihren politischen Kern zu markieren und Ansatzpunkte für weitere antifaschistische Aktivitäten in dieser Sache zu formulieren.[1]

Wird heute bei Vorträgen auf die Anfänge der Aktivitäten gegen den Nazi-Treffpunkt Club 88 eingegangen, wird gerne auf die antifaschistische Demonstration am 24. Juni verwiesen, an der 800 Menschen teilnahmen. Übersehen wird dabei allerdings, dass es vor allem unabhängige antifaschistische Gruppen waren, die das örtliche Bündnis gegen rechts Mitte April bei einer stadtweiten Flugblattverteilaktion massiv unterstützt hatten. Die damalige Aktion hatte vier Ziele:

- es sollte noch einmal vielen Menschen die Bedeutung des Club 88 als überregionalem Nazi-Treffpunkt deutlich gemacht werden;
- durch die große Zahl verteilter Flugblätter und den darin formulierten Handlungsbedarf sollte Druck auf den Bürgermeister und die Ratsversammlung ausgeübt werden, die bis dahin verfolgte Taktik des Verharmlosens und Wegsehens - so war ein Brief eines wegen der Nazi-Aktivitäten besorgten Schulleiters monatelang nicht einmal beantwortet worden – aufzugeben;
- das durch das Auftreten der Nazis und ihrer Gewalt entstandene Klima der Einschüchterung sollte aufgebrochen werden;
- ganz bewußt wurde auch in den Stadtteilen verteilt, in denen viele der Faschisten wohnen und die sie als „ihre" Stadtteile begreifen. Der Versuch der Faschisten, die Verteilaktion dort durch Gewaltandrohung zu beenden, scheiterte an der Entschlossenheit und Disziplin der beteiligten AntifaschistInnen.[2]

Alle vier Ziele konnten erreicht werden. Mit dieser Aktion war der erste wesentliche Baustein für die folgende Entwicklung gelegt worden, vor allem: es war – seit langer Zeit erstmals wieder in Neumünster - öffentlich gezeigt worden, dass organisiertes antifaschistisches Auftreten möglich und wirksam ist.

Die Stadt will den Nazi-Treffpunkt schließen

In der Ratsversammlung der Stadt Neumünster hatte lediglich die Alternative Liste schon länger auf die neonazistischen Aktivitäten rund um den Club 88 hingewiesen; die übrigen Parteien ignorierten das Thema bzw. kamen über einige wohlfeile Erklärungen, denen jedoch keine Taten folgten, nicht hinaus. Die Stadt Neumünster sah lange keine Notwendigkeit zum

Handeln gegen den Nazi-Treff. Erst die im Frühsommer deutlich werdende zunehmende Erwartungshaltung brachte die Stadt Neumünster schließlich doch dazu, über eine Schließung des Club 88 ernsthafter nachzudenken. In einer Anzeige im lokalen „Holsteinischer Courier" verkündete Oberbürgermeister Unterlehberg, dass eine „erste Stadtteilkonferenz im Stadtteil Faldera bereits im Oktober 1998"[3] u.a. zu diesem Thema stattgefunden habe. In der Anzeige ist die Monatsangabe die einzig fett gedruckte Stelle im ganzen Text – ein peinlicher Versuch, das lange Nichtstun zu verschleiern, denn konkrete Aktivitäten der Stadt gegen das Treiben der Neonazis sind aus der genannten Veranstaltungen nicht erwachsen.

Welche politisch bedenkliche Sichtweise der SPD-Oberbürgermeister auf das Problem Neofaschismus hat, lässt sich auch aus einer gemeinsam mit den Stadträten Arend (CDU) und Humpe-Wasmuth (SPD) kurz vor der antifaschistischen Kundgebung verbreiteten Erklärung ersehen. In ihr wird dazu aufgerufen, „Gesicht zu zeigen", um sich von „einem Gedankengut zu distanzieren, das unanständig ist und unserem Volk schon großen Schaden zugefügt hat." Ob es angesichts fortlaufender Angriffe insbesondere auf Menschen ohne deutschen Pass bzw. mit anderer Hautfarbe Dummheit, fehlende Sensibilität oder sonst etwas ist, dass Unterlehberg vom Schaden für „unser Volk" sprechen lässt, sei dahingestellt.

Zur einer juristisch schwachen Schließungsverfügung kam es erst nach massivem politischen Druck. Sie stützte sich auf das Gaststättenrecht. In einer Pressemitteilung vom 23. August behauptet die Stadt Neumünster, dass „seit dem heutigen Tage Erkenntnisse und Tatsachen des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein vorliegen, die einen Widerruf der Konzession aussichtsreich erscheinen lassen". Die dann angeführten Begründungen, dass die Konzessionsinhaberin langjährige Aktivistin der Neonazi-Szene ist und der Club 88 der Rekrutierung neofaschistischen Anhangs dient, sind nun wahrlich schon sei längerem bekannt.

Die Schließung des Neonazi-Treffs währte nur wenige Tage; mit einem Eilantrag hatte die Konzessionsinhaberin Christiane Dolscheid beim Verwaltungsgericht Schleswig Erfolg. Und Ende September wies dieses Gericht die Schließungsverfügung ganz zurück, was die Neonazis als einen „ersten großen Sieg" feierten, weil der Club 88 „damit weiterhin den Kameraden in Norddeutschland erhalten"[4] bleibe.

Auch die von der Stadt spät um Unterstützung gebetene Landesregierung bewies „entschlossenen Einsatz gegen rechts". Zwecks Übergabe von der Partei Bündnis `90/Die Grünen gesammelter Unterschriften gegen den Club 88 hatte sich deren Bundestagsabgeordnete Angelika Beer an das Innenministerium gewandt. Dort beschied man ihr Mitte August knapp, „dass das Innenministerium keine Zuständigkeit im Bereich des Gaststättenrechts" habe; sie möge sich doch an das Wirtschaftsministerium wenden. Erst nachdem die Unterschriftenlisten von vielen Menschen genutzt wurden, um die sofortige Schließung des Neonazi-Treffs zu fordern, sah sich der Innenminister denn wohl doch genötigt, diese entgegenzunehmen.

Anfang Oktober hat die Stadt Neumünster beim Oberverwaltungsgericht in Schleswig Beschwerde gegen den Beschluss der ersten Instanz eingelegt. „Es kann sein, dass das Gaststättenrecht ein stumpfes Schwert in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist", meinte dazu der Oberbürgermeister Neumünsters. Nun wirkt sich politisch nachteilig aus, dass die herrschende Politik in diesem Land staatliche Maßnahmen gegen neofaschistische Organisationen seit jeher vor allem mit Verweisen auf „die gestörte öffentliche Ordnung" oder deren „Extremismus" durchführte, nicht aber mit der Begründung, sie seien faschistisch und ihr öffentliches Auftreten sei eine Fortführung verbrecherischer Tätigkeiten, die die Alliierten nach 1945 zu recht verboten hatten. Wäre dies gesellschaftlich verankert, d.h. wäre dies in Gesetzgebung und Rechtsprechung verankert und eine umgesetzte gesellschaftliche Praxis, dann würden wohl weder die Stadt Neumünster noch das Land Schleswig-Holstein glauben, sie müssten auf das Gaststättenrecht zurückgreifen, um einen überregional bedeutsamen Neonazi-Treffpunkt wie den Club 88 zu schliessen. So aber sind auch früher bereits in vielen Städten verkündete Beschlüsse, den Neofaschisten keine öffentlichen Räume oder Plätze zur Verfügung zu stellen, inzwischen das Papier nicht mehr wert, auf denen sie geschrieben wurden.



Nazidemonstration 16.9.00 Neumünster

Neofaschisten treten selbstbewußt auf

Die norddeutsche Neonaziszene um den Hamburger Nazi Christian Worch und das sogenannte „Aktionsbüro Norddeutschland" haben den Kampf um den Weiterbetrieb ihres Treffpunktes in Neumünster zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in den letzten Monaten gemacht. Aufmärsche, Flugblattaktionen, Auftreten bei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen und Androhung bzw. Ausübung von Gewalt – so breit spannen sich die Aktionsformen der Neonazis in Neumünster. An keinem Ort in der Bundesrepublik hat es bisher eine vergleichbare Mobilisierung der Neonazis für einen ihrer Treffpunkte gegeben; das in Berlin von Nazis betriebene „Cafè Germania" mußte nach vielfältigen antifaschistischen Protesten schließen – ähnlich ging es anderen Treffpunkten. Tatsächlich ist der Club 88 einer der am längsten bestehenden Treffs der Nazis seiner Art; da der Aufbau solcher offen zugänglicher Anlaufpunkte und Rekrutierungsorte ein wichtiger Teil der gegenwärtigen Taktik der Neonazis ist, wollen Worch & Co. in Neumünster exemplarisch ausprobieren, ob sie soviel Druck und Einschüchterung entwickeln können, dass ihnen der Treff erhalten bleibt. Und offensichtlich fühlen sie sich stark genug, diese Auseinandersetzung aufnehmen zu können.

Für dieses Selbstbewußtsein gibt es aus Sicht der Neonazis gute Gründe. Insbesondere die im Zusammenhang mit der Diskussion zur Abschaffung des Asylrechts Anfang der 90er Jahre stattfindenden Pogrome gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen bestärkten die Neonazis in dem Selbstbild, als kämpferische Avantgarde wie ein „Fisch im Wasser" zu schwimmen. Die Deutsche Alternative, eine im Dezember 1992 verbotene Neonazi-Organisation, zog in ihrer Zeitschrift, dem Brandenburger Beobachter, im Anschluß an das Pogrom in Rostock eine entsprechende Bilanz: „1.500 bis 4.000 Polizisten mögen dort 500 Jugendliche und 3.000 Erwachsene nach 5 Tagen zum Rückzug gezwungen haben, gesiegt haben diese Ordnungshüter nicht. [...] Diese Auseinandersetzungen kann man allenfalls als vorläufige Abnutzungsschlacht bezeichnen. [...] ist zu erwarten, daß die Vorgänge, die wir nun in Mitteldeutschland erleben, erst ein Anfang sind. Noch ist kein Schuß gefallen, doch ist zu erwarten, daß sich eine arbeitslose und selbstbewußte Bevölkerung nicht mehr lange an der Nase herumführen läßt. Wird erst einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, daß der anhaltende Zustrom weiterer Ausländer nach Deutschland kein Zufall, sondern volle politische Absicht ist, muß mit weit größeren politischen und sozialen Unruhen gerechnet werden!"(5) Auch hinsichtlich der Aktionsfähigkeit hat sich die neofaschistische Szene in der Bundesrepublik beträchtlich verändert, was die Anführer der Neonazis sehr bewußt registrieren: In der Zeitschrift Hamburger Sturm, von der kürzlich verbotenen gleichnamigen Gruppierung herausgegeben, war dies dies wie folgt zusammengefasst worden: „Besonders zur Resignation besteht kein Grund, allein das in den letzten 20 Jahren erreichte zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind. [...] Wenn es vor 10 Jahren nur ca. 100 Kameraden waren, die sich zu einer Demonstration zusammengefunden hatten, so erreichen wir heute problemlos das 50-fache an Gleichgesinnten und vom wachsen einer Bewegung hängt der spätere politische Erfolg ab. Es war vor 10 Jahren auch noch ein sehr unangenehmes Erlebnis, wenn unsere Kameraden vom roten Mob angegriffen wurden. Heutzutage fiebern wir solch einen Angriff entgegen, um denen zu zeigen wer mittlerweile das Recht auf der Straße erobert hat. Außerdem ist es gar nicht so lange her, daß jeder Nationalist mit der Auschwitzkeule niedergeschlagen wurde. Jetzt regt sich der Normalbürger nichteinmal über einen bekennenden Nationalsozialisten auf, da man sich an uns gewöhnt hat."(6)

In der NPD-Parteizeitung erläuterte der frühere Funktionär der im November 1992 verbotenen Nationalistischen Front, Steffen Hupka, ein weiteres Element der aktuellen Strategie von NPD und anderen Neonazis: „Zwei Dinge stehen am Anfang: Die materielle Basis ist zu sichern und eigener Wohn- und Versammlungsraum zu schaffen. [...] Durch einen Schankbetrieb in einer Kneipe können



Antifaschistische Blockade 2.9.00: Erstaunlich war die große Bereitschaft zur Teilnahme an Blockadeaktivitäten

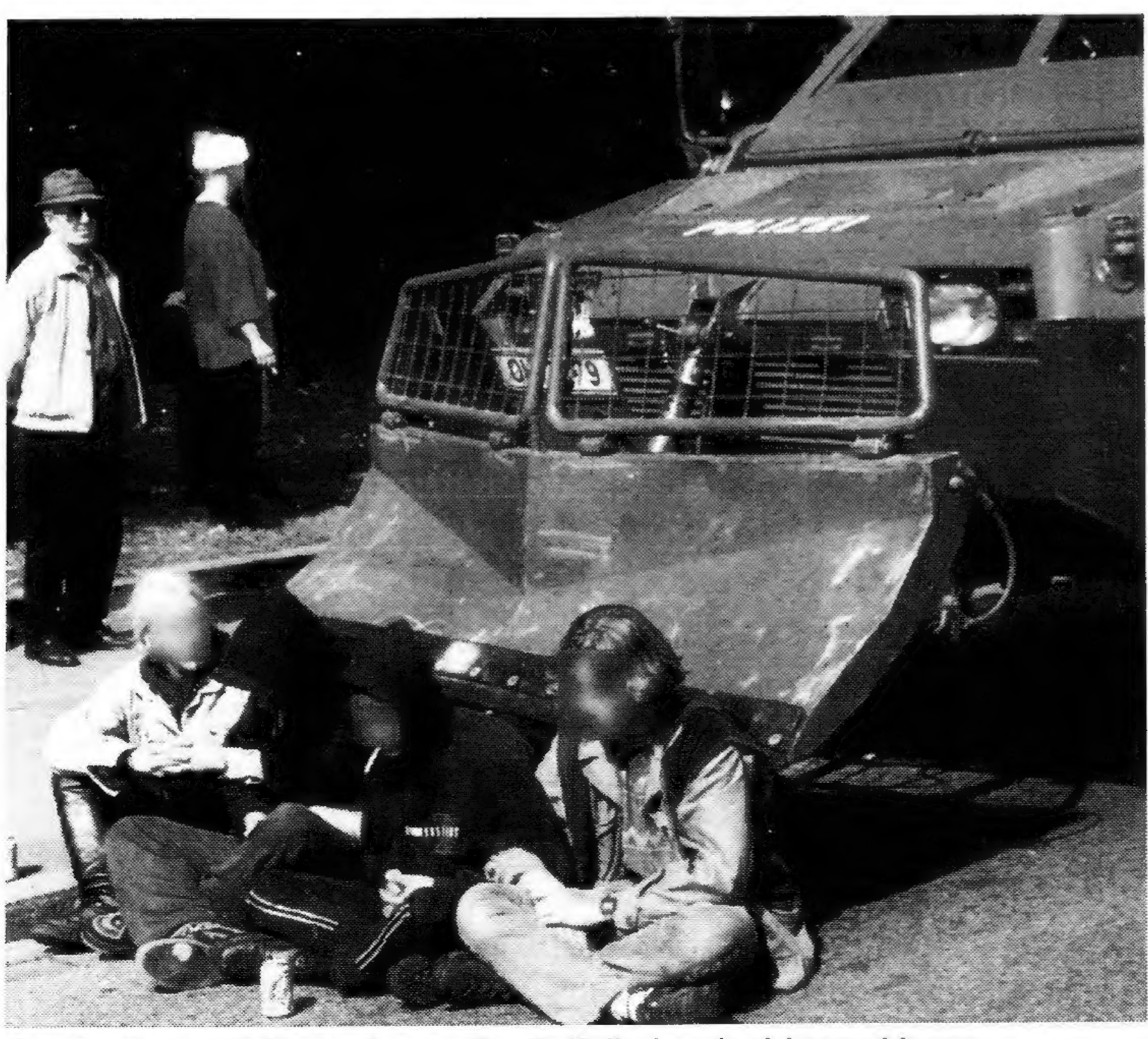
nicht nur eigene Leute angesprochen, sondern auch zunächst außenstehende Jugendliche und Erwachsene, die über diesen `Umweg` für die politische Sache gewonnen werden. Hier kann man sich ungestört unterhalten, nationale Musik hören, Informationen erhalten und aktuelle Termine erfahren."[7] Über drei Jahre konnten die Neonazis in Neumünster dies weitgehend ungestört mit dem Club 88 umsetzen.

Neonazistische Doppelstrategie: „Dialog" und Terror

Seit der Flugblattaktion im April und der antifaschistischen Demonstration im Juni haben Worch & Co. erkannt, dass ihr Treff, mit dem sie seit Jahren Jugendliche rekrutieren, tatsächlich gefährdet ist. Lange konnten sie auf das Desinteresse und die Verharmlosung von örtlicher Politik und Polizei vertrauen, zumal sie auf allzu offenes politisches Auftreten (Aufmärsche) in Neumünster bis dahin verzichtet hatten.

Kurzfristig meldeten die Neonazis für den 2. September einen Aufmarsch durch Neumünster an. Motto: Für den Erhalt des Club 88. Worch und der Nazi-Clique vom Club 88 gelang es, etwa 300-350 Neonazis nach Neumünster zu mobilisieren - aus Norddeutschland, aber auch aus dem Ruhrgebiet. Dabei kamen Worch nicht nur seine führende Rolle in der Neonazi-Szene und die zahlreichen Kontakte zugute, die er seit über zwanzig Jahren in dieser Szene hat; auch die Entscheidung der NPD, sich angesichts der Diskussion um ihr Verbot mit Aufmärschen zurückzuhalten, bot Worch in den letzten Monaten die Möglichkeit, seinen Einfluß in der neofaschistischen Szene auszubauen. Nicht zuletzt wollte er auch das zu seinen Gunsten ausgefallene Urteil des Bundesverfassungsgericht, das den Neonazis weitgehende Möglichkeiten für Aufmärsche einräumt, kurzfristig ausnutzen.

Nachdem die Neonazis am 2. September durch eine antifaschistische Blockade daran gehindert worden waren, durch die Innenstadt Neumünsters zu ziehen, mobilisierte das Nazi-„Aktionsbüro Norddeutschland" für den 16. September erneut zu einem Aufmarsch in die Stadt. Dieses Mal lag die Beteiligung sogar noch höher; auch etliche 14- bis 17Jährige hatten sich dem Nazi-Aufmarsch angeschlossen. Die beiden Aufmärsche in Neumünster sind die zahlenmäßig größten Versammlungen der Neonazis der letzten Zeit gewesen; Worch hat bereits angekündigt, wieder in der Stadt auftreten zu wollen - im Falle einer juristischen Bestätigung der städtischen Schließungsverfügung zum Protest, im Falle eines Erfolgs der Konzessionsinhaberin zum „Triumphzug".



Blockade : am 2.September wollte die Polizei noch nicht zuschlagen

Während die Neonazis mit ihren Aufmärschen selbst und auf mitgeführten Transparenten das Recht auf freie Meinungsäußerung einforderten, stiessen sie in den Kundgebungsreden wüste Drohungen gegen die Vertreter der Stadt Neumünster, aber auch gegen die aktiven AntifaschistInnen in der Stadt aus. Dies war bereits am 2. September der Fall, aber unverständlicherweise von der Stadt Neumünster nicht für ein Verbot des zweiten Aufmarsches verwendet worden.

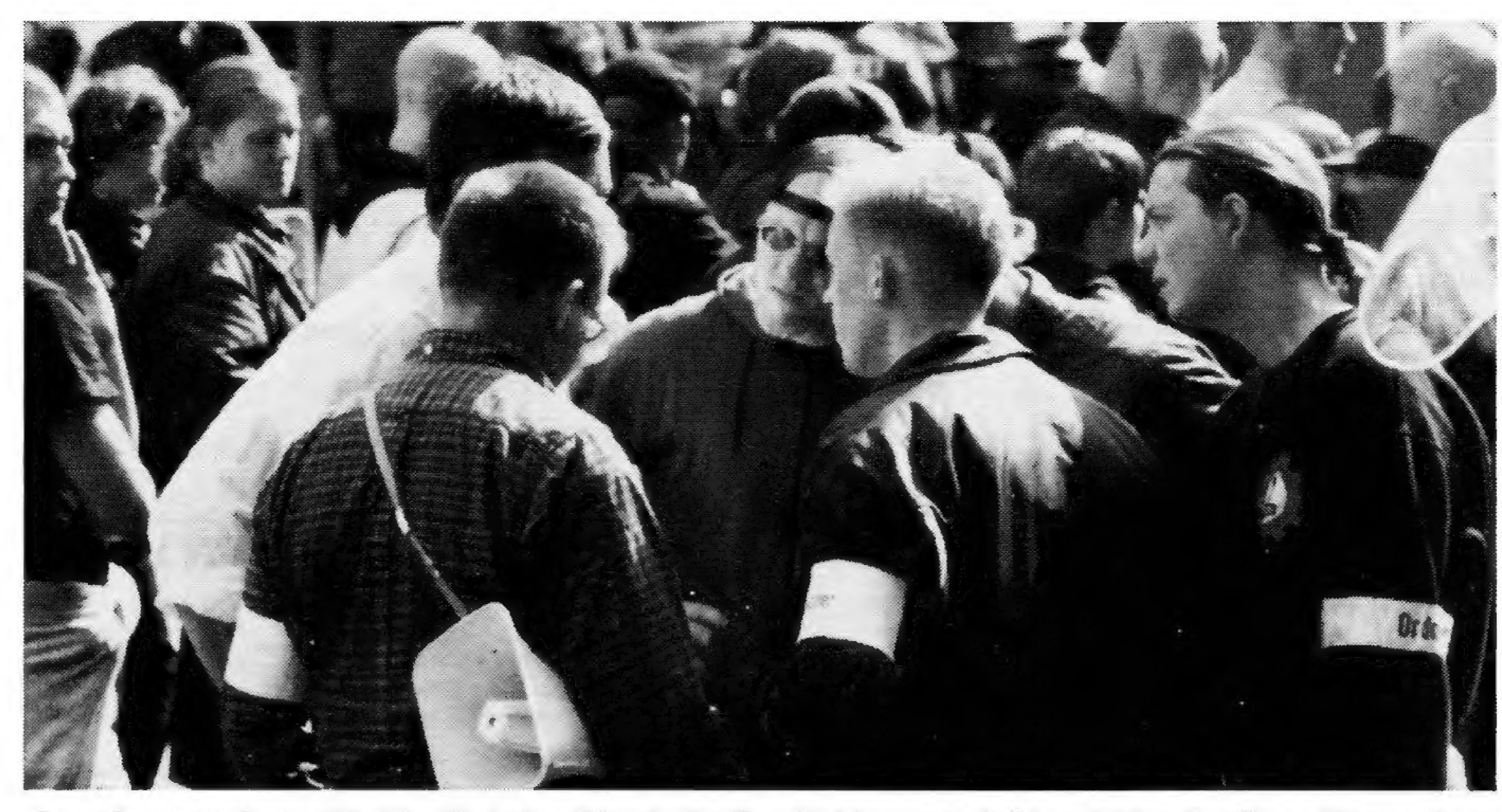
NPD und andere neofaschistische Gruppen wollen mit ihrer Forderung „Argumente statt Verbote" erreichen, dass über faschistische Ideologie wie über jede andere (politische) Meinung diskutiert wird – dass sie als gleichberechtigte Diskussionspartner zugelassen werden. Hiergegen richtet sich bekanntlich die im Verlauf dieses Jahres von immer mehr antifaschistisch tätigen Gruppen aufgegriffene Parole „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen". Die Forderung, auch faschistische Ideologie offen verbreiten zu können, ist Teil eines weiterführenden Ziels der Neonazis, das in der Wiederzulassung der NSDAP besteht. Diese Forderung hatte zu Beginn der 80er Jahre schon die Aktionsfront Nationale Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA) erhoben, in der Worch bereits tätig war.

In dieser Form neu am Auftreten der Neonazis (in Neumünster) ist die Organisierung einer Kampagne, in der sie mit Flugblättern, Aufmärschen und dem Besuch von Veranstaltungen die politische Stimmung in der Stadt bzw. in bestimmten Stadtteilen unmittelbar zu beeinflussen versuchen. So verteilten sie im April in den Stadtteilen Gadeland, Faldera und Einfeld Flugblätter. Neonazis wie Marco Faron, der auch im Herbst 1998 an einer NPD-Wahlkampfaktion in Kiel beteiligt war, melden sich in der örtlichen Presse zu Wort, und im Rahmen einer von etwa dreihundert Menschen besuchten Veranstaltung an einer Neumünsteraner Schule stellten sich die Neonazis im Oktober erneut als Gruppe wie andere auch dar, die doch nur ihre Meinung sagen und sich treffen wollen. Dass diese Taktik Erfolge zeitigt, machte nicht nur das bei dieser Gelegenheit von Ralf Stegner, dem Staatssekretär aus dem Schleswig-Holsteinischen Bildungsministerium, geäußerte Gesprächsangebot an die „Besucher des Club 88" deutlich. Damit wertet er die Neonazi-Szene auf, macht sie zum politischen

Gesprächspartner und fällt all denjenigen in den Rücken, die Zielscheiben und Opfer des neofaschistischen Terrors der letzten Jahre geworden sind. Ob hinter Stegners Angebot politische Dummheit, Naivität oder Unerfahrenheit steht, sei dahingestellt.

Der Terror jedenfalls ist die andere Seite der aktuellen Taktik der Neonazis. Die Liste der Drohungen, Anschläge und Überfälle ist auch in Neumünster lang. Ob die Drohungen in den Redebeiträgen, Neumünster werde erst noch ein wirkliches Problem bekommen, wenn die Bemühungen zur Schließung des Club 88 nicht eingestellt würden, oder das Fotografieren bei Veranstaltungen (wie z.B. Anfang Juni bei einem Info-Abend der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), oder die Anschläge auf Wohnungen und Autos aktiver AntifaschistInnen in Neumünster – zur Kampagne der Neonazis gegen die Schließung ihres Nazi-Treffs gehört auch die blanke Gewalt. Und wer sich mit ihnen an einen Tisch setzt oder den Dialog sucht, begeht einen schweren politischen Fehler.

Gelingt es den Neonazis um Worch und den Club 88 dessen Weiterbetrieb durchzusetzen, so wird nicht nur ihre Tätigkeit vor Ort und in Schleswig-Holstein ausgebaut, sondern ihr ohnehin bereits starkes Selbstbewußtsein wird weiter zunehmen. Insofern hat diese Auseinandersetzung Bedeutung über den örtlichen Rahmen hinaus und es muß sich auch an dieser Stelle erweisen, ob antifaschistische/demokratische Kräfte energisch und geschlossen genug sind, um den neonazistischen Aktivitäten zumindest diesen Einhalt zu gebieten.



„Lagebesprechung"(v.l.): Christian Worch, Steffen Holthusen(mit Mega),Tim Bartling, Jürgen Gerg

Polizei setzt ungestörten Aufmarsch der Neonazis durch

Dass die Neonazis auf eine Rechtsprechung und auf polizeiliches Verhalten setzen können, nach der Faschismus eben doch als Meinung und nicht als Verbrechen betrachtet wird, hat sich in Neumünster zuletzt bei den Neonazi-Aufmärschen gezeigt. Am 2. September war es noch gelungen, an einer zentralen Strassenkreuzung eine Blockade zu organisieren, an der sich viele TeilnehmerInnen einer vorher stattgefundenen antifaschistischen Kundgebung des Bündnis gegen rechts beteiligt hatten. Fehleinschätzungen der Polizei bezüglich der Zahl der anreisenden Neonazis und die entschlossene und (für die TeilnehmerInnen) berechenbare Leitung der Blockade durch unabhängige Antifa-Gruppen führten dazu, dass die Polizei schließlich – auch nach Gesprächen mit Regional- und LandespolitikerInnen – von einer bereits angedrohten Räumung der Strasse absahen. Die Neonazis mussten zu ihrem Ausgangsort zurückkehren. Hatten IG Metall, VVN/BdA und andere sich im Vorfeld noch skeptisch gegenüber einer möglichen Blockade geäußert, so wurde diese im Nachhinein zu recht als wesentlicher Teil des an diesem Tag erzielten Erfolgs anerkannt.

Beim zweiten Aufmarsch der Neonazis hatten Polizeiführung und Innenministerium alles getan, um den Faschisten einen ungestörten Marsch durch Neumünster zu ermöglichen. Während Heide Simonis in ihrer Rede bei der antifaschistischen Kundgebung zu Zivilcourage aufrief und gar „kein Fußbreit den Faschisten" forderte, setzten die Truppen ihres Kabinetts- und SPD-Kollegen, Innenminister Buss, durch, dass die Faschisten reichlich Platz hatten, um zu marschieren und ihre neonazistische Propaganda zu verbreiten. Dazu sperrte die Polizei nicht nur den gesamten Bereich des Nazi-Aufmarsches ab, sondern verfolgte und verhaftete Gruppen von AntifaschistInnen, denen es dennoch gelungen war, zur Route des Nazi-Aufmarsches zu gelangen. Über 100 Festnahmen und große Zufriedenheit bei den Neonazis sind Ergebnis dieser Taktik. Die Neonazis, deren Zahl am 16. September noch über der Teilnehmerzahl von Anfang September lag, haben ihr Auftreten denn auch als Erfolg gefeiert.

Im Vorfeld des zweiten Nazi-Aufmarsches hatte die Polizei in Neumünster ein Flugblatt verteilt, indem sie sich verständnisheischend an die BürgerInnen wandte: man fände es ja auch nicht gut, die Neonazis zu schützen, aber so sei nun mal die Rechtslage. Die Polizei schütze keine spezielle Meinung, sondern die Versammlungsfreiheit: „Wir meinen, dass Sie liebe Bürgerinnen und Bürger, dies wissen sollten, wenn Ihre Polizei einem rechten Aufzug am 16.09.00 den Weg bahnen muss." Angesichts der daraus entstehenden Praxis, die nicht nur zu Verhaftungen und Verletzungen auf Seiten protestierender AntifaschistInnen führt, sondern auch in Dienstleistungen wie dem kostenlosen Transport von Neonazis besteht, muss von einer faktischen Unterstützung faschistischer Umtriebe durch die Polizei gesprochen werden. PolizistInnen, die es ernst meinen mit ihrer Abneigung gegen die Neonazis, können dies unter Beweis stellen: sie können Zivilcourage zeigen und die Teilnahme an solchen Einsätzen verweigern.

Für die weitere antifaschistische Tätigkeit ist es wichtig zu erkennen, dass die Polizei in dieser Hinsicht (Schutz von Neonazi-Aufmärschen) unter Druck ist, weil dieses Vorgehen von vielen Leuten, die im Faschismus eben keine Meinung, sondern ein Ver-

brechen sehen, nicht akzeptiert wird. Daher muss auch in dieser Frage der politische Druck auf Polizei, Innenministerium und Landesregierung erhöht werden.

Jetzt alle gegen rechts !?

Maßgeblichen Anteil am Zustandekommen und an der Durchführung der ersten Aktionen und Proteste gegen den Club 88 hatten – neben dem örtlichen Bündnis gegen rechts – unabhängige Antifa-Gruppen aus Schleswig-Holstein. Sie bestimmten noch weitgehend die Redebeiträge bei der Demonstration im Juni. Bei den antifaschistischen Protestkundgebungen anlässlich der Nazi-Aufmärsche im September dominierte bereits das bürgerliche Spektrum (Kirche, SPD, Gewerkschaft), nicht zuletzt mit Blick auf die Kundgebung mit Simonis am 16. September wurde gar versucht, den einzig verbliebenen Beitrag einer linken Gruppe (Avanti-Projekt Undogmatische Linke) ganz rauszudrücken. Als dies nicht gelang, wurde auf dem Ankündigungsflugblatt schlicht von „Avanti" gesprochen – der Hinweis auf den politischen Standort unterblieb.

Unerfreulich und die Zusammenarbeit der antifaschistischen Kräfte belastend war im Vorfeld der Kundgebung vom 16. September das Auftreten der IG Metall Neumünster, die weitgehend eigenmächtig den Auftritt von Simonis durchgesetzt hat. Nicht wenige der Gruppen und Einzelpersonen, die bis dahin die antifaschistische Kampagne in Neumünster getragen hatten, hatten sich wegen der politischen Mitverantwortung von Simonis bzw. der Landes-SPD für eine restriktive Asyl- und Flüchtlingspolitik eine/n andere/n RednerIn gewünscht. Abmachungen, sich entsprechend um andere RednerInnen zu bemühen, waren von der lokalen IG Metall jedoch ignoriert worden.

Zwar gelang es, zum antifaschistischen Protest am 16. September allen beteiligten Spektren (Gewerkschaften, SPD, unabhängige Linke, Autonome, ...) deutlich mehr Angehörige zu mobilisieren als noch zwei Wochen zuvor, die von der IG Metall erhoffte grosse Mobilisierungswirkung des Auftritts der Ministerpräsidentin ist jedoch weitgehend ausgeblieben. Langfristig wirksamer Widerstand gegen neofaschistische und rassistische Aktivitäten wird eben an der Basis entwickelt werden müssen.

In Neumünster ist der Club 88 inzwischen ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung; kaum eine politische/gesellschaftliche Kraft kann es sich leisten, nicht gegen den Club 88/Nazi-Aktivitäten Stellung zu nehmen - selbst das „Stadtmarketing Neumünster" und die Junge Union, die aber bei der antifaschistischen Kundgebung 16. September von mehreren Rednern für ihre Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremen scharf kritisiert wurde. Entsprechend inhaltsleer werden die Aufrufe und Erklärungen, wenn es darum geht, möglichst alle gesellschaftlichen Kräfte „gegen rechts" an einen Tisch zu bekommen. In dem auf Einladung von Stadtpräsident Loose entstandenen Runden Tisch, an dem sich inzwischen auch die Polizei und das Deutsche Rote Kreuz beteiligen, konnte nicht einmal das politisch bereits weitgehend entleerte Motto „Bunt statt braun" eine ausreichende Mehrheit finden. Statt dessen soll es nun „Vielfalt statt Einfalt" heißen.

Wo die Beteiligung so vieler Organisationen an Aktionen „gegen rechts" stattfindet, entsteht rasch der Eindruck, die extreme Rechte sei eine kleine Minderheit, und ihre Ideologie werde nur von wenigen wirklich geteilt. Nichts könnte falscher sein – und das gilt auch für Neumünster. Es sei an dieser Stelle an die 1982 erschienene SINUS-Studie erinnert, nach der in der Bundesrepublik etwa 13% der Bevölkerung ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild" haben. Nicht nur, dass diese Werte in späteren Untersuchungen weitgehend bestätigt wurden, als gesichert kann außerdem gelten, dass es für bestimmte Teile extrem rechter Ideologie, insbesondere den Rassismus, weitaus höhere Zustimmungswerte gibt. Nun liesse sich leicht ausrechnen, wie gross etwa das Sympathiepotential für den Club 88 und sein Umfeld in Neumünster sein müßte ...

Hinweise darauf gibt es jede Menge: So stellte Hans-Heinrich Voigt, Leiter des Amtes für Soziale Dienste in Neumünster, im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung an der Holstenschule fest, dass das Erschreckende sei, dass in ganzen Klassen offen rechte Positionen vertreten würden. In der Nähe des Club 88 äußern Nachbarn: „Hier in der Gegend wird nicht mehr eingebrochen... Die sind immer höflich, und Platz machen die auch immer." Oder die zwei älteren Damen, die am Rande der antifaschistischen Demonstration über die BesucherInnen des Nazi-Treffs bemerkten: „Die verhalten sich ruhig, was wollen die Demonstranten eigentlich?"

Nur drei Hinweise darauf, warum die Neonazis in Neumünster (und anderswo) selbstbewußt auftreten können und warum es keine langfristig wirksame antifaschistische Tätigkeit gibt, die sich nicht auch offensiv gegen den staatlichen und den gesellschaftlichen Rassismus sowie gegen



Terror? - Terror!

den Standortnationalismus wendet. Das aber ist heutzutage nicht an solchen Runden Tischen zu machen, die ohne entsprechende inhaltliche Festlegung offen für alle sind.



Einige Überlegungen zur weiteren Arbeit

Dies alles spricht nicht dagegen, dass sich linke AntifaschistInnen auch weiter am Kampf gegen den Club 88 beteiligen. So sollte nicht übersehen werden, dass dort, wo es auf den Kundgebungen – in Redebeiträgen oder in Flugblättern - grundlegende Kritik am staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus gab, dies auch auf Zustimmung stieß. Bedeutsam ist auch die grosse Bereitschaft vieler Menschen gewesen, sich nach den offiziellen Teilen der Kundgebungen an weiteren Aktionen zu beteiligen. So folgten am 16. September etwa 80-90% der KundgebungsteilnehmerInnen dem Aufruf, zur Nazi-Strecke zu gehen und dort - wenn möglich - erneut eine Blockade durchzuführen. Dies scheiterte dann zwar an den Absperrungen der Polizei, muss aber - selbst wenn bei manchen auch Neugier das treibende Motiv gewesen sein mag - als wichtige und positive Entwicklung gesehen werden, zeigt sich doch, dass die Bereitschaft nicht nur zu Protest, sondern auch zu (berechenbaren) Widerstandsaktionen vorhanden ist. Solche und andere Aktionen werden auch in Zukunft nicht von den Bündnissen in Neumünster organisiert (zum Teil aber toleriert) werden. Dies liegt nicht zuletzt an deren Legalismus, so dass sie weder bereit sind, zu Blockaden aufzurufen noch sie vorzubereiten und dann praktisch umzusetzen. Die Stimmung ist aber derzeit so, dass viele solche Aktionen wollen, in denen sie direkt eingreifen können. Wenn dies verantwortungsvoll und für die TeilnehmerInnen berechenbar geschieht, ist das eine wichtige Möglichkeit der Einflußnahme linker und unabhängiger Antifa-Gruppen.

Dass es bei solchen Aktionen zur Konfrontation mit der Polizei kommen kann, liegt auf der Hand, hat diese doch den Auftrag, den Nazis den Weg freizumachen. Weil ohne politischen Druck von unten noch nie gesellschaftliche Emanzipation durchgesetzt worden ist, ist es auch notwendig, die Kritik daran auszubauen und zu schärfen, dass Polizei und Justiz den Faschisten immer wieder neue Möglichkeiten eröffnen, öffentlich aufzutreten. Rechtsprechung und Exekutive sind weder neutrale Instanzen, wie es die bürgerliche Ideologie behauptet, noch völlig unbeeinflussbar. Auch sie sind umkämpftes Terrain.

Wichtig sind zudem Bündnisse an der Basis, die die diskriminierenden gesellschaftlichen Strukturen und Praktiken nicht ignorieren, sondern neben der unmittelbar antifaschistischen auch eine antirassistische und internationalistische Herangehensweise zulassen. Hier sind auch die Gewerkschaften in ihrer Arbeit in den Betrieben gefordert, ihre häufig durch Standortnationalismus beeinflusste Politik zu überwinden und den sich ausbreitenden Konkurrenzverhältnissen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen.

Schließlich muss es in Zukunft stärker darum gehen, den Druck auf den Club 88 unmittelbar zu erhöhen. Der Betrieb läuft dort weiter, die Neonazis können nach wie vor weitere Anhänger rekrutieren und die bereits bestehenden Verbindungen zu den im wesentlichen lokal tätigen Jungnazi-Cliquen in Orten in der Nähe Neumünsters, wie z.B. Aukrug und Wasbek, vertiefen. In Neumünster selbst werden bereits an Grundschüler Gummibärchen verteilt und Einladungen zum Fußballspielen ausgesprochen. Deshalb muss es ein Ziel sein, die Treffen der Neonazis im Club 88 ungemütlich zu machen. Wer – außer dem harten Kern - will sich schon dort treffen, wenn er beständig beobachtet wird oder wenn an jedem Öffnungstag der Neonazi-Treff von 500 AntifaschistInnen belagert wird. Sicher, dafür reichen zur Zeit die Kräfte nicht. Aber warum soll es keine Perspektive sein, darüber nachzudenken, wie so etwas zu schaffen sein könnte.

Möglichkeiten, den politischen und praktischen Handlungsspielraum der Neonazis schon jetzt zumindestens einzuschränken, gibt es viele. Erwarten wir jedoch keine kurzfristig erreichbaren und dauerhaft wirksamen Erfolge. Dazu ist zu lange zu wenig gegen die Neonazis und die gesellschaftlichen Strukturen und Stimmungen, von denen sie profitieren, getan worden. Langer Atem ist gefragt – es hat gerade erst angefangen.

VF (AV)

(1) Der Beitrag ist recht umfangreich geworden, weil wir davon ausgehen, dass die in Neumünster gemachten Erfahrungen, zum Beispiel mit dem Auftreten der Neonazis, auch für andere Städte bedeutsam sind.

(2) vgl. den Bericht in der Enough Is Enough Nr. 11, S. 2-3

(3) Holsteiner Courier vom 19. August 2000

(4) Freies Info-Telefon Norddeutschland vom 28. September 2000

(5) Brandenburger Beobachter Nr. 5 (10-11/1992), S. 11

(6) Hamburger Sturm Nr. 19, S. 8/9

(7) Deutsche Stimme 11/1999

Zivilcourage fordern - Mit Polizeigewalt antworten!

In der seit einigen Monaten in den Medien geführten Debatte zum Thema „Rechtsextremismus" versuchen sich etablierte PolitikerInnen immer wieder verbalradikal in Szene zu setzen. Da fordert Kanzler Schröder den „Aufstand der Anständigen" oder Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis „Kein Fussbreit den Faschisten", da wird immer wieder behauptet, die PolizistInnen liefen während Naziaufmärschen mit der Faust in der Tasche herum. Doch wenn unabhängige AntifaschistInnen ganz konkret gegen diese Aufmärsche vorgehen, bekommen sie regelmässig den Gummiknüppel zu spüren, werden festgenommen und verletzt.

Ein konkreter Fall spielte sich am Rande eines Naziaufmarsches des „Bündnis Rechts" am 30.09.00 in Lübeck ab. Einer Gruppe von ca. 20 AntifaschistInnen war es gelungen, sich von der Antifa-Demo in Richtung des Auftaktortes des Naziaufmarsches abzusetzen. Ca. 100 Meter vor der vollständig mit Gittern abgesperrten Nazi-Route, sah sich die Gruppe plötzlich ca. 30-40 behelmten PolizistInnen der 1. Einsatzhundertschaft aus Eutin gegenüber. Diese stürmten in Richtung der AntifaschistInnen, die sich, um eine unkontrollierbare Situation zu vermeiden, auf die Strasse setzten und einhakten. Trotzdem ging die Polizei von Anfang an mit grosser Brutalität vor. Sie schlugen denjenigen, die nicht sofort ihre NachbarIn losliessen, ohne Vorwarnung mit der Faust ins Gesicht, drückten ihnen die Finger in die Augenhöhlen, zogen an den Haaren, drückten die Nase in Richtung der Stirn, traten, beleidigten und versuchten mehrere Personen gezielt an Hand und Finger zu verletzen. Ärzte attestierten den Betroffenen später u.a. verstauchte Finger und Nasenbeinprellungen.

Ein Antifaschist wurde dabei einer gesonderten Behandlung unterzogen. Zwei Polizisten zerrten ihn rücklings über die Strasse, wobei ihm einer der Beamten bei jedem zweiten Schritt mit grosser Kraft in die Rippen trat. Hinter einem Polizeifahrzeug griffen ihn plötzlich vier Polizisten ohne Grund an. Sie traten ihm die Beine weg und warfen ihn zu Boden. Zwei Beamte hielten jeweils einen seiner Arme fest, stemmten ihre Knie auf seine Oberarme und die Wirbelsäule und drückten sein Gesicht auf das Strassenpflaster. Zwei weitere sassen mit ihren Knien auf seinen Beinen. Ein fünfter versuchte ihn zu durchsuchen. Die gesamte Prozedur war äusserst schmerzhaft. Die Schreie des Antifaschisten veranlassten die Polizisten dazu, nur noch härter zuzugreifen. Einer versuchte gar, ihm mit seinem Knie in die Genitalien zu treten. Da die Beamten den Ausweis des Antifaschisten nicht fanden, wollte er ihn selbst aus der Tasche holen. Bei diesem Versuch stellte er fest, dass seine rechte Hand ohne Gefühl schlaff nach unten hing und er sie nicht bewegen konnte. Als er die Polizisten auf diesen Zustand hinwies, bekam er nur Gelächter zu hören.

Nachdem die gesamte Gruppe mit einem Gefangenenbus auf die Polizeiwache verbracht wurden war, verlangte der Antifaschist nach einem Arzt. Dieser (in Polizeiuniform) tippte auf einen eingeklemmten Nerv. Der Bitte, seine Diagnose zu attestieren, kam der Polizeiarzt mit dem Verweis darauf nicht nach, dass dies gegen einer seiner Kollegen eingesetzt werden könnte. Nach seiner Freilassung begab sich der Antifaschist sofort in ärztliche Behandlung. Nach langwierigen Untersuchungen stellten die Ärzte eine Schädigung des Radiales-Nerves fest, der für die Versorgung der Muskulatur auf Handrücken und dem Handgelenk zuständig ist. D. h., dass der Antifaschist seine rechte Hand zur Zeit nur sehr eingeschränkt (10-max. 30%) benutzen kann. Die vollständige Regeneration des Nerves wird mind. 3 ? dauern. Nur bei regelmässiger Krankengymnastik wird die Hand danach möglicherweise wieder einsatzfähig sein.

Inzwischen stellte der Antifaschist Strafanzeige gegen die beteiligten Beamten und plant, zivilrechtlich u.a. gegen das Land Schleswig-Holstein zu klagen. Eine Pressekonferenz der „Lübecker Aktion gegen Rechts" (ein breites Bündnis aus unabhängigen Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien und Einzelpersonen), Veranstalterin der Demo gegen den Naziaufmarsch, fand relativ grossen Anklang. So berichteten u.a. ein landesweites Fernsehmagazin und die auflagenstarke „Lübecker Stadtzeitung" (Wochenzeitung der Stadt Lübeck) in ausführlichen Berichten über den Polizeiübergriff.

Wir werden den Umgang der Staatsanwaltschaft mit diesem Fall intensiv beobachten und uns bemühen, den politischen Druck gegen die Verantwortlichen aufrechtzuerhalten.

Rote Hilfe OG Lübeck



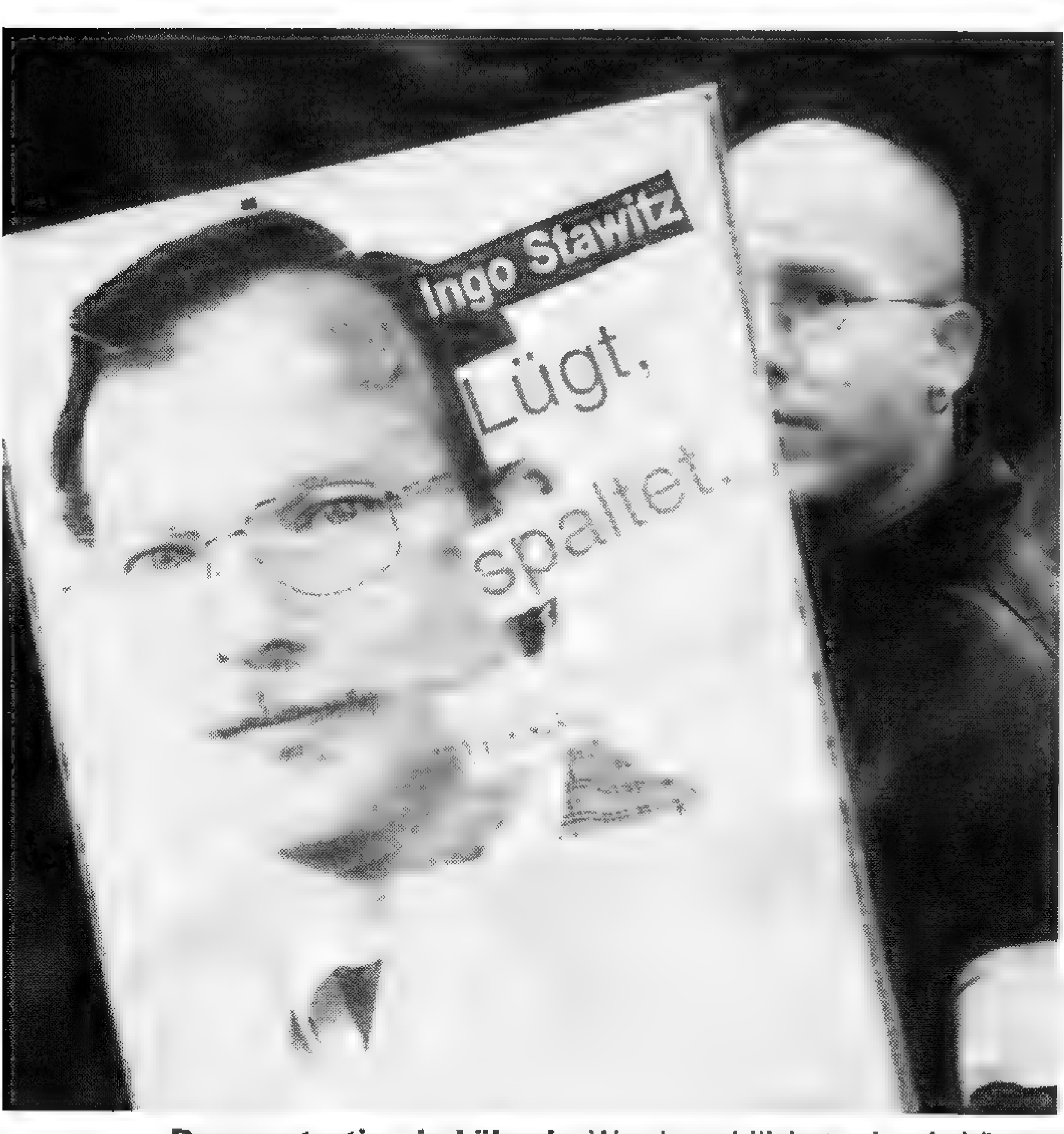
Nazidemonstration in Neumünster 2.9.2000: die Zivilcourage der Einsatzkräfte heiß Gummiknüppel

Konflikt in der Naziszene eskaliert!

„Organisierter Wille braucht keine Partei". Unter dieser Losung stellen die sogenannten „Freie Nationalisten" um Christian Worch aus Hamburg immer offensiver den Führungsanspruch der NPD innerhalb der Neonaziszene in Frage. Ein vor einigen Jahren zwischen beiden Strömungen geschlossenes Agreement, das die NPD von der Mobilisierungsstärke und der logistischen Struktur der „Freien Kräfte" profitieren ließ und den „Freien Nationalisten" im Gegenzug ein Rederecht auf offiziellen NPD-Aufmärschen zugestand, wußte Christian Worch geschickt für sich zu nutzen. Der Einfluss der „Freien Nationalisten" in Norddeutschland wurde immer größer, die Funktionalisierung der inzwischen fast ausschließlich zur Erfüllungsgehilfin degradierten NPD als „juristische Absicherung" Neonazi-Aufmärsche unübersehbar. Parallel zu dieser Entwicklung übernimmt der ehemalige Gauleiter Nordmark der verbotenen „Wiking-Jugend", Manfred Börm, die nordniedersächsische NPD und der Lübecker Jürgen Gerg die JN Nordmark. Beide bringen ihre Gliederungen auf strengen Worch-Kurs.

Die NPD-Parteiführung mußte reagieren! Anfang Mai diesen Jahres unterbreitete sie Christian Worch das Angebot, den Vorsitz des NPD-Landesverbandes Hamburg zu übernehmen. Er lehnt dies ab, da es ihm unattraktiv erscheint, sich selbst vom norddeutschen Neonazi-Führer zum Chef einer heruntergewirtschafteten Parteigliederung zu degradieren. So schickt die NPD Mitte des Jahres ihr bayrisches Landesvorstandsmitglied Andreas Otto Hensel in den Norden und beauftragt ihn damit, durch massive Propagandatätigkeit neue Mitglieder zu rekrutieren und Strukturen zu reaktivieren. Doch bereits die erste größere Aktion, ein Infotisch in Hamburg-Altona, scheitert – und zwar am entschlossenen, handfesten Widerstand der Bevölkerung. Diese Niederlage wird von den „Freien Nationalisten" ausgeschlachtet, da „alle Warnungen ortskundiger Kräfte" von der NPD „in den Wind geschlagen" und „in unverantwortlicher Weise Nationalisten gefährdet" worden seien. Die Reaktion der NPD auf die seit einigen Monaten geführte Diskussion um ein Verbot der Partei aus taktischen Gründen ein Demonstrationsverzicht zu beschließen, ist weiteres Wasser auf die Mühlen der „Freien Nationalisten". In einem Artikel unter der Überschrift „Zur politischen Selbstkastration der NPD" wirft Christian Worch der Partei nun „Feigheit" vor. Er glaubt auch das Motiv der NPD-Führung zu kennen: „Wir wollen nun bitte einmal nicht vergessen, dass von der Partei (und dem ihr angeschlossenen Verlag) zwei oder sogar drei Dutzend Menschen leben." Worch sieht damit „die Friedenspflicht gegenüber einem früheren Bündnispartner als beendet an". Seine Seilschaften in der NPD blasen zum Generalangriff!

Es wird der Aufbau einer „Opposition innerhalb der NPD" diskutiert. Schließlich gründen Worch-Getreue am 30. September in Thüringen die sogenannte „Revolutionäre Plattform", ein „Zusammenschluß von revolutionären Kräften in der NPD/JN". Man versteht sich als „Speerspitze des revolutionär kämpfenden Nationalismus und arbeitet für dessen ständige Vertiefung und Verbreitung in der Partei". Zu Sprechern der „Revolutionären Plattform" werden Steffen Hupka (ehemaliger NPD-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt), Tino Brandt (Mitglied des thüringischen NPD-Landesvorstandes und des „Thüringer Heimatschutz"), Frederick Seifert (Mitglied im JN-Bundesvorstand) und Jürgen Gerg gewählt. Gerg war auch derjenige, der den nächsten Schlag gegen die „Reaktionären" in der NPD ausführen sollte. Der 25-jährige, der im letzten Jahr wegen „nationalsozialistischer Bekenntnisse" aus der Partei ausgeschloßen war, putschte sich beim Landesparteitag der schleswig-holsteinischen NPD am 14. Oktober in Tönning mit einem Vorsprung von sieben Stimmen zu deren Vorsitzendem. Erst Tags zuvor hatte das NPD-Bundesschiedsgericht Gergs Partei-



Demonstration in Lübeck: Worch mobilisiert seine Anhänger



NPD-Landesparteitag in Tönning: Ingo Stawitz auf verlorenem Posten

ausschluß aus formal-juristischen Gründen wieder aufgehoben. Der Coup war geschickt eingefädelt worden. So legten die NPD-Kreisverbände Lübeck und Segeberg (um Andre Schwelling aus Henstedt-Ulzburg) ihre zuvor einbehaltenen Mitgliedsbeiträge erst auf den Tisch, als sie sich sicher sein konnten, daß ihre Strömung auf dem Parteitag die Mehrheit stellen würde. Damit war man wieder stimmberechtigt und konnte den bisherigen NPD-Landesvorsitzenden, den verhassten „feigen, spalterischen Leisetreter" Ingo Stawitz, demontieren. Zu den drei Stellvertretern Gergs wurden Jörn Lembke (26 Jahre), NPD-Kreisvorsitzender von Lübeck, Peter Borchert (27 Jahre), einer der Macher des Nazitreffpunktes „Club 88" in Neumünster und Heino Förster gewählt. Dieser war erst kürzlich aus der Haft entlassen worden, die er hatte absitzen müssen, da er Anfang der 90er Jahre einige Neonazis zu einem Angriff auf das AsylbewerberInnenheim im mecklenburgischen Boizenburg angestiftet hatte. Der Rest des neu gewählten Landesvorstandes wurde unter anderem mit Lübecker NPD-Mitgliedern aufgefüllt.

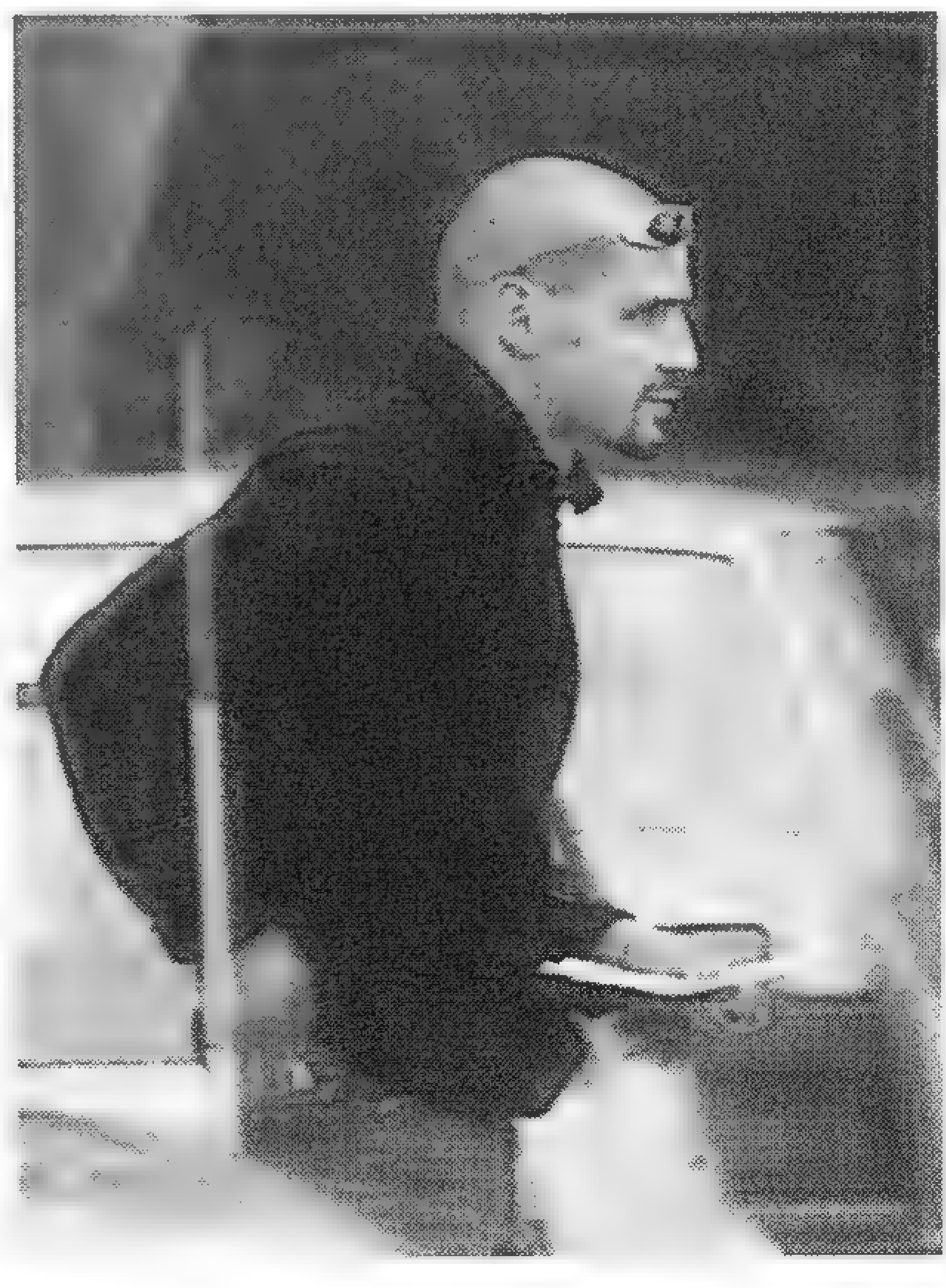
Das NPD-Parteipräsidium reagierte prompt auf den Putsch der Worch-Anhänger und verhängte den „organisatorischen Notstand" über den Landesverband Schleswig-Holstein. Der neugewählte Landesvorstand wurde ebenso suspendiert wie das Landesschiedsgericht. Als kommissarischer Vorsitzender wurde der stellvertretende Bundesvorsitzende Hans-Günther Eisenecker eingesetzt. Der abgesetzte Vorstand um Jürgen Gerg kündigte bereits Klage vor einem Zivilgericht an.

Unter dem von den „Freien Nationalisten" erzeugten Druck der Straße (z.B. ein Aufmarsch von 1200 Neonazis am 04. November 00 durch Berlin) ist die NPD-Führung inzwischen eingeknickt und hat ihrerseits den Demonstrationsverzicht rückgängig gemacht. Sie ruft nun für Ende November zu einem Naziaufmarsch in München auf. Es käme nicht überraschend, wenn dieser Aufmarsch von den „Freien Kräften" boykottiert werden würde. Der Kampf um den Führungsanspruch innerhalb der militanten Neonaziszene in Norddeutschland ist längst entschieden, gestärkt auch durch einige juristische Erfolge z.B. vor dem Bundesverfassungsgericht (Aufhebung von Aufmarsch-Verboten) und dem Oberverwaltungsgericht Schleswig (Weiterbetrieb des „Club 88") scheint Christian Worch die Kraftprobe mit der NPD nun auch bundesweit zu suchen. Hierbei treibt er die NPD geschickt vor sich her, wohlwissend daß diese ein Verbotsverfahren vor sich hat und deswegen zur Zeit nicht so kann, wie sie gerne möchte.



Handlanger Christian Worchs: der neue Landesvorsitzende der NPD Schleswig-Holstein Jürgen Gerg (oben) sowie seine Stellvertreter Peter Borchert (unten rechts) und Jörn Lembke (unten links neben Thomas „Odin" Wulff)





Mit der Wirtschaft gegen Rechts?

Mit einer ganzseitigen Anzeige wandten sich Anfang September in der Süddeutschen Zeitung der Vorstand, der Gesamtbetriebsrat und die MitarbeiterInnen des Automobilherstellers FORD AG an die Öffentlichkeit. Man sei „stolz, in einem Weltunternehmen tätig zu sein, das seine Mitarbeiter nach ihren Fähigkeiten und ihrem Beitrag zum Erfolg des Unternehmens beurteilt und nicht nach Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, Glaubenszugehörigkeit oder sexuellen Neigungen." Daher werde man „keinen Hass, keine Hetze und keine Gewalt gegen unsere ausländischen Mitbürger" dulden. In Neumünster rief das Stadt-Marketing zur Teilnahme an der antifaschistischen Kundgebung Mitte September auf, und in Kiel hängte das Management des Einkaufscenters Sophienhof Plakatbänder „gegen Fremdenfeindlichkeit" auf. Dies sind nur einige Beispiele für eine Reihe von Aktivitäten, mit denen Teile der Wirtschaft „gegen Rechtsextremismus mobil machen", wie die Frankfurter Rundschau schrieb.

Gerne würde die deutsche Wirtschaft heute vergessen machen, dass Vertreter der Schwerindustrie schon früh die NSDAP mit beträchtlichen Geldmitteln unterstützt haben und das Ende der Weimarer Republik besiegelt war, als die herrschenden Klasse die Regierungsgewalt an die Faschisten übergab, um zunächst die politische Opposition, insbesondere die organisierte Arbeiterbewegung, zu zerschlagen. Obwohl die deutsche Wirtschaft von der faschistischen Expansions- und Vernichtungspolitik der Nazis massiv profitierte, wurde nach 1945 kaum einer der Wirtschaftsbosse politisch oder juristisch zur Verantwortung gezogen. Über 50 Jahre verschleppten Wirtschaft und politische Klasse dieses Landes denn auch die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen; ungern läßt man sich also an die beträchtliche Mitverantwortung für die Errichtung des faschistischen Terrorsystems erinnern.

Heute zählen Teile der Wirtschaft zu den BefürworterInnen einer Einwanderungspolitik, die „qualifizierten Arbeitskräften" den zeitlich befristeten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Ob Green Card oder Blue Card – immer geht es zuerst um die „Nützlichkeit" dieser Menschen für den (Wirtschafts)Standort Deutschland. Da macht es sich international nicht so gut, wenn die Anwerbekampagnen im Ausland fortwährend durch rassistisch motivierte Gewalttaten konterkariert werden. In einem Interview der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung beklagt der Vorsitzende der Unternehmensverbände Schleswig-Holstein/Hamburg, Hans Heinrich Driftmann, denn auch, dass es teilweise „weniger die rechtsextremistischen Vorkommnisse selbst (seien), die das Ausland irritieren, als das Lamentieren der Politiker darüber". Rassistischen Terror gibt`s eben, nur Maßnahmen müssten ergriffen werden. Zwar gibt Driftmann zu, dass „die Entwicklung zeitweise unterschätzt worden" sei, will dies jedoch - in schlechter totalitarismustheoretischer Denkweise - auf „den politischen Extremismus insgesamt" bezogen wissen.



Dass weniger humanitäre Motive als schlichtweg Profitinteressen das Handeln der Industrievertreter bestimmen, verdeutlicht auch ein Beitrag in der Monatszeitschrift der Industrie- und Handelskammern Kiel und Flensburg, Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee. Dort hieß es im Septemberheft, „die IHKs verurtei-



Endlich mehr Zivilcourage!

len die zunehmenden Übergriffe gegen Ausländer aufs Schärfste. [...] Es darf nicht sein, dass eine Minderheit das Ansehen Deutschlands gefährdet. [...] Millionen von Menschen aus vielen Ländern tragen mit ihrer Arbeitskraft erheblich zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei. [...] Die positiven Ansätze in der Diskussion um die Einwanderungspolitik haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Attraktivität Deutschlands als Produktions- und Arbeitsort nicht durch radikal Gewalttäter beschädigt wird." Das Ansehen Deutschlands, die Wettbewerbsfähigkeit und der Profit – das ist es, was der deutschen Industrie vor allem wichtig ist. Oder: „Wir brauchen eine Bürgergesellschaft. Denn davon lebt der Markt." (Ludolf von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie/BDI)

Fast alle der gegenwärtig verbreiteten wohlfeilen Erklärungen, in denen der Rechtsextremismus verurteilt und zu Zivilcourage oder gar dem „Aufstand der Anständigen" (Kanzler Schröder) aufgerufen wird, verzichten auf eine nähere Analyse der gesellschaftlichen Ursachen des Anwachsens neofaschistischer Aktivitäten. Kein Wort zur rassistischen Ausländer- und Flüchtlingspolitik in diesem Land, kein Wort zur allgegenwärtigen Dominanz von Markt und Konkurrenz sowie zum Standort-Egoismus des Wettbewerbsstaates, der zur gesellschaftlichen Anerkennung von „Ellbogenmentalität, Härte und Rücksichtslosigkeit" beigetragen hat, wie es kürzlich in einer Erklärung des außerordentlichen Gewerkschaftstags der IG Medien hieß. Wer die extreme Rechte tatsächlich zurükkdrängen und ihr Gedankengut isolieren will, darf sich nicht nur öffentlichkeitswirksam von faschistischen Gewalttaten gegen Juden, Flüchtlinge, EinwanderInnen und Obdachlose abgrenzen und diese moralisch verurteilen, wie dies die große Koalition von CDU/CSU bis zu den Grünen gegenwärtig nach einer Zeit langer Verharmlosung tut. Gefordert ist dann beispielsweise ein sofortiges Ende der umfangreichen staatlichen Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen und nicht die Fortsetzung ihrer Diskriminierung und Entrechtung wie sie u.a. vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans Peter Stihl, noch im August als Maßnahmen gegen „Wirtschaftsasylanten" gefordert wurde. Dann muss Schluß sein damit, dass das Management des Kieler Sophienhof zwar öffentlichkeitswirksam für Toleranz wirbt, zugleich aber Obdachlose und Bettler vom hauseigenen Wachdienst mit zum Teil rabiaten Methoden vom Gelände ferngehalten werden. Nicht der Abbau demokratischer Rechte (Asylrecht, Großer Lauschangriff), sondern ihr Ausbau sind die richtige Antwort auf die Ausbreitung extrem rechter Ideologie. An diesen Maßstäben werden sich auch die Aktivitäten der Wirtschaft messen lassen müssen.

VF



DVU im Schatten der Verbotsdiskussion

Im Schatten der Diskussion über ein Verbot der NPD bereit die DVU ihre Kandidatur zur Hamburger Bürgerschaft im Frühjahr 2001 vor. In Brandenburg versucht sie zudem, feste regionale Strukturen aufzubauen.

Mitte September hat die DVU in der Havelstadt Brandenburg ihre erste örtliche Partei-Geschäftsstelle eröffnet. In ihr ist zugleich das Wahlkreisbüro der DVU-Landtagsabgeordneten Birgit Fechner untergebracht. „Die anderen DVU-Landtagsabgeordneten werden in ihren Wahlkreisen ebenfalls Büros eröffnen, wahrscheinlich noch in diesem Jahr", kündigte DVU-Parlamentsgeschäftsführer Siegmar-Peter Schuldt an. Gegen ihn erging Mitte September Strafbefehl wegen Nötigung und Beleidigung, weil er beim Kleben von Plakaten im Landtagswahlkampf vor einem Jahr in Friedersdorf eine Person als „Kommunistenschwein" beschimpft hatte.

Mit der Eröffnung von Büros weicht die DVU von ihrer bisherigen Taktik ab, nur über die Parteizentrale in München erreichbar zu sein. Ziel der Änderung ist es, vor Ort ansprechbar zu sein und damit möglichst stabile Bindungen der WählerInnen an die faschistische Partei aufzubauen. Im September 1999 hatte die DVU nach einer auf rund 2,5 Millionen Mark geschätzten Propagandakampagne knapp die 5%-Hürde übersprungen; heute würden der Partei nach Umfragen etwa 3% ihre Stimme geben – bei mindestens 20% offen rassistischen Einstellungen zuneigenden BrandenburgerInnen.

Gegen drei DVU-Abgeordnete im Landtag von Brandenburg (Liane Hesselbarth, Michael Claus, Sigmar-Peter Schuldt) ermittelt die Staatsanwaltschaft zudem seit dem Frühsommer wegen des Verdachts des Betrugs und der Untreue. Sie werden verdächtigt, die aus der Landeskasse fließenden Fraktionszuschüsse zweckwidrig an die Bundespartei abgezweigt zu haben. Nach einer anonymen, aber sehr detaillierten Anzeige waren Mitte Juni die Landtagsbüros und die Wohnungen in Potsdam, Magdeburg und Bayern durchsucht worden. Jährlich

erhält die DVU-Fraktion im Landtag in Potsdam 1,359 Millionen Mark Zuschuss für die Fraktionsarbeit – die Diäten und Aufwandsentschädigungen für die fünf Abgeordneten nicht mitgerechnet.

Schon die DVU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft (bzw. die aus ihr hervorgegangene National-Konservative Gruppe) hatten 322 000 Mark zurückzahlen müssen, nachdem sie im Zeitraum 1991 bis 1993 insgesamt 485 000 Mark veruntreut hatten. Die Differenz hatte die Bürgerschaftsverwaltung vorsorglich gleich einbehalten. Unter anderem hatte die DVU-Fraktion für rund 144 000 Mark Zeitungen beim DVU-Chef und Verleger Gerhard Frey erworben. Zudem wurden 207 000 Mark für Sachverständige und Honorarkräfte ausgegeben, ohne dass hierfür Belege vorgelegt werden konnten.

In Sachsen-Anhalt, wo die DVU bei der Landtagswahl 1998 mit 12,9% der Stimmen in den Landtag eingezogen war, würden nach einer Umfrage des Instituts für Politikwissenschaft in Halle von Anfang September nur noch 0,9 Prozent der Wahlberechtigten der faschistischen Partei ihre Stimme geben. Diese Änderung geht vermutlich vor allem auf die Spaltungen und Streitereien innerhalb der ursprünglichen DVU-Fraktion zurück.

Ende September hatten sich etwa 2.200 DVU-FaschistInnen in der Passauer Nibelungenhalle versammelt, 22 von ihnen nahm die Polizei u.a. wegen Zeigens des Hitlergrußes fest. Andere trugen schwarz-weiß-rote Krawatten und Anstecker „Großdeutsches Reich". Während die Türsteher der Partei medienwirksam einer Gruppe von Nazi-Skinheads den Zutritt verwehrte, tobte DVU-Chef Frey in der Halle gegen die „Hetzkampagne des Schweinejournalismus" und eine angebliche Medienmafia. Begeisterten Beifall erhielt seine Äußerung „Wir lieben unser deutsches Volk, zwar vielleicht nicht ganz in der heutigen Verfassung, aber doch so, wie es damals war". Aus Sicht der Faschisten stellte das Abspielen eines sechsminütigen Videobandes mit einer Rede des Holocaust-Leugners und Geschichtsfälschers David Irving den Höhepunkt des Tages dar. Irving konnte nicht selbst erscheinen, weil er in Deutschland Einreiseverbot hat. Die Stadt Passau scheiterte mit dem Versuch, die Vorführung des Irving-Film gerichtlich zu untersagen. Gegen die DVU-Versammlung hatten über 2.600 Menschen demonstriert; einem Aufruf, die DVU zu boykottieren, d.h. ihr zum Beispiel weder Stühle noch Getränke zur Verfügung zu stellen, wurde von den örtlichen Geschäftsleuten hingegen nicht Folge geleistet. Die Stadt wird die etwa 5.000 Mark, die die DVU für die Nutzung der städtischen Halle zahlt, den Hinterbliebenen des in Dessau ermordeten Afrikaners Alberto Adriano spenden.

Hatte DVU-Chef Frey eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Frühjahr 2000 noch abgelehnt (angeblich wegen der hohen finanziellen Schulden der Partei), will die DVU bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg wieder antreten. 1997 war die Partei nach einer massiven Wahlkampagne mit 4,98 Prozent knapp gescheitert; nun sollen alle Kräfte gesammelt werden, kann doch im Stadtstaat Hamburg die rassistische Hetze der DVU konzentriert zum Einsatz gebracht werden.

Mit 13 Abgeordneten zog die DVU 1997 in die Bezirksparlamente von Bergedorf, Mitte, Wandsbek und Harburg ein. In Wandsbek ist der stellvertretende DVU-Bundesvorsitzende Gerlach als Fraktionsvorsitzender tätig – gemeinsam mit dem DVU-Landesvorsitzeden Rudolf Reimers. In Harburg hat die DVU bereits ein Faltblatt verteilt, in dem sie erneut gegen „Scheinasylanten" und „Ausländerkriminlität" hetzt. Beobachter werten dies auch als Versuch, die neue Partei von Ronald Schill nicht zum Zuge kommen zu lassen. Diese ist in Hamburg-Wilhelmsburg bereits aktiv; Lutz Neysters (GAL Wilhelmsburg) vermutet, dass er für viele Menschen in Wilhelmsburg hervorragend wählbar sei, weil er „populistisch, aber nicht offen rechtsradikal" sei. Ob sich DVU und P.R.O. nun die Stimmen gegenseitig streitig machen, bleibt abzuwarten. Die DVU-Wahlbeteiligung in Hamburg ist jedoch in jedem Fall eine weitere Herausforderung für die antifaschistische Bewegung der Hansestadt.

Am 22. April 2000 hat das Herz von

Johannes Mack

* 21. 3. 1914

Bad Oldesloe

in tiefer Sorge um sein Vaterland für immer aufgehört zu schlagen.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Heinrich Henftling
DVU-Landesvorsitzender
Schleswig-Holstein

Todesanzeige der DVU-Schleswig-Holstein: Findet die Partei junge Aktivisten?

Kreisvorsitzende der DVU in Schleswig-Holstein

KV Kiel: Armin Guckes
KV Lübeck/Stormarn: Heinrich Henftling
KV Nordfriesland: Wilfried Gnade
KV Pinneberg-Steinburg: Otto Steckmeister
KV Segeberg: Gerhard Mahnke
KV Schleswig-Flensburg: Erwin Nissen
KV Ostholstein-Plön: Bernd Hoffmann



Aktion an der deutsch-dänischen Grenze im Rahmen des Grenzcamps 1999

Haus Fischer schlägt rüden Ton gegenüber Kritikern an

Recherchen über Lageberichte brachten Außenamt in Rage und Journalisten in Bedrängnis

Die Lageberichte des Außenministeriums waren jahrelang Gegenstand der Kritik der Grünen. Nachdem ein Grüner Herr der Lageberichte geworden ist, haben die Kritiker gewechselt; die Lageberichte sind in ihrem Kern, was sie waren: Alibi für Abschiebungen. Das Haus Fischer aber wird sauer, wenn man dies feststellt.

„Kritische Beiträge muss eine Regierung aushalten“, meint Sabine Sparwasser, stellvertretende Pressechefin des Auswärtigen Amtes (AA). Doch der bisweilen joviale Ton des seit zwei Jahren vom grünen Außenminister Josef Fischer geleiteten Amtes kann schnell umschlagen. Das musste auch Albrecht Kieser erleben, dessen Hörfunkbeitrag „Asylrecht und Diplomatie – die Lageberichte des Auswärtigen Amtes“ der Deutschlandfunk im Mai ausstrahlte. Knapp zwei Wochen später erging ein Schreiben der Presseabteilung an die zuständige Redaktion, in dem das Amt fordert, „zukünftig ähnlich einseitige und unausgewogene Berichte wie die von Herrn Kieser“ zu vermeiden.

Die vertraulichen Lageberichte des Auswärtigen Amtes gehören zu den heißen Eisen, denn sie dienen den Verwaltungsgerichten als Entscheidungsgrundlage bei Asylanträgen. Die Brisanz zeigt sich um so mehr, wenn man wie Kieser die Berichte über den Kosovo, die Türkei und den Irak kritisch unter die Lupe nimmt. „Eine derartige Abwehrhaltung gegen kritisches Nachfragen habe ich in meiner bisherigen Arbeit noch nicht erlebt“, kommentiert der seit vielen Jahren tätige Journalist das Informationsgebaren des Amtes.

Auch dem grünen Staatssekretär im Amt, Ludger Vollmer, sind die existenziellen Auswirkungen der Lageberichte bewusst. Er bemängelte, dass es „der alten Regierung“ mit den Lageberichten „letztlich um eine Abschottungspolitik“ ging. Grund genug für Kieser, diese Aussagen und die nach Angaben des Ministeriums bereits im Sommer 1999 durchgeführte „umfangreiche Reform“ der Lageberichte zu überprüfen.

Nach Expertengesprächen und der Auswertung von Unterlagen zahlreicher Rechtsanwälte und Menschenrechtsorganisationen konnte Kieser im Ergebnis „trotz der kritischen Äußerungen Vollmers“ keinen „erkennbaren Bruch mit der bisherigen Praxis“ feststellen. Das Außenamt konter-

te und behauptete, der Bericht enthalte „eine Vielzahl von falschen Behauptungen und Unrichtigkeiten". Mit keinem Wort hätte der Autor etwa die „Reform" der Lageberichte erwähnt. Laut Kieser ging es jedoch nicht um die „notgedrungen abstrakten Absichtserklärungen", sondern um den „Nachweis, was sich geändert hat oder nicht (...) an konkreten Lageberichten".

Besonders empfindlich reagierte Fischers Haus auf Kiesers Feststellung, dass es noch im November 1998 Abschiebungen in den Kosovo „empfohlen" habe. Diese „Behauptung" sei falsch, denn das Ministerium spreche grundsätzlich keine „Empfehlungen" aus. Die Lageberichte enthielten „lediglich eine objektive Beschreibung der abschieberelevanten Lage vor Ort". Zudem beruft sich das Amt auf das damalige Flugverbot nach Jugoslawien, was einen „faktischen Abschiebestopp" darstelle.

Tatsächlich führt der Kosovo-Lagebericht vom 18. November 1998 aus, als „inländische Fluchtalternative" komme „vor allem Zentralserbien (hier insbesondere Belgrad) und Montenegro in Betracht". „Nur weil es diese Einschätzung gab, konnten die für die Abschiebung zuständigen Behörden Abschiebungen vornehmen", erläutert Kieser. Zwar seien keine Abschiebungen auf dem Luftweg, jedoch auf dem Landweg bis 1999 hinein unter anderem von der bayerischen Landesregierung organisiert worden – unter Berufung auf den Lagebericht des Außenamtes.

Eine ähnliche Zurückweisung formuliert das Ministerium im Falle Irak. Auch dorthin „empfehle" es keine Abschiebungen. Doch die Aussage des Lageberichts, dass im Nordirak „Flüchtlinge und Einheimische weitgehend Schutz vor dem Zugriff der Bagdader Sicherheitsdienste genießen", ist auch hier Entscheidungsgrundlage der Verwaltungsgerichte, um Abschiebungen durchführen zu lassen. Zu den Vorwürfen Kiesers zum Lagebericht Türkei verliert das Auswärtige Amt kein Wort.

Die geäußerte Aufforderung des Fischer-Ministeriums an den Deutschlandfunk, solche Berichte künftig zu vermeiden, kann Kieser, der mit einem anderen Beitrag für den Sender den Medienpreis der Internationalen Journalistenföderation gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gewonnen hatte, „nur als Zensurversuch interpretieren". Seinem Anliegen jedoch, dass sich der „Deutschlandfunk gegen solches Ansinnen in aller Deutlichkeit und öffentlich" verwahren solle, wird die Rundfunkanstalt nicht nachkommen. Obwohl Kieser gegenüber ND betonte, dass sich die Redaktion hinter die Grundaussage des Beitrags gestellt hatte, erklärt Rolf Clement, Leiter der Redaktion, bei dieser Angelegenheit handele es sich um eine „offizielle Auseinandersetzung zwischen dem Autor und dem AA". Er habe allerdings „keine Bedenken, Herrn Kieser weiter zu beschäftigen", betont Clement. Dietmar Boettcher hingegen, Pressesprecher des Deutschlandfunks, spricht in etwas schrofferer Tonlage von „schlechten Rechercheergebnissen" und „falschen Inhalten". Ohne direkten Bezug auf die Sendung Kiesers sollten „die Fehler durch einen weiteren Beitrag wieder ins richtige Licht" gerückt werden, so Boettcher.



Das dürfte ein schwieriges Unterfangen werden, wenn dabei kein „einseitiger und unausgewogener" Bericht zugunsten des Ministeriums herauskommen soll. Denn der jüngste Lagebericht zum Irak, bei dessen Erstellung sich das Außenamt entsprechend seiner vielgepriesenen „Reform" erstmals mit Menschenrechtsorganisationen besprochen hatte, ist abermals in die Kritik geraten. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl, die an diesem Gespräch beteiligt war, ist enttäuscht. Es gebe „eine ernüchternde Kontinuität der Tradition der Irak-Lageberichte der Ära Kinkel", das Irak-Dossier sei „beschönigend" und versäume weitgehend, „Daten und Material über die Situation im kurdischen Nordirak vorzulegen", denn tatsächlich seien Kurden dort „staatlichen Repressionen und gezielten Menschenrechtsverletzungen" ausgesetzt. Der Bericht sei Ausdruck der „deutschen und europäischen Flüchtlingsabwehrpolitik", so Pro Asyl.

Trotz einiger Nachbesserungen enthält nach Ansicht von Pro Asyl auch der jüngste Türkeibericht vom Juni „vollkommen unzutreffende" Behauptungen. Nicht das geltende Recht und die Gesetzgebung seien Hauptproblem in der Türkei, sondern deren Umsetzung in der Praxis, meint das Haus Fischer. Doch Pro Asyl hat Fälle aufgelistet, bei denen deutlich gegen internationale Rechtsstandards verstoßen wird. In der Türkei sei etwa nach wie vor eine Inhaftierung ohne Zugang zu einem Rechtsbeistand geltendes Recht. Menschenrechtsorganisationen bezeichnen dies als „strukturelle Voraussetzung für die Anwendung von Folter in der Polizeihaft".

(aus: ND vom 18.09.2000)

Weiter Abschiebungen mit Flugzeugen

Die seit einigen Monaten vom antirassistischen Netzwerk „Kein Mensch ist illegal" durchgeführte Kampagne gegen die Beteiligung der Deutschen Lufthansa AG an der Abschiebung von Flüchtlingen zeigt erste Wirkungen. Wie andere Fluglinien hat die Lufthansa inzwischen angekündigt, gegen den Willen der Betroffenen werde niemand mehr ausgeflogen. Allerdings trauen die Flüchtlingsinitiativen dieser Zusage nicht; denn im Sommer kam es an Bord eines Lufthansa-Fluges von Paris nach Berlin erneut zu einer brutalen Abschiebung, die nur durch das entschlossene Eingreifen von Fluggästen hat verhindert werden können. Auch gilt nach Auskunft der Lufthansa-Sprecherin Monika Göbel



Kampagne von PRO ASYL gegen Abschiebungen per Flugzeug:
Flugblattaktionen auf Flughäfen

das Anlegen von Hand- und Fußfesseln noch nicht als Anzeichen von „Widerstand des Betroffenen". Nach Recherchen von „Kein Mensch ist illegal" wurden allein 1999 rund 16 000 Menschen mit Linienmaschinen der Lufthansa aus Deutschland abgeschoben. Ziel der Kampagne „Deportation Class – gegen das Geschäft mit Abschiebungen" bleibt es, den Konzern zur endgültigen Aufgabe der Beteiligung an Abschiebungen zu bewegen.

Unterdessen haben Luftrechtsexperten den Piloten dringend empfohlen, den Transport abgelehnter AsylbewerberInnen verstärkt zu verweigern, wenn Zwangsmittel angewendet werden. Im Flugzeug hat der Kapitän das Sagen, auch die die Abschiebung durchführenden BGS-Beamten haben nicht mehr Vollmachten als jeder Passagier. Für den Fall, dass Abzuschiebende sich wehren, verweist da Bundesinnenministerium auf ein sog. „Delegationsmodell". Danach könne der Pilot einen Teil seiner Bordgewalt an die BGS`ler abgeben. Dies hält der Leiter des Referats „Luftrecht" der Pilotenvereinigung Cockpit, Klaus G. Meyer, für ein „nicht tragbares Konstrukt". Denn es sei nicht Teil der Bordgewalt der Piloten, „mit Gewalt jemand außer Landes zu schaffen". Ist schon vor dem Flug absehbar, dass die Abschiebung nur mit Gewalt durchgesetzt werden kann, so darf der Pilot den/die Betroffene/n gar nicht erst mitnehmen. Auch der Fachmann für Luftverkehrsrecht an der Universität Münster, Karsten Baumann, lehnt das Delegationsmodell als „eklatante Fehlkonstruktion" ab. Dulde ein Flugkapitän Zwangsmaßnahmen bei Abschiebungen, obwohl er vorher den Transport hätte verweigern können, „handelt er rechtswidrig" so Baumann gegenüber der Frankfurter Rundschau.

Die Innenminister des Bundes und der Länder weichen derweil immer stärker auch auf Privatjets aus, um Flüchtlinge abzuschieben. Für 71.000 Mark liess die Hamburger Ausländerbehörde den Liberianer Bestman Johnson Anfang September abschieben – soviel kostete die eigens gecharterte Maschine. Schon am 31. Mai waren drei Männer aus Gabun ausser Landes geschafft worden – für 108.000 Mark. Am 25. Juli flog eine Maschine nach Burkina-Faso und Togo, eine andere nach Nigeria – Kostenpunkt: 115.000 bzw. 83.500 Mark – zuzüglich der Kosten für „Sicherheitsbegleiter", HonorarärztInnen und deren Hotelübernachtung am Zielort. Wenn es um die Abschiebung von Flüchtlingen geht, ist diesem Land eben alles recht und billig und nichts zu teuer.

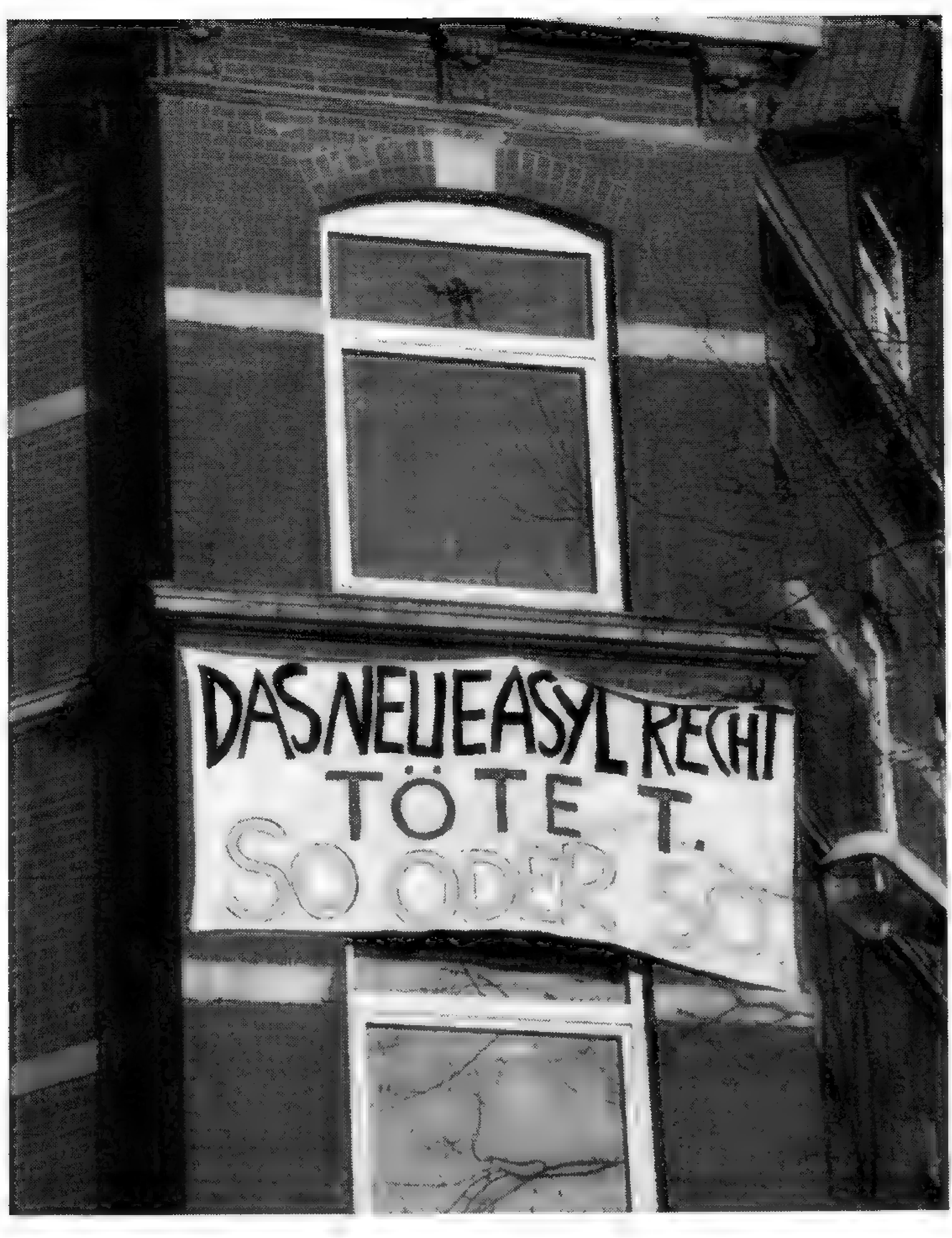
In aller Stille – Kirchenasyl

Bundesweit befinden sich derzeit etwa 400 Menschen im Kirchenasyl. Sie sind damit zwar weitgehend vor den drohenden Abschiebungen geschützt, ihre Lebenssituation und –perspektive ist jedoch oft bedrükkend. Wir stellen vier Kirchenasyl-Beispiele aus der jüngsten Zeit vor:

∞ Das Kirchenasyl für die kurdische Familie Karaca im Gießener Stadtteil Klein-Linden kann nach zwei Jahren beendet werden. Wie Pfarrer Schulze-Gockel in Gießen mitteilte, hat die Familie vergangene Woche nach Vorlage einer Reihe von medizinischen Gutachten eine dreimonatige Duldung durch den Landrat des Kreises Gießen erhalten. Nasir und Güllü Karaca lebten mit ihren drei Kindern seit dem 3. September 1998 in den Räumen der Kirchengemeinde. Die Gemeinde wollte sie mit der Gewährung des Kirchenasyls vor einer drohenden Abschiebung schützen und alle rechtlichen Mittel ausschöpfen. Die Familie wurde von 15 HelferInnen aus der Gemeinde unterstützt.

, Sieben von zehn KurdInnen, die sich in Göttingen im Kirchenasyl befanden, wurden Anfang September nach Paragraph 51 des Ausländergesetzes als politische Flüchtlinge anerkannt. Senayi Yigit, Emin Acar und die Familie Kardasoglu waren vom Ökumenischen Arbeitskreis Flucht und Asyl unterstützt worden. Die Situation der verbleibenden drei Personen ist unsicher. Die zehn von der Abschiebung bedrohten KurdInnen hatten sich im Januar 1999 zunächst in die Katholische Hochschulgemeinde in Göttingen geflüchtet, später hielten sie sich auch in anderen Gemeinden auf. Zahlreiche Initiativen und Gruppen unterstützten die Aktion mit Öffentlichkeitsarbeit und Geldspenden.

Während des Kirchenasyls hatten Unterstützungsgruppen durch intensive Nachforschungen auch in der Türkei die von den Flüchtlingen in ihren ursprünglichen Asylanträgen gemachten Angaben genauer belegen können. Die Ergebnisse dieser Recherchen sind nun in die positiv entschiedenen Asylverfahren eingeflossen. Dieses Kirchenasyl war das fünfte in Göttingen innerhalb der letzten sechs Jahre. „Alle Kirchenasyle waren erfolgreich", bilanzierte der evangelische Pfarrer Peter Lahmann. Insgesamt 20 Flüchtlinge seien so vor der



Abschiebung gerettet worden, „einige von ihnen wären mit ziemlicher Sicherheit in Gefängnissen oder Folterkellern ihrer Herkunftsländer gelandet".

ƒ Zum vierten Mal innerhalb von drei Jahren wird in Lübeck Flüchtlingen im Kirchenasyl Schutz vor Abschiebung gewährt. Ein kurdisches Ehepaar mit zwei Kindern ist seit kurzem in einer geheimgehaltenen Wohnung untergebracht. Das Asyl wird von der Lübecker Aegidien-Gemeinde unterstützt. In einer Erklärung der Nordelbischen Kirche hat die Kirchenleitung solche Aktionen unterstützt; der Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche, Bernd Eichhorn: „Kirchenasyl ist keine legale, aber eine legitime Aktion". Noch immer auf eine menschliche Lösung wartet eine algerische Familie, die seit 1997 (!) in St. Marien im Kirchenasyl ist. Die sechs Menschen wurden an dem Morgen von der Kirche in Schutz genommen, als sie zwangsweise ins Flugzeug nach Algier gesetzt werden sollten.

„ Mit einem sechsmonatigen Kirchenasyl in der Norderstedter Shalom-Kirchengemeinde konnte die Abschiebung des ehemaligen PLO-Offiziers Abdul A. nach Syrien verhindert werden. In Syrien war er in Abwesenheit wegen Desertion und Verrat – er hatte sich von einer syrienfreundlichen Palästinensergruppe abund der Arafat-Strömung zugewandt – zum Tode verurteilt worden. Der Asylantrag in Deutschland wurde abgelehnt, weil ein Mitarbeiter im Auswärtigen Amt die Echtheit des syrischen Haftbefehls bezweifelte. Die Zeit des Kirchenasyls wurde unter anderem dazu genutzt, Unterstützung durch das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) zu organisieren. Nun kann er bis zur geplanten Weiterwanderung in die USA in Deutschland bleiben.

Festung Europa konkret: Mauer um Flüchtlinge in Celle

Mit einer 1,80 Meter hohen Mauer wurde Mitte August in Celle das Flüchtlingswohnheim in der Harburger Heerstraße von der Außenwelt abgeschnitten. Der Bau geht zurück auf einen Beschluß des Celler Stadtrates im Februar dieses Jahres. Zugestimmt hatten alle im Rat vertretenen Parteien: CDU, FDP, SPD, die Grünen, eine Wählergemeinschaft und die Republikaner. Offizielle Begründung: Beschwerden von AnwohnerInnen und angeblicher Drogenhandel. In dem ehemaligen Hotel müssen etwa 60 Aslybewerber auf engstem Raum zusammen leben. Die meisten dieser Menschen kommen aus Afrika oder dem Kosovo.

Für die „Einfriedungsmauer", so die Terminologie in den Ausschreibungsunterlagen, gibt die Stadt alles in allem 130 000 Mark aus. Hinzu kommen jährlich 300 000 Mark für die beiden „Sicherheits"leute an der Eingangsschleuse. Geld für Flüchtlingsbetreuung hatte es vorher hingegen nicht gegeben. Die deutschen AnwohnerInnen sollen vor Lärm und Müll geschützt werden; dafür braucht man angeblich eine Eingangsschleuse und die Bewachung durch einen „Sicherheits"dienst. An Unterbringung in menschenwürdigen Wohnungen, Verbesserung der materiellen Situation oder an eine Sanierung des heruntergekommenen Hotels wurde nie gedacht. Volksmeinung statt Ursachenforschung. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Jens Rejmann stellte sich mit einer in der reaktionären Lokalpresse veröffentlichten Rede an sie Spitze von „Volkes Stimme", verlangte nach der „gebotenen Härte des Gesetzes" und drohte mit Ausweisung der Flüchtlinge. Rejmann ist in seiner Eigenschaft als Leiter der Heimvolkshochschule Hustedt zugleich einer der Kooperationspartner des von der EU geförderten Projektes „Integration contra Nationalismus". Oberstadtdirektor Martin Biermann (CDU) will für ein inzwischen von den Grünen gefordertes Betreuungskonzept kein Geld zur Verfügung stellen, höchstens wenn das Land Niedersachsen den größten Teil davon übernehme. Nicht ausgeschlossen auch, dass sich die rassistische Stimmung in Gewalt niederschlägt: Das Hamburger Abendblatt zitiert einen ungenannt bleibenden Deutschen mit den Worten, Nachbarn wollten „gerne 20 Mark geben, um Jungs zu bezahlen, die `da` mal aufräumen".

Auf zur Grenze – die Grenzen auf!

Liebe ‚enough is enough'-LeserInnen!
Wir waren neben einigen anderen KielerInnen als TeilnehmerInnen auf dem 3. antirassistischen Grenzcamp in Forst. Von der Redaktion der enough sind wir gefragt worden, ob wir nicht einen Bericht schreiben wollen. Wir haben uns für eine andere Form entschieden und hoffen, dass sie für Euch interessant und anregend ist. Am 14.9. haben wir uns mit ein paar auf einem Zettel notierten Fragen einfach hingesetzt und ein Gespräch zwischen uns auf Tonband aufgenommen. Das haben wir dann mühevoll (!) abgetippt und uns in der nachfolgenden Bearbeitung nur unwesentlich schlauer gemacht als wir zu dem Zeitpunkt waren.
Um für Euch den Gegenstand der Unterhaltung nachvollziehbarer machen, schicken wir ihm noch einen beschreibenden Artikel aus dem ak - analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 441 / 31.08.2000 voraus.

Bertha, H. Errrossi & Norbert

Vom 28. Juli bis 6. August fand das dritte antirassistische Grenzcamp an der polnisch-deutschen Grenze im brandenburgischen Forst (Lausitz) statt. Die insgesamt 1000TeilnehmerInnen kamen aus unterschiedlichsten Gruppierungen und Zusammenhängen, darunter auch polnische Gruppen und Flüchtlingsorganisationen.

Begonnen hatte es mit Business as usual: Die Lausitzer Rundschau (LR) erschrieb Horrorszenarien von „Gewalt" und linken „Chaoten". Der Forster Bürgermeister Reinfeld (CDU) verweigerte die Vermietung eines Geländes an die Grenzcamp-Koordination und setzte private Grundbesitzer massiv unter Druck, keinen Zeltplatz zur Verfügung zu stellen. Die Begründung: Das Camp gefährde die öffentliche Sicherheit und Ordnung; AntirassistInnen zögen Nazis an, und eine Imageschädigung der Stadt Forst nach sich.

Trotzdem trafen am Freitag mehrere hundert CampteilnehmerInnen auf dem Forster Marktplatz ein, wo sie von den wenigen, aber völlig euphorisierten lokalen Punks lauthals empfangen

wurden. Schon nach einer Stunde Verhandlungen konnte das Camp am Stadtrand aufgebaut werden. Bürgermeister Reinfeld zeigte sich zwar brüskiert, aber de facto traf die Polizei die Entscheidung und ihm blieb nicht weiter übrig, als das Camp zu „dulden".

Der obligatorische „Stadtspaziergang", ein Fußballturnier mit Flüchtlingen, Sprühaktionen, Straßentheater, die Umbenennung einiger Straßen mit den Namen von AntifaschistInnen, die flächendeckend in Forst verteilte Campzeitung sowie das eigens eingerichtete Camp-Radio sorgten in und um Forst für große Aufmerksamkeit. Zudem gelang es, Kontakte zu den in der Kleinstadt lebenden Flüchtlinge aufzunehmen und deren Situation deutlich zu machen.

An der Neiße errichteten Camp-AktivistInnen symbolische Grenzübergänge, um auf den Abschottungscharakter der EU-Außengrenze hinzuweisen. Eines Nachts sickerte durch, dass der BGS nach acht „illegal eingereisten" Menschen im Grenzgebiet fahndet. Mit verschiedenen spontanen Aktionen konnte die Fahndung behindert werden. Erstaunlich positive Resonanz erhielt ein vom Camp organisierter gemeinsamer Einkauf mit Flüchtlingen in einigen Forster Supermärkten. Sogar ein Filialleiter ließ sich bereitwillig über den Zwangcharakter des Gutscheinsystems aufklären. Eine Initiative des Camps gewann Forster BürgerInnen als Paten für einen regelmäßigen Umtausch der Gutscheine.

Mit Absperrband markierte „kontrollfreie Zonen" und Plakate, auf denen „Vorsicht! Rassistische Kontrolle" in großen Lettern prangten, störten BGS-Beamte bei der Durchführung verdachtsunabhängiger Kontrollen am Cottbusser Hauptbahnhof. Weitere Aktionen richteten sich gegen Treffpunkte von Nazis im nahe gelegenen Spremberg sowie gegen den dortigen Bürgermeister Wochatz (CDU), der Forderung nach einem nächtlichen Ausgangsverbot für Nicht-Deutsche vertrat. Eine Demonstration in Eisenhüttenstadt führte zur Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber, in der zugleich ein Abschiebeknast (ZABH) integriert ist. Im berühmt-berüchtigten Guben besuchten die CampteilnehmerInnen neben Veranstaltungen zum Gedenken an den von Nazis zu Tode gehetzten Omar Ben Noui alias Farid Guendoul, den jüdischen Friedhof - häufiges Ziel von neonazistischen Angriffen - und führten an einigen in der Nähe befindlichen Wehrmachtsgräbern ein so genanntes Teach-in gegen Antisemitismus durch.

Bürgermeister brüskiert

Im Gegensatz zum letzten Jahr lag ein weiterer Schwerpunkt auf campinternen inhaltlichen Diskussionen. So setzte sich eine Arbeitsgruppe mit den Fragen linksradikaler Identität und politischer Organisierung auseinan-



Gemeinsame Demonstration ...

der. Intensive und kontroverse Diskussionen gab es aber vor allem um das Thema Sexismus. Konkret entspann sich die Debatte an zwei politischen Gruppen: Die auch auf dem Forster-Camp anwesenden Anarchistische Föderation (FA) aus Poznan (Polen) war schon im Vorfeld von der bundesweiten Vorbereitungsgruppe kritisiert worden. Dabei ging es um sexistisches Verhalten von Einzelnen der FA und den Umgang der Gruppe in gemeinsamen Diskussionen. Die bundesweite Vorbereitungsgruppe beschloss, vorerst nicht mit der FA-Poznan zusammenzuarbeiten. Als die FA im Rahmen des Forster-Camps ein von ihr organisiertes antirassistische Grenzcamp an der polnischen Ostgrenze vorstellen wollte, wurde sie mit der Kritik der bundesweiten Vorbereitungsgruppe konfrontiert. Die darauf folgende Auseinandersetzung verlief ergebnislos, die FA-Mitglieder verließen das Camp.

Eine zweite, viel umfassender geführte Diskussion (be)traf die Flüchtlingsorganisation The Voice, die an der Grenzcampvorbereitung beteiligt war und mehrere Veranstaltungen dort organisierte. Teilnehmerinnen eines Antifa-Workcamps ausgelöst, das kurz zuvor in Weimar stattgefunden hatte, warfen The Voice vor, dass von ihnen nach Weimar mobilisierte Flüchtlinge für verschiedene sexistische Übergriffe gegen Frauen verantwortlich seien, die dort vorgefallen waren. Die Frauen verlangten von The Voice „innerhalb ihrer gruppe + ihrem umfeld (...) dafür zu sorgen, dass solche übergriffe in zukunft unmöglich werden um auch in zukunft gemeinsam gegen den rassistischen staat + die rassistische bevölkerung agieren zu können." The Voice kritisierte die Politik - erst der Kampf gegen Sexismus, dann der Kampf gegen Rassismus - als Hierarchisierung von Unterdrückungsverhältnissen. Nach kontroversen Diskussionen verfasste eine Arbeitsgruppe ein Papier, das auf dem Abschlussplenum diskutiert wurde. Die AutorInnen kritisierten, in den Diskussionen zeige sich eine „Tendenz zur Ethnisierung des Problems: (...) nicht-deutsche Männer gelten als sexistischer als deutsche", und problematisierten, dass nur The Voice, nicht aber „wir alle oder Männer überhaupt" aufgefordert wurden, sich zu den angeprangerten sexistischen Übergriffen zu verhalten. In dem Papier heißt es weiter: „Wir finden es im übrigen grundsätzlich unsinnig, von einer Organisation zu fordern, in ihrer Gruppe und ihrem Umfeld dafür zu sorgen, dass solche Übergriffe unmöglich werden, weil das leider im real existierenden Patriarchat nicht machbar ist (...)."

Medien beglückt - Polizei verspottet

Das Grenzcamp startete im Windschatten des Anschlages in Düsseldorf. So zeigten die Medien ein plötzliches und unerwartetes Interesse für das „Engagement gegen Rechts" und berichteten ebenso wohlwollend wie ausführlich über die Aktivitäten in Forst, fast täglich wurde auf dem Campgelände gefilmt. So war in Berliner Medien von „Menschenrechtlern" zu lesen, die „gegen Fremdenfeindlichkeit demonstrieren". Die starke Prä-



... gemeinsame Aktion

senz der Medien, aber auch das auffällig zurückhaltende Auftreten von Polizei und Bundesgrenzschutz – offenbar eine Weisung „von oben“ - löste unter den CampteilnehmerInnen ein unsicheres Gefühl aus.

Spätestens als das Grenzcamp in den „Tagesthemen“ als Beweis für die Existenz „anständiger Deutscher mit Zivilcourage“ herhalten musste, artikulierte sich unter den AktivistInnen sehr deutlicher Widerwillen gegen die potenzielle Vereinnahmung durch die „staatliche Antifa“. In einem Beitrag des Camp-Webjournals vom 4. August heißt es: „Wir finden uns also in einer paradoxen Situation wieder. (...) Zwar unterstützen wir mit unserer Präsenz hier Interessen, die wir ablehnen. Zugleich sehen aber auch viele, dass wir - vielleicht seit Jahren wieder zum ersten Mal - den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen können. Unsere Inhalte konnten nicht vermittelt werden, solange die Presse uns nur als Störfaktor porträtierte. Doch jetzt fragen sie uns nach unserer Meinung und schreiben die häufig auch brav auf. Da wir auf diese Situation jedoch nicht vorbereitet waren, kamen unsere Inhalte nur dürftig rüber, kritisieren viele.“

Eine kohärente politische Position zu diesem Problem ließ sich nur ansatzweise finden. Zunächst reagierten einige AktivistInnen mit einer Aktion, die die Abgrenzung zum oktroyierten Schmusekurs deutlich machen sollte. Sie blockierten die Zufahrtswege zur BGS-Kaserne im angrenzenden Jänschwalde, rissen die Straße auf und errichteten mit Baumstämmen Barrikaden. Der BGS rückte erst an, als die „Bauarbeiten“ bereits beendet waren. Im Nachhinein betrachtet diente die Aktion allerdings weniger einer radikal antirassistischen Positionierung in der aktuellen Rechtsextremismus-Debatte, als vielmehr der Wiederherstellung einer altbekannten Konfrontation: „Bullen gegen Autonome“. Deshalb reagierten Polizei und Medien auch sehr unterschiedlich darauf. Die Medien wiederholten nicht wie üblich ihre stereotypen Beschreibungen von „vermummten linksautonomen Gewalttätern“, sondern nahmen die Inhalte der Camp-Pressegruppe auf. Ein Artikel in der Lausitzer Rundschau zitierte unkommentiert die Forderungen nach der Abschaffung des BGS und „offenen Grenzen für alle“.

Die Polizei ihrerseits hielt zwar die freundliche Rhetorik bei, wechselte aber die Gangart. Bei den auf die BGS-Blockade folgenden Aktionen in Spremberg und Eisenhüttenstadt rückte die Bereitschaftspolizei aus Potsdam sowie Spezialeinheiten von Polizei und BGS an und versuchten mit Kontrollen, Spalieren und vereinzelten Provokationen, die Demonstrationen zu behindern.

Kurz vor Ende des Camps, am Sonntag morgen, stürmten dann doch noch mehrere hundert Beamte das Campgelände. Offiziell sollte der Sender beschlagnahmt werden, mit dessen Hilfe das Campradio über zehn Tage hinweg - ohne Genehmigung (ein Legalisierungsangebot der Telekom lehnten die BetreiberInnen ab) - gesendet hatte. Doch die geplante Demonstration der Macht geriet zur Farce: Die Uniformierten mussten sich mit Sprechchören wie „heimlich hört ihr sowieso: Unser tolles Radio“ verspotten lassen und nach fast zweistündigerSuche ohne Erfolg wieder abziehen. (...)

In einem Leserbrief aus der Lausitzer Rundschau vom 14. August heißt es: „Am Sonntag Nachmittag verabschiedeten sich die Camp-Teilnehmer lachend und fröhlich winkend von den Forster Bürgern. Es ist Zeit, über Vieles nachzudenken, worauf die Teilnehmer des antirassistischen Grenzcamp in Forst aufmerksam machen wollten und getan haben.“

Weiterführendes...

zum 3. Camp:
Ausführliche Informationen zum Camp (Aktionsberichte, Diskussionspapiere, Fotos, Presseartikel) gibt es im Webjournal unter http://www.nadir.org/camp00
Ein zwölfminütiges Video zum Camp kann angesehen werden unter http://www.umbruch-bildarchiv.de/video/videofenster.html

zum 2. Camp:
Internetausgabe des Reader zum 2. Camp:
http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/grenzcamp99/
Webjournal des Grenzcamps 1999 in Zittau
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/camp/
Das Video ‚Kein Camp ist illegal' zum 2. Camp kann für 15 DM bei Gegenwind-TV;
Schweffelstr. 6; 24118 Kiel bestellt werden.

zur antirassistischen Fahrradtour 1995
Der Bundesgrenzschutz und die deutsche Ostgrenze
http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/bgs_broschuere/

Kampagne ‚Kein Mensch ist illegal'
http://www.contrast.org/borders/

Jahresberichte des BGS 1996-99
http://www.bundesgrenzschutz.de/allgem/oep_arbeit/mainindex.htm

„Naja, wir sitzen hier und versuchen ein Gespräch darüber zu führen..."

Zum Sinn eines antirassistischen Camps

H. ERRROSSI: So ein Camp hat verschiedene Sinnaspekte. Zum einen kommen seit drei Jahren etwa 1000 antirassistische AktivistInnen aus allen Ecken Deutschlands und zum Teil aus anderen Ländern zusammen und verbringen eine Woche miteinander. Sie verbringen diese Zeit zum einen mit organisierter Selbstaufklärung und setzten sich mit sich selbst auseinander, verhandeln über ihre jeweiligen Perspektiven. Zum anderen bringen sie mit ihren Aktionen ihre Ablehnung rassistischer Praktiken in der Gesellschaft zum Ausdruck und versuchen nach Möglichkeit verändernd einzuwirken. Nicht zu vergessen, ist die Art des Miteinander eine gewisse Vorwegnahme von utopischen Vorstellungen. Dass 1000 Leute versuchen sich selber zu organisieren, ist auch schon eine Qualität an sich.

BERTHA: Ein weiterer Sinn des Camps oder dieser Form der Organisierung ist für mich die Konzentriertheit. Sie schlägt sich einmal in der zeitlichen Dimension nieder, die Leute haben eine Woche miteinander zu tun, diskutieren und machen Aktionen. Nicht nur die Diskussionen sind intensiver, sondern auch die Außenwirkung, insofern dass ein Thema in der Öffentlichkeit präsenter gemacht wird, weil mensch eine Woche anwesend ist und während der Zeit ständig Aktionen laufen. Auch aufgrund der Schwäche der Linken macht es Sinn, dass so etwas organisiert wird.

H. ERRROSSI: Ja, ansonsten sind wir in den Städten kleine Zusammenhänge, die zum Thema arbeiten. Noch kleiner, wenn Antirassismus als Teil einer weitergehenden Befreiungsperspektive begriffen wird. So ein Camp hat, wenn's gut läuft, positive Rückwirkung auf die Politik in den Städten aus denen Einzelne kommen.

BERTHA: Es besteht vielleicht auch die Möglichkeit, Auseinandersetzungen zu führen, die man in der eigenen Stadt nicht führen kann, weil es keine Gruppen gibt, die dazu etwas zu sagen haben oder dazu was machen.

H. ERRROSSI: Ich denke auch, dass die Qualität der inhaltlichen Auseinandersetzung auf dem Camp zugenommen hat. Letztes Jahr waren die großen Plena sehr von technischen Sachen bestimmt, die dieses mal über das Delegiertenplenum rausgehalten wurden. Ich kann mich nicht daran erinnern, hier in Kiel so lebhafte und intensive Diskussionen über die Bedeutung der Parole ‚gegen den rassistischen Konsens' oder über das Verhältnis von Antirassismus und Antisexismus in einem größeren Rahmen mitbekommen zu haben.

BERTHA: Um eins nicht unerwähnt zu lassen: gerade für jüngere Menschen kann das Camp etwas besonderes haben, weil auf dem Camp auch viele Leute sind, die zum Teil schon in den 70er, 80er Jahren politisch aktiv waren und man von ihnen was mitbekommt. Man bekommt auch etwas von dem Gefühl und der Politik aus anderen Zeiten mit, was motivierend sein kann und Bedeutung für eine weitere Perspektive haben kann. Auch das ist ein besonderer Wert des Camps. Ich habe auch das Gefühl, dass die Älteren die Jüngeren mit relativer Geduld an Aufgaben herangeführt haben.

Zusammensetzung, Interessen und Konflikte...

BERTHA: Die Menschen,. die sich auf dem Camp getroffen haben, haben unterschiedliche soziale, kulturelle und politische Hintergründe, woraus zum Teil auch Konflikte entstanden sind. Für mich stellt sich die Frage des Umgangs mit solchen Konflikten, gerade um eine gemeinsame politische Perspektive entwerfen zu können. Ein bedeutsamer Konflikt war die Debatte um eine Gruppe aus Polen, die Federacja Anarchystyczna (Anarchistische Föderation) Poznan, der Sexismus vorgeworfen wurde. Die Frage stand im Raum, in wie weit man sich eine Zusammenarbeit überhaupt noch vorstellen kann. Es stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, die Auseinandersetzung mit der FA Poznan zu führen, und ob man das will.

H. ERRROSSI: Der FA Poznan ist vorgeworfen worden, in einem Plakat mit antimilitaristischem Kontext ein pornografisches Bild verarbeitet zu haben. Es ist natürlich richtig zu sagen, dass es sexistisch ist, und das ist leicht gut zu begründen. Abgesehen davon, dass sie auch Bündnisse mit faschistischen Gruppen eingegangen sind. Hier jetzt einfach den Ausschluss der ganzen Gruppe zu exekutieren ohne zum einen zu berücksichtigen, dass es in der Gruppe selber Konflikte darüber gibt und zu überlegen, ob eine solche Auseinandersetzung eventuell



Aktion gegen BGS im Cottbusser Bahnhof — Aktion auf der Neiße-Brücke in Forst — ... und natürlich ...

gewissermaßen durch die Gruppe hindurch geführt werden kann und ohne zum anderen Kontakte, beispielsweise zu den feministischen Emancypunx zu intensivieren, wäre zu billig. Ein Problem bleibt, dass es nur spärliche Kontakte zu osteuropäischen Gruppen gibt.

BERTHA: Aufgrund der unterschiedlichen sozialen Hintergründe hat das Camp auch unterschiedliche Bedeutungen für die einzelnen TeilnehmerInnen. Für die einen, wie die Flüchtlingsgruppe The Voice, ist es sicher wichtiger, überhaupt die Möglichkeit der Zusammenarbeit zu schaffen, Netzwerke aufzubauen und Unterstützung zu finden. Andere Leute, für die das nicht so lebensnotwendig ist, gehen da mit anderen Ansprüchen heran. Wenn es dann in der Diskussion um die Frage des Ausschlusses geht oder um die politische Perspektive, hat das einen unterschiedlichen Stellenwert. In der Frage der Zusammenarbeit und der Gemeinsamkeiten existieren unterschiedliche Ansprüche, wo es bei den einen um konkrete Dinge wie Abschiebung geht, auch die eigene, und bei anderen um utopistische Vorstellungen oder eine revolutionäre Perspektive. Die einen gehen unter Umständen eher Kompromisse ein als die anderen.

Zu Politik + Erfolg

H. ERRROSSI: Auf einer Ebene sollten wir die Frage nach dem Erfolg eigentlich zurückweisen. Erfolgreich sind wir als um revolutionäre Veränderungen Bemühte ja erst mit der herrschaftsfreien Gesellschaft oder dem Kommunismus. Wir können ja heute keine Aussage darüber treffen, ob wir in dieser Perspektive vorwärts gekommen sind. Das Wort Erfolg ist mir vor dem Hintergrund des Zieles ‚Befreiung' eigentlich immer eine Nummer zu groß. Im Rahmen unserer Möglichkeiten in aktuellen Grenzen war das natürlich ein Stück Maulwurfsarbeit, die radikalem Widerspruch und Subversion beim Überwintern hilft. Aber O.K.: wir haben im Moment begrenzte gesellschaftliche Eingreifmöglichkeiten – und eine Praxis muss sich natürlich einer Beurteilung im Nachhinein stellen. Wir haben das Grenzregime nicht sabotiert, keineR hat parallel zum Camp ein BGS-Überwachungshäuschen in die Luft gejagt und die Wärmebildkameras für eine Zeit außer Kraft gesetzt und so Flüchtlingen Luft verschafft, die Grenze leichter zu übertreten. Es gab Aktionen mit symbolischem Gehalt, die vielleicht aufklärerisch gewirkt und zum Teil gestört haben. Das war gut.

BERTHA: Wir haben über symbolische Aktionen Akzente gesetzt – ich denke aber auch, dass sich trotzdem ein Erfolg anhand des Camps nicht messen lässt. Die Frage ist, ob was weitergeht, gerade auch in der Region, inwieweit sich Netzwerke aufbauen, inwieweit Kampagnen, wie die gegen die Abschiebungen mit Lufthansamaschinen, gestärkt werden. Daran wird sich irgendwann was zeigen.

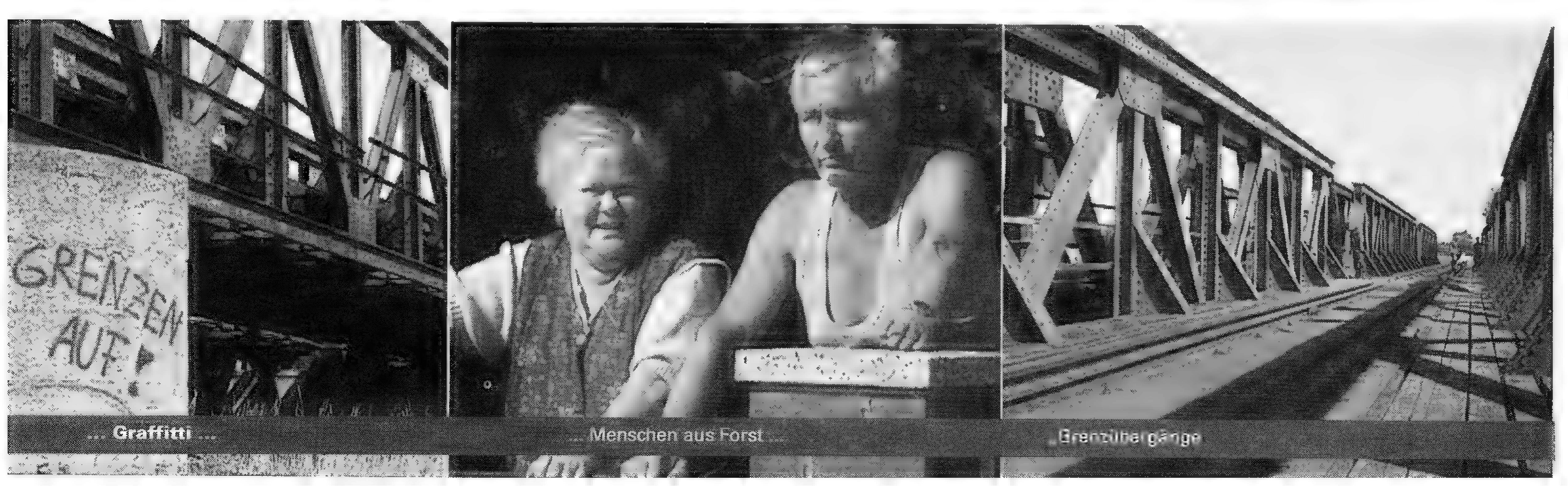
H. ERRROSSI: Vor dem Hintergrund der Schwäche der Linken bleibt ja auch Bescheidenheit angesagt. Es macht keinen Sinn, zynisch zu werden angesichts unserer Begrenzungen. Wir sollten sehen, wie wir trotz unserer realen Möglichkeiten handlungsmächtig sein können. Das Camp hat das Grenzregime in der Region thematisiert, nachdem es durch die Vorbereitung in einem Teil der Linken zum Thema geworden war. Das, was an Aktionen gelaufen ist, blieb auf dem Niveau des Widerspruchs und der Störung. Aber ohne die Option auf direkte Aktion und Sabotage politisch und konzeptionell aufzugeben.

BERTHA: Auch wenn ein Häuschen gesprengt worden wäre, hätte das das Camp nicht unbedingt erfolgreicher gemacht. Es bleibt ja die Frage nach der Perspektive, die sich erst in der Entwicklung zeigt. Wenn ein Häuschen weg ist, können trotzdem zwei Häuschen wieder dahingebaut werden. Bedeutsam sind die Werteverhältnisse in der Gesellschaft.

NORBERT: Erfolg oder nicht muss in dem sehr begrenzten Rahmen einer einzelnen Aktion gesehen werden. Da sollte dann nicht in zu großen Maßstäben gedacht werden. Woran das gemessen werden könnte, wäre zum einen, ob die beabsichtigte Außenwirkung realisiert werden konnte, inwieweit ist das, was wir thematisieren wollten, auch nach außen gedrungen. Auf der anderen Seite ist es natürlich auch ein Erfolg, wenn Gruppen was mitnehmen, das ihre eigene Gruppenarbeit positiv beeinflusst.

Das Camp, die Region und die Bevölkerung...

H. ERRROSSI :Bei der Frage, wie das Verhältnis zur Bevölkerung ist, ist zu berücksichtigen, dass die Bevölkerung ja nichts Einheitliches ist, sondern Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Verhaltensweisen, gerade in Hinblick auf ihre Bereitschaft, das Grenzregime mit zu tragen oder eben nicht. Das Verhältnis zur Bevölkerung steht und fällt natürlich mit der Analyse. Es gibt eine Fraktion, die die Parole "Gegen den rassistischen Konsens" streng antideutsch vertritt, was heißt, der Bevölkerung von angeblich außenstehend umstandslos den Kampf anzusagen. Das



... Graffiti ... ... Menschen aus Forst ... ..Grenzübergänge

ist natürlich nicht politiktauglich, vielleicht antikommunistisch. Positiverweise ist darüber im Vorfeld und auf dem Camp eine etwas intensivere Debatte geführt worden. Und aus der Campvorbereitung selber ist sich beispielsweise mit der Campzeitung große Mühe gegeben worden, Inhalte verständlich zu vermitteln, also den Gedanken an Aufklärung und Veränderbarkeit zu behalten. Die Parole "Gegen den rassistischen Konsens", die auch von der Kieler Gruppe KAGON in ihrem aktuellen Plakat verwendet wird, finde ich nicht (mehr...) richtig. RassistInnen haben ja auch einen Dissens. Es gibt nicht nur den einen Rassismus, sondern Rassismen, die sich auch massiv widersprechen können. So ist der Rassismus der Nazis im Moment tatsächlich nicht mit dem durch rot-grün modernisierten institutionellen Rassismus und ihrem Nationenkonzept kompatibel. Unter der Dominanz anderer Herrschaftsfraktionen kann sich das sicherlich wieder ändern.

BERTHA: Was für mich in der Begrifflichkeit "Konsens" auch angesprochen wird, ist, dass es Werteverhältnisse in der Gesellschaft gibt, die bewirken, dass bestimmte Dinge stattfinden können und andere nicht, dass rassistische Verhältnisse einfach hingenommen werden. Abschiebepolitik und Einschränkung von Lebensrechten von Flüchtlingen werden hingenommen. Aber wenn jemand vom Kampfhund angefallen wird, entsteht plötzlich Bewegung. Dass eine rassistische Wertestruktur vorherrscht und von vielen gelebt wird, wird durch den Begriff "rassistischer Konsens" ausgedrückt. Neben der Gefahr, dass gesellschaftliche Strukturen nicht differenziert werden, würde ich zudem an der Parole kritisieren, dass sich Linke von diesem Konsens ausnehmen. Da die Linke ein Teil dieser Gesellschaft ist, trägt sie auch bestimmte Wertvorstellungen mit sich, darüber gilt es sich aber auseinanderzusetzen.

H. ERRROSSI: Trotzdem finde ich, dass die Parole eine Defensivparole ist. Ich denke, es würde uns mehr nützen, auch Widersprüche von anderen zu Rassismen wahrzunehmen, unsere eigenen Widersprüche schärfer zu formulieren, den Dissens politisch zu verbinden und in den Vordergrund zu stellen. Ich streite auch nicht ab, dass rassistische Haltungen und autoritäre Vorstellungen stark in der Gesellschaft verankert sind und es schwer ist, sie aufzuheben. Eine Defensivparole, die vor allem der Abgrenzung dient, oder auf der anderen Seite am Besten noch zu sagen, wir sind Teil dieses rassistischen Konsenses, ist als politische Kampfparole absurd.

BERTHA: Ja, klar. Eine alleinige Beschreibung der Verhältnisse kann kein politisches Arbeitsmaterial sein. Es ist schon richtig, sich auf die Widersprüche zu konzentrieren und zu gucken, wo man da ansetzen kann. Erst darüber würde sich etwas verändern.

H. ERRROSSI: Wo ich es richtig fand, den AnwohnerInnen den eigenen Abscheu zum Ausdruck zu bringen, war bei der Kundgebung in Guben für den ermordeten Flüchtling. An dem Tag haben sie massenhaft wegen Ruhestörung die Bullen gerufen. Sie lassen es zu, dass der Gedenkstein geschändet wird, und bei der Nazi-Jagd auf den Flüchtling hat niemand eingegriffen. Das ist eine Entscheidung. Diese Entscheidung würde ich ernst nehmen und ihnen sagen, dass sie Schweine sind. Das wäre dann auch zu begründen.

BERTHA: Ich hatte den Eindruck, dass das Auftreten von einigen CampteilnehmerInnen so gestaltet wurde, dass sie sich mit ihrem Verhalten eher von der Bevölkerung abgrenzten, als dass sie versuchten, eine wirkliche Kontaktaufnahme hinzukriegen. An die Adresse derjenigen, die ihre Aktionen konzeptionell so anlegen, dass nicht Vermittlung sondern Abgrenzung gewollt ist, kann man den Vorwurf richten, dass sie mehr an ihrer eigenen Identität arbeiten wollen, als in der Region etwas zu verändern.

NORBERT: Es gab aber auch Aktionen, die direkt darauf abzielten, die Bevölkerung anzusprechen und zum Eingreifen zu motivieren. Ich habe das im Gegensatz zum letzten mal so erlebt, dass die Diskussion über das Verhältnis zur Bevölkerung nicht so polarisiert war. Im letzen Jahr wurde mehr eine Art Frontstellung vertreten.

BERTHA: Den Eindruck hatte ich auch, ein Beispiel war diese Gutscheinaktion, bei der versucht wurde, eine Sensibilisierung zu erreichen und über die Vermittlung von Patenschaften im Grunde eine Integration der Bevölkerung zu erzielen.
Trotzdem, ein konzeptionelles Element war ja die bewusste Platzierung des Camps in eine ‚durchschnittliche Kleinstadt in Ostdeutschland', so stand es auch im diesjährigen Aufruf. Ich denke schon, dass ursprünglich der Gedanke bei der Platzwahl war, auch direkt in der Region zu wirken. Aber ich hatte manchmal bei der Betrachtung der Aktionen den Eindruck, dass die Motivation, wirklich in die Öffentlichkeit zu treten, nicht die bestimmende Komponente in der Ausrichtung und der Gestaltung der



Vor dem Gelände des Abschiebeknast und der Flüchtlingsunterkunft Eisenhüttenstatt

Teach-In zu Antisemitismus

Aktionen war. So bleibt für mich bei einer Reflexion zu fragen, ob das Handeln vor Ort mehr von der Motivation des Einwirkens auf die regionalen Verhältnisse oder eher von identitätspolitischen Aspekten bestimmt wird, indem allein schon durch die Ortswahl eine Abgrenzung von der Bevölkerung für sich gestaltet werden kann. Eine Spontandemo in Spremberg, im Anschluß an eine Antifa-Aktion, mit der auf eine Kneipe als Nazitreffpunkt aufmerksam gemacht werden sollte, hatte z.B. den Charakter eines geschlossenen Blocks, wobei für mich zu hinterfragen ist, ob das die geeignete Form des Auftretens im Verhältnis zur Bevölkerung ist.
Es hatte auch mal die Überlegung gegeben, ein Plenum im Freibad, als einen öffentlichen Ort, abzuhalten, was aber leider nicht umgesetz wurde.
NORBERT: Es ist aber auch schwierig, weil eben hohe Hemmschwellen bestehen und wir auch nur eine kurze Zeit präsent waren. Was ich zur Auswahl des Ortes denke, ist, dass im Vorfeld schon in der Wahl bedacht wurde, sich einen Ort auszusuchen, der Anknüpfungspunkte bietet, also keine Stadt die zu einer ‚national befreite Zone' gehört, sondern eine, wo es ein subkulturelle, linksausgerichtete Szene und ein Unterstützungsumfeld für Flüchtlinge gibt.

H. ERRROSSI: Abgesehen davon hatten wir das Glück, dass die Lokalpresse total auf unserer Seite war. Während einige ja meinen, dass gute Presse gleich schlechte Presse ist, denke ich, dass die Lokalzeitung z.T. als Verlautbarungsorgan gearbeitet hat. Das beeinflusst natürlich die Stimmung in der Region, was über die Presse wiederum zum Ausdruck kam, so schrieben z.B. einige Leute in LeserInnenbriefen, dass sie die ablehnende Haltung des Bürgermeisters und seine im Vorfeld skizzierten Horrorszenarien nicht verstehen würden.

BERTHA: Die Präsenz in der Presse ist, denke ich, zum einen der profezsionellen Arbeitsweise der Pressegruppe und zum anderen auch wieder den zum damaligen Zeitpunkt herrschenden Verhältnissen zuzuschreiben.
Nochmal zum Verhältnis Camp / Region. Nach meiner Wahrnehmung wurde dieses Jahr mehr das Konzept des versuchten Einwirkens auf die regionalen Verhältnisse umgesetzt, z.B. mit den in Guben, Spremberg, Eisenhüttenstadt und Forst veranstalteten Aktionen.
Ein Punkt für die Nachbereitung wäre meines Erachtens, die Entwicklungen nach Abzug des Camps zu betrachten, wie entwickelt es sich für die regionalen Gruppen und Initiativen und die Lebenssituation der Flüchtlinge, nachdem das Camp, der darüber entstandene Aufruhr und die mediale Präsenz wieder weg sind.

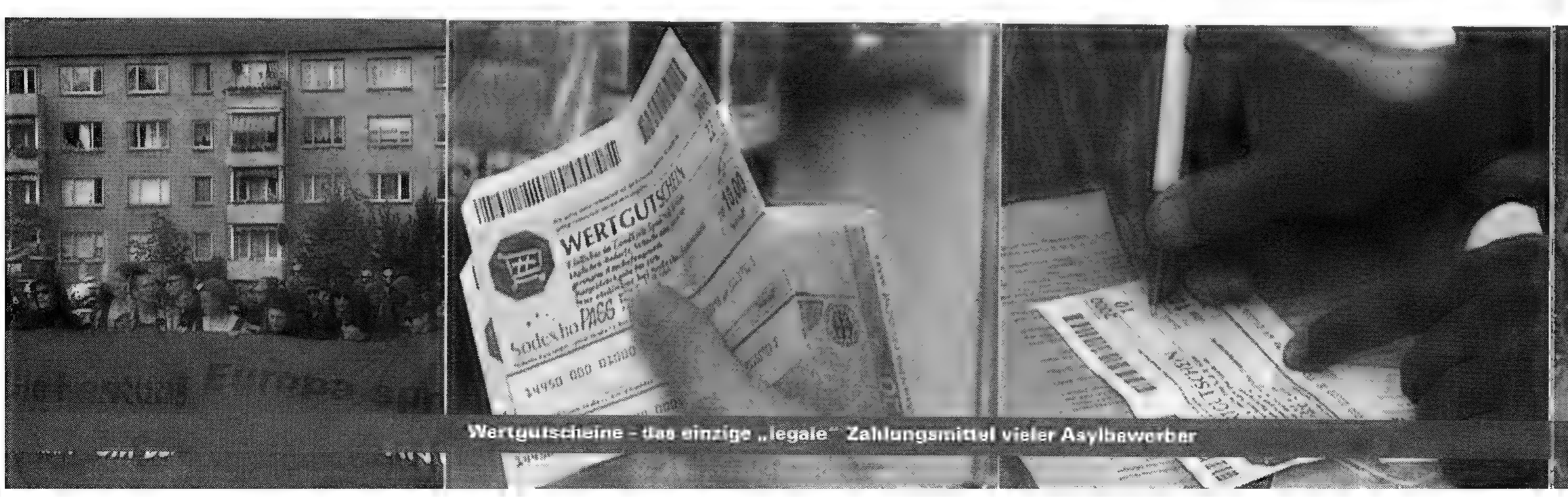
H. ERRROSSI: Zu bestimmten regionalen Gruppen bestehen ja feste Kontakte, so z.B. zu Noteingang oder Opferperspektive. Ich denke, dass die Initiativen schon gestärkt werden.

Nach dem Camp – Was machen wir nun?

BERTHA: Naja, wir sitzen hier und versuchen ein Gespräch darüber zu führen...
(Gelächter)
H. ERRROSSI: Naja, wir könnten an dieser Stelle ja noch mal Werbung machen für das, was wir mit unserer Einladung mit dem Titel ‚Die bürgerliche Debatte um Rassismus / Rechtsextremismus durchkreuzen!' (s. gesonderter Artikel) vorhaben. Auf dem Camp war das ja schon so, dass wir uns in der Situation befunden haben, dass von oben versucht wurde, Aktivitäten gegen ‚Ausländerfeindlichkeit' und Rechtsextremismus mit obrigkeitsstaatlicher Perspektive zu erzeugen. Auf dem Camp sind ja auch die für uns damit zusammenhängenden Probleme anthematisiert worden, nicht zuletzt weil wir zum Teil mit einer unglaublichen repressiven Toleranz konfrontiert waren. So gab es Aussagen des BGS, dass sie z.B. Menschenblockaden vor ihrer Kaserne 3-4 Stunden tolerieren würden.

BERTHA: Eine Erfahrung auf dem Camp war, wie schwer es ist, sich in einem plötzlich von den Herrschenden dominierten Diskurs zu bewegen und gleichzeitig die eigenen Inhalte aufrechtzuerhalten.

H. ERRROSSI: Die Medien haben zum Teil über uns berichtet als eine Versammlung von zivilcouragierten MenschenrechtlerInnen. Evtl. ist vom Camp nicht ausreichend klargemacht worden, dass wir vor allem auch Staatsfeinde und ein Teil des Restes der linksradikalen Opposition in Deutschland sind. Das ist für uns selber und durch uns selber nicht klar genug gemacht worden. Das wir in gewissem Maße funktionalisiert worden sind, dass sollten wir niemandem vorwerfen, sonder ist ein Teil der Selbstkritik. Was ist überhaupt gerade unsere radikale Kritik an den herrschenden Verhältnissen? Was ist unsere Beschreibung und was ist unsere Positionierung? Überhaupt gar keinen Sinn macht es eine revolutionäre Starrheit (wieder-)zu entwickeln in dem Sinne "Wir gegen die Schweine!" Wie behalten wir eine gesellschaftliche Auseinandersetzungsfähigkeit



Wertgutscheine - das einzige „legale" Zahlungsmittel vieler Asylbewerber

und auch in so einer Situation den Widerspruch und das fundamentale ‚Nein!'?

BERTHA: Zur Selbstkritik: Wenn Teile von uns dazu tendieren zu sagen, wenn die Medien uns gerade interessant finden, dann stellen wir uns dem auch und verschieben noch ein bißchen unsere Position, weil wir damit noch mehr in die Öffentlichkeit kommen, dann verlassen wir unser ursprüngliches Terrain. Das sehe ich schon als Gefahr, wenn Leute vor laufender Kamera sagen "Von uns gehen nur friedliche Aktionen aus."

H. ERRROSSI: In dem Zusammenhang fand ich die Verbarrikadierung der BGS Kaserne prinzipiell gut. Es war eigentlich eine Barrikade, die vor allem einen Symbolwert hatte, also die Widerstandsbereitschaft sichtbar gemacht hat. Aber sie stellte nicht einfach nur das Bild ‚Autonome gegen Bullen' wieder her, sondern es gelang die Aktion zu vermitteln. Die Forderungen nach Abschaffung des BGS und nach offenen Grenzen fanden sich in der Lokalpresse wieder.

BERTHA: Zur politischen Bewertung und Bedeutung des Camps finde ich es wichtig, das Camp nicht als Aktionsfeld von AntirassistInnen einzuordnen, sondern als politischen Ausdrucksort, an dem sich die Kritik nicht nur auf das Bestehen rassistischer Verhältnisse bezieht. Eben vor dem Hintergrund, dass es bei einer Auseinandersetzung mit einem Herrschaftsdiskurs, der sich in einer rassistischen Kategorisierung und Bewertung von Menschen äußert, auch wichtig ist, die Verknüpfungspunkte zwischen den einzelnen Herrschaftsdiskursen herzustellen. Diese Verknüpfung der unterschiedlich organisierten Machtverhältnisse hat sich auf dem Camp in den bestehenden Konflikten, wie sie in der Rassismus-Sexismus-Debatte zum Ausdruck kamen, deutlich gezeigt. Die während des Camps thematisierten Inhalte, z.B. rassistische Verhältnisse und institutioneller Rassismus, sind deshalb für mich im Rahmen der in der Öffentlichkeit geführten Debatte um die faschistische Gewalt und deren Bekämpfungsmöglichkeiten aktuell, bzw. sollten eigentlich notwendigerweise ein inhaltlicher Bestandteil der Diskussion sein.

H. ERRROSSI: Ich bin zum Camp gefahren aus der Perpektive heraus, autonome Politik zu machen. Das schließt es natürlich aus zu sagen, ich fahre irgendwo hin, um lokal den Rassismus zu bekämpfen, und alles andere interessiert mich erst mal überhaupt nicht. Antirassismus heißt ja nicht nur, dass es den Flüchtlingen besser gehen soll, sondern meint, ein Herrschaftsverhältnis zu bekämpfen, das untrennbar mit anderen Herrschaftsverhältnissen verknüpft ist, was Du eben auch sagtest. Und deshalb ist Rassismus nicht zu trennen von einer kapitalistischen Verwertungslogik.
Leider zeigt sich gerade gegenwärtig das Problem, dass wir als Linksradikale zumindest hier vor Ort politisch nicht sichtbar sind. Die Demonstration am kommenden Samstag in Neumünster wird es zeigen, wenn Heide Simonis als Gastrednerin geladen ist und andere, bis auf die Organisation Avanti, sich dazu gar nicht artikulieren können und anscheinend nicht genau wissen, wie sie sich darin verhalten sollen. Deshalb fände ich es richtig, einmal grundsätzlich gemeinsam darüber zu diskutieren und zu gucken, was bei uns überhaupt der Stand ist. Ich persönlich habe da kein klares Gefühl zum Stand derjenigen, die ich als erweiterte linksradikale Szene betrachte; was denken sie dazu, finden sie den Mainstream der ‚Ausländerfreundlichkeit' gut oder schlecht, oder teilen sie meine Kritik, dass es in Wirklichkeit darum geht, den funktionalen, institutionalisierten Rassismus aus der Kritik zu halten und als Normalzustand zu bewahren

BERTHA: Gerade unter den jetzigen Verhältnissen, der allgegenwärtigen Thematisierung der Gewalt der Stiefelnazis, ist es wichtig, die Verknüpfung von Herrschaftsverhältnissen zu begreifen, die Auseinandersetzung innerhalb unserer Strukturen zu führen und dies in die Öffentlichkeit zu tragen. Sonst ist es so, dass ein verkürzter antifaschistischer Diskurs in der Öffentlichkeit geführt wird und wir mit unseren Positionen verschluckt werden. Wenn wir es nicht schaffen diese Verknüpfungen und unsere Widersprüche, die wir zu den Verhältnissen haben deutlich zu machen; dann finden solche Kundgebung statt, auf denen Heide Simonis und Konsorten reden und wir unerhört daneben stehen.


Demo in Eisenhüttenstatt



Transparent während der Demonstration



Zu zivilcouragierten Linksradikalen und der aktuellen Verbotsforderung

Anmerkungen zu dem Redebeitrag von Avanti am 16.9.2000 in Neumünster

„3) Auftreten nach außen
(...)
d) Umgang mit SPD und Gewerkschaften
(...) Wir sind uns dabei aber bewusst, dass eine solche Zusammenarbeit eine Gratwanderung zwischen kluger politischer Taktik und Anbiederung ist."
(Avanti 1989)

Meines Wissens hat sich Avanti mit Bauchschmerzen infolge einer faktischen Ausschaltung des Restes des antifaschistischen Bündnisses durch die IG Metall Neumünster dafür entschieden, als revolutionäre Organisation von der gleichen RednerInnentribühne zu sprechen wie die Ministerpräsidentin Heide Simonis. An Simonis hatte die IG Metall Neumünster eigenmächtig eine Einladung ausgesprochen. Zu der Entscheidung von Avanti, die eigene Rede dennoch in diesem Rahmen zu halten statt eine eigene Kundgebung anzumelden oder als ersten politischen Ort die Besetzung und Nutzung der Tribüne zu wählen, mögen aus ihrer Sicht gute Gründe geführt haben. Doch die Rede von Avanti, die ich nach dem Gespräch über das antirassistische Grenzcamp las, stellt eine Vorlage dar, welche mich zu Widerspruch und Kritik geradezu auffordert. Obwohl die Gruppe, in der ich bin, nicht an den Planungen der antifaschistischen Aktivitäten gegen den Club 88 beteiligt war, möchte ich die Gelegenheit zu einem Schnellschuss-Kommentar nutzen:

„Ich will über meine persönliche Interpretation von Zivilcourage sprechen: Ich werde mich nach dieser Kundgebung auf die geplante Marschroute der Nazis begeben und ich werde mich dort auf die Straße setzen. Wenn die Polizei dann tatsächlich der Meinung ist, die Nazidemonstration durchsetzen zu müssen, so wird sie mich von dort wegtragen müssen." So endet der Redner von Avanti und beschreibt damit - wahrscheinlich in der Hoffnung, dass es möglichst viele ZuhörerInnen ihm nachtun werden - eine mögliche Praxis gegen den Naziaufmarsch in Neumünster. Es ist dem Redner zu überlassen, ob er sich gegen einen Naziaufmarsch tatsächlich so oder anders verhalt. Auch wenn ich eine andere Form propagieren und wählen würde, ist es ehrenwert, eine Sitzblockade gegen Naziaufmärsche zu unternehmen. Und nichts ist gegen eine solidarische Vielfalt an Aktionsformen einzuwenden. Nicht eingehen möchte ich auf die sehr zahnlos formulierte Kritik an staatlicher Flüchtlingspolitik – doch auch hier macht der Ton die Musik! In diesem Kommentar soll es mehr um die im Redebeitrag entwickelte Begründung und Perspektive antifaschistischer Praxis im engeren Sinne gehen.

In der Vergangenheit arbeitete Avanti – zumindest in Teilen – mit dem Begriff ‚Zivilcourage' als einer Klammer zwischen der eigenen linksradikalen Politik und bürgerlichen AntifaschistInnen, um mit ihnen aus bündnispolitischen Erwägungen einen gemeinsamen Begründungszusammenhang für die Praxis zu konstruieren. Diesen Begriff aus taktischen (?) Gründen zu verwenden ist für (die Lübecker) Avantis also nicht neu. Neu - zumindest in der in diesem Beitrag radikalisierten Form - ist die Perspektive des kritischen Regierungsberaters und besseren Innenministers. Gerade weil eine Ausrichtung eines solchen Redebeitrages auch die Binnenaufklärung ist und die linksradikale Praxis des Tages sich im Kontext dieses Redebeitrages vermittelt, will ich dazu was sagen und diesen schwerwiegenden Vorwurf erläutern.

„Persönliche Interpretation" hin oder her, ist der Begriff Zivilcourage eigentlich Bismarckscher Prägung und meinte ursprünglich den Soldaten in der Freizeit, also mit dem preußischen Militarismus kompatible soldatische Tugenden im zivilen Leben. Die Bedeutung wandelte sich, aber der Kern blieb erhalten, nämlich der des Eingreifens des Bürgers oder der Bügerin als StaatsbürgerIn – Ende der persönlichen Interpretationsmöglichkeit. Dieser Bedeutung bleibt der Begriff verhaftet, wenn im Redebeitrag zu dem am 30.9. in Lübeck anstehenden Naziaufmarsch von Zivilcouragiertem zu potentiell Zivilcouragierter gefordert wird: „Dem (Naziaufmarsch) mit einem schnellen Verbot zuvor zu kommen, wäre ein konkreter Akt der Zivilcourage, zu dem ich die anwesende Frau Simonis und ihren Innenminister nachdrücklich auffordere!" Und nur weil nicht gesagt wird, dass unter der gleichen Landesregierung der Naziaufmarsch im März 1998 von einer Massenfestnahme mit über 400 Festnahmen von AntifaschistInnen begleitet war, lässt sich dieser aussichtslose Flirt mit der Macht unternehmen, statt sie zur Gegnerin zu erklären. Denn im Gegensatz zu dem Avanti Beitrag wusste die Landesregierung, dass die Praxis der sich im Sinne des Versammlungsgesetzes insgesamt gesetzesübertretend und zum Teil auch militant verhaltenden AntifaschistInnen mit dem Begriff der Zivilcourage keineswegs abgedeckt war und verfolgte sie strafrechtlich. Als es im Nachhinein darum gehen musste, politisch gegen die staatliche Repression einen

gemeinsamen Umgang hinzubekommen, drohte schon damals, dass sich diese Taktik (?) gegen den antifaschistischen Protest und Widerstand wendet, da eine Spaltung in gewaltfrei/militant bereits angelegt war. Wer/welche kann denn ohne rot zu werden eine Praxis, die in strafrechtlichen Kategorien „Körperverletzung" oder „Landfriedensbruch" heißt, als zivilcouragierte Handlungen auslegen? Und auch am 16.9. ist in Neumünster dieser Annäherungsversuch an bürgerliche Begründungsmuster ausgeschlagen worden, die Bullen machten 101, größtenteils wahllose Festnahmen.



Forderung gemäß H.Errossi: Verbot des BGS **jetzt** durchsetzen!

Zu der Frage nach dem aufklärerischen Gehalt des Redebeitrages lässt sich feststellen, dass für meinen Geschmack mehr Konfusion als Aufklärung vermittelt wird. Avanti formuliert, „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen." Das würde ich eigentlich teilen, doch habe ich diese Parole bisher nicht als Ergänzungsvorschlag zum Strafgesetzbuch und Aufforderung diesen Vorschlag konsequent durch die Exekutive dann auch ahnden zu lassen verstanden, wie es Avanti offenbar versteht, wenn sie im Anschluss sagen: „Ein Verbrechen allerdings, dass in diesem Staat noch immer nicht verboten ist – und schon gar nicht konsequent verfolgt wird. Die Untätigkeit von Staat und Justiz gegenüber dem Neofaschismus ist tatsächlich skandalös." Zum einen verstehe ich die Parole als Beschreibung des Substrats des Nationalsozialismus und als Kurzzusammenfassung der Legitimation (auch militanten) antifaschistischen Vorgehens von unten. Zum anderen habe ich den Eindruck, dass die Repressionsorgane – diesmal über ‚Nazis' statt über ‚kriminelle Ausländer' als Themenfeld in der Debatte um Innere Sicherheit - mehr tätig sind, als mir lieb ist, aber das gehört ja auch zum Charakter der herrschenden Politik in (Gross-) Deutschland. Statt eben diese staatlichen Organe in bspw. ihrer Funktion als Abschottungsinstrumentarium der Festung Europa zu kritisieren („Das Verbot des Bundesgrenzschutzes jetzt durchsetzten!", wäre vielleicht meine Alternativparole) oder in der Funktion, die Innenstädte und Bahnhöfe frei von Armut zu halten, wird die Forderung „Verbot aller Naziorganisationen jetzt durchsetzen!" unter aktuellen Machtverhältnissen eine nach noch mehr starkem Staat. „Natürlich ist es begrüßenswert und richtig, dass Innenminister Schily jetzt das Nazimusik-Netzwerk Blood&Honour verboten hat. Aber es trifft nur eine von hunderten von Gruppierungen, so dass sich schnell neue bilden können.", spricht der (ungewollt) bessere Innenminister.

Vor noch einem Jahr war ‚Antifaschismus' ein staatliches Ticket, um den Krieg gegen die BR-Jugoslawien zu begründen, heute ist es eines, um u.a. die autoritäre Kontrollgesellschaft im Sinne der Erfordernisse des Turbukonkurrenzkapitalismus weiterzuentwickeln. Das wir der herrschenden Klasse dort nicht in die Quere kommen veranschaulicht eines der Probleme des Linksradikalismus. Mit der im Redebeitrag entwickelten Perspektive wird sich daran nichts ändern.

H. Errrossi, 19.9.2000

Diesen Kommentar verstehe ich als aus der Hüfte geschossenen Diskussionbeitrag, in dem ich nur Aspekte berühren kann. Es ist nicht so, dass es mir darum geht, gerade Avanti als Organisation angreifen zu müssen – aber sie haben sich nun mal im Gegensatz zu anderen ausführlicher öffentlich geäußert und können deshalb kritisiert werden. Falls mein Beitrag eine schriftliche Diskussion über linksradikale/antifaschistische Politik anregen sollte, schlage ich wegen der langen Pausen der ‚enough is enough' die 14.tägig erscheinende Kieler Zeitung ‚LinX' vor. Post: Redaktionskollektiv LinX – Kirchenweg 53 – 24143 Kiel; mail: linx@titanic.toppoint.de; ein Jahresabo kostet 78 DM (ermäßigt 36 DM); im Internet ist die Volltextausgabe der LinX zu finden unter:

www.nadir.org/nadir/periodika/linx/

In einem Beitrag für die LinX hat H. Errrossi kürzlich unseren Redebeitrag auf der antifaschistischen Kundgebung in Neumünster am 16. September kritisiert. In seinem „aus der Hüfte geschossenen Diskussionsbeitrag" moniert er vor allem den Bezug auf den Begriff „Zivilcourage" und die Forderung nach der Durchsetzung eines Verbots faschistischer Organisationen. Schließlich hofft er auch, dass sich aus diesem Beitrag möglicherweise eine „schriftliche Diskussion über linksradikale/antifaschistische Politik" ergibt. Diese ist in der Tat notwendig. Und wir verstehen sowohl unsere jüngsten Veröffentlichungen als auch unsere langjährigen und vielseitigen praktischen antifaschistischen und antirassistischen Aktivitäten als Beiträge zu dieser Debatte. Zu dieser Diskussion gehört aber auch die Frage, warum der grösste Teil der linksradikalen Gruppen in diese gesellschaftliche Debatte nicht eingreift, sondern etwa mit Verweis auf auch von H. Errrossi formulierten Anmerkungen („Antifaschismus" diene heute der Entwicklung der autoritären Kontrollgesellschaft im Sinne der Erfordernisse des Turbokonkurrenzkapitalismus) öffentlich de facto gar nicht mehr auftritt. Das ist bedauerlich, denn die Erfahrungen, die wir in den letzten Monaten in den konkreten antifaschistischen Auseinandersetzungen gemacht haben, zeigen uns, dass es Suche nach Orientierung gibt. Der Entwicklung einer richtigen Strategie in den antifaschistischen und antirassistischen Auseinandersetzungen und der Ausweitung des Einflusses linksradikaler Kräfte ist diese politische Abstinenz wohl nicht förderlich.

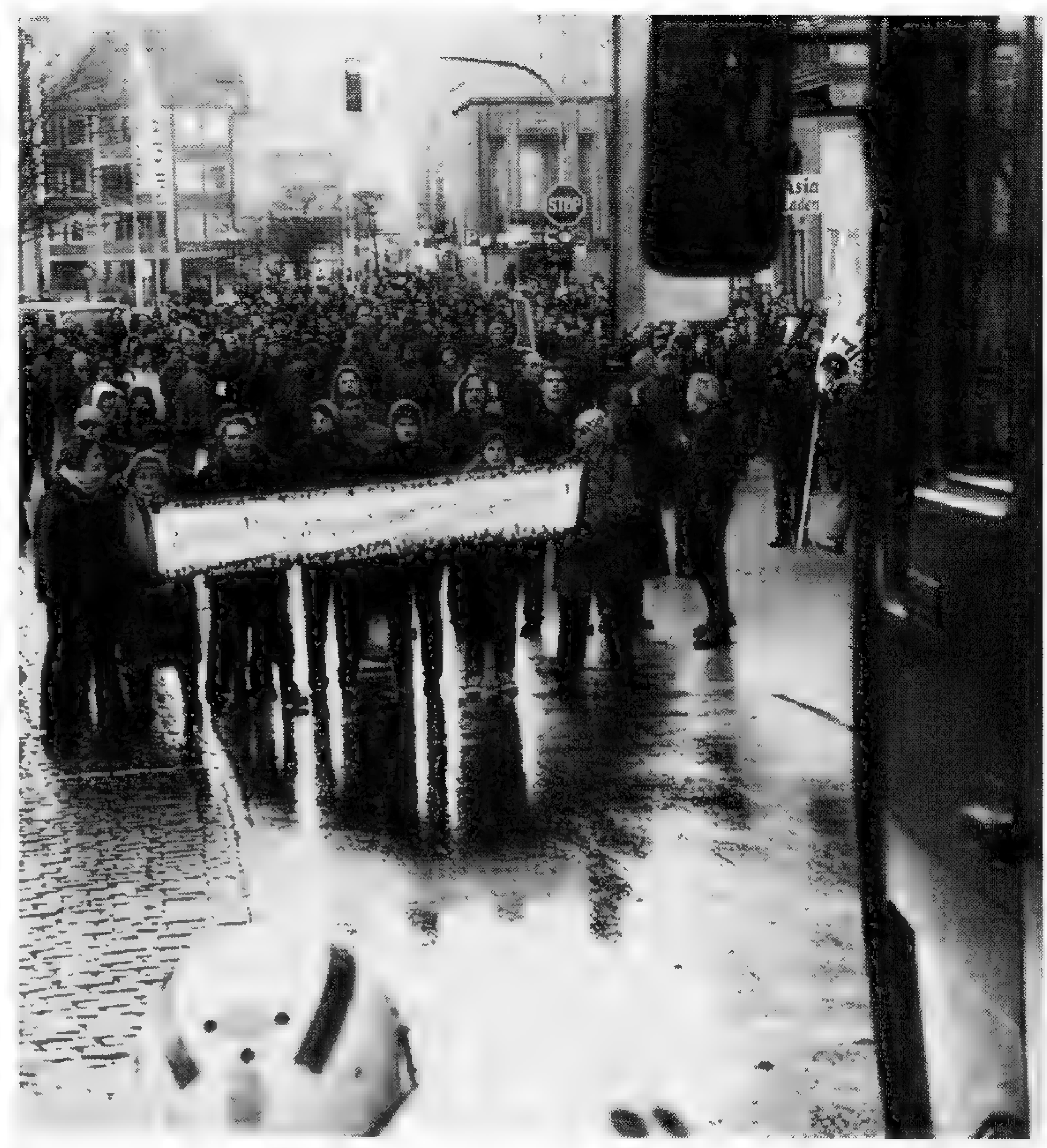
Ohne Zweifel ist es richtig, dass die inzwischen recht verbreitete Parole „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" als Beschreibung des Substrats des Nationalsozialismus taugt. Sie mag auch für manche als „Legitimation (auch militanten) antifaschistischen Vorgehens von unten" (H. Errrossi) gelten. Politisch bedeutsamer aber ist, dass diese Position, mit der den FaschistInnen die Ausnutzung demokratischer Rechte verwehrt werden soll, inzwischen beträchtlich weiter verbreitet ist als noch vor Jahresfrist. Lange ist dafür in der antifaschistischen Bewegung gekämpft worden, u.a. gegen totalitarismus"theoretische" Sichtweisen, aber auch gegenüber denjenigen, die darin eine politische Meinung gesehen haben. Wenn eine solche Charakterisierung als verbrecherische politische Strömung nicht nur auf dem Papier stehen soll, dann muss es in einer bürgerlichen Gesellschaft auch im Rechtssystem fixiert werden. Entsprechend sind ja die NSDAP und andere faschistische Organisationen auch von den Alliierten verboten worden. Auch H. Errrossi wird vermutlich die Ansicht teilen, dass die herrschende Klasse noch immer über das Gewaltmonopol verfügt, d.h. über einen Verwaltungs-, Polizei- und Justizapparat, der dieses Land im wesentlichen kontrolliert und als einzige Kraft in der Lage ist, bestimmte Entscheidungen über einen längeren Zeitraum durchzusetzen und zu garantieren. Die antifaschistische Bewegung hat bei ihren insgesamt nur geringen politischen und praktischen Mitteln nur die Möglichkeit, dieses Gewaltmonopol gelegentlich - in besonders günstigen Situationen - zu durchbrechen, für kurze Zeit selbst die Gewalt auszuüben und bestimmte Entscheidungen unmittelbar zu verwirklichen. Dies gilt etwa für Straßenblockaden wie in Neumünster am 2. September 2000, mit der die Fortsetzung des Nazi-Aufmarsches durch die Innenstadt unterbunden wurde. Solche Veränderungen haben jedoch nur eine kurze Lebensdauer. Deshalb treten wir für zweierlei ein - und versuchen dies entsprechend unseren Möglichkeiten auch praktisch zu organisieren. Erstens: den Staatsapparat über den Druck einer breiten und entschlossenen Massenbewegung zur Durchsetzung der jeweiligen Forderung zu zwingen. Dies mag in Gesetzen oder Erlassen einen Niederschlag und in einer konkreten Anwendungspraxis ihren Ausdruck finden - in jedem Fall kommt in ihnen ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis zum Ausdruck, das für eine gewisse Zeit Gültigkeit hat - bis sich eine der beteiligten Kräfte stark genug glaubt, dieses wieder zu seinen Gunsten zu ändern. Deshalb geht es zweitens darum, den Kampf so konsequent und realistisch zu führen, dass er den politischen Einfluß der revolutionären Linken vergrößert, indem insbesondere die Lohnabhängigen mehr und mehr davon überzeugt werden, dass eigene Organisation, revolutionäre Strategie und entschlossenes Auftreten gegen die Faschisten und den Staatsapparat sinnvoll und notwendig sein können, um die eigenen Klasseninteressen und emanzipative Ziele durchzusetzen.

Dass die Wirkung staatlicher Verbote stark davon abhängt, wie stark oder schwach die faschistischen Organisationen entwickelt sind, haben wir an anderer Stelle herausgestellt. Nun geht es bei einer Verbotskampagne eben nicht darum, dem Staatsapparat die Handhabung des Verbots zu überlassen. Wenn wir die Verbotsforderung stellen, dann im Zusammenhang mit einem Katalog ganz konkreter Maßnahmen, die auf den Kern der Nazi-Szene zielen. Diese Zielrichtung zum Maßstab staatlichen Handelns zu machen, ist eine wichtige Voraussetzung, um die Inkonsequenz der bürgerlichen „Maßnahmenkataloge gegen rechts" verdeutlichen und in den politischen Auseinandersetzungen Orientierung bieten zu können. Wenn H. Errrossi nun meint, daraus den Vorwurf der Anbiederung an die Macht ableiten zu können, so zeigt das im wesentlichen sein unzureichendes Verständnis von (revolutionärer) Strategie und Taktik.

Ob die Forderung nach einem Verbot faschistischer Parteien oder ein entsprechendes Verbot selbst zu einem starken Staat führen, wie H. Errrossi befürchtet, hängt nicht von dieser Forderung, sondern von der Eindeutigkeit, Selbständigkeit, Stärke und Entschlossenheit einer antifaschis-

tischen Massenbewegung ab. Statt die „aktuellen Machtverhältnisse" pauschal als Argument (?) ins Feld zu führen, ist es - sofern man sich für den Bewußtseinsstand der antifaschistischen Bewegung außerhalb der eigenen Szene interessiert und Veränderungen im Vorgehen des Staatsapparates nicht für ausgeschlossen hält - für die Bestimmung der richtigen antifaschistischen Taktik wohl zunächst notwendig, sich über folgende Punkte zu verständigen:

- über den Entwicklungsstand des faschistischen Lagers (wie gefestigt sind sie, welchen Einfluß haben sie in der Bevölkerung, welche Tendenzen sind zu erwarten),
- die Situation der antifaschistischen Bewegung (zahlenmäßige Stärke, analytische Klarheit, Entschlossenheit und Verfügbarkeit über Druckmittel wie Massendemonstrationen, Streiks usw.) sowie
- über die Position des kapitalistischen Staatsapparates zwischen offen terroristischer Klassenherrschaft und bürgerlich-demokratischer Integrationspolitik. (Auch hierzu haben wir uns andernorts bereits in Ansätzen geäußert.)



Beispiel erfolgreicher Bündnisarbeit: Antifademo/-aktionen in Kiel am 30.1.99

Zu einer politischen Bestimmung der Aufgaben und des Auftretens im antifaschistischen Kampf gehört auch das Bewußtsein davon, dass der antifaschistische Kampf ein Abwehrkampf ist. Schon deswegen muss hier das Bündnis mit allen gesucht werden, die ebenfalls ein Interesse an der Abwehr der faschistischen Gefahr haben. Dies sind bei weitem nicht nur Linksradikale. Bündnispolitik ist gerade in diesem Politikfeld dringend geboten. Es ist ein schwerwiegender Denkfehler - der auch in der Stellungnahme von H. Errrossi implizit vorhanden ist - , die radikale Linke bzw. die autonome Antifa könne allein die Faschisten schlagen. Dies ist beim augenblicklichen Kräfteverhältnis völlig ausgeschlossen, aber es fehlt dort auch jedes Konzept wie denn jemals deutlich mehr Menschen für dieses Vorgehen gewonnen werden könnten.

Es mag mit Blick auf Simonis eine unglückliche Formulierung sein, sie zu Zivilcourage aufzufordern; entscheidender ist, dass wir in der Verwendung der Begriffe Zivilcourage und ziviler Ungehorsam sowie mit der Propagierung und Organisierung einer eigenständigen antifaschistischen Bewegung einen Ansatz sehen, langfristig sowohl den Bewegungsspielraum der Faschisten einzuschränken als auch Illusionen in die Neutralität des Staates aufzuweichen. Propaganda alleine reicht da nicht. Es bedarf auch der eigenen politischen Erfahrung der Massen - sowohl gegenüber dem Staatsapparat als auch gegenüber dem Opportunismus der Reformisten. Wenn schon die reformistischen Kräfte mit allerlei Tricks versuchen, uns/die linken Organisationen auszugrenzen und uns organisatorisch kaltzustellen, dann spielt der Rückzug anderer linker/linksradikaler Gruppen aus der konkreten Auseinandersetzung dieser Taktik in die Hände und schwächt die antifaschistische Bewegung. Dies ist der Hintergrund, warum solche Aktionen wie in Neumünster so wichtig und die sichtbare Beteiligung von Linksradikalen notwendig ist - ob unter dem Label „Zivilcourage" oder einem anderen.

Abschließend ein offensichtlich notwendiger Hinweis: Reden sind nicht dasselbe wie programmatische Äußerungen. Diese werden nicht auf Reden bei Demonstrationen entwickelt, sondern sind - jedenfalls was uns betrifft - anderswo nachzulesen. H. Errrossi ist eingeladen, hierzu Stellung zu nehmen. Die Rede des Avanti-Vertreters in Neumünster ist vom dort anwesenden Publikum anders aufgenommen worden: gerade nicht als Verbrüderung mit Simonis, sondern als eine deutliche Kritik an der herrschenden Politik, als das Aufzeigen der Handlungsmöglichkeiten und Versäumnisse der herrschenden Politik sowie als Aufforderung an die DemoteilnehmerInnen zum eigenen, zivilcouragierten Handeln. Ein Redetext ist kein wissenschaftlicher Aufsatz, in dem jede These haarklein untersucht werden muss, sondern er muss anhand seiner Wirkung - auf das jeweilige Publikum ! - beurteilt werden. H. Errrossi mag mit dem Verhalten des Publikums oder mit der entstandenen politischen Lage unzufrieden sein - es steht ihm frei, bei nächster Gelegenheit eine eigene Kundgebung oder die Besetzung der Bühne eines ihm nicht genehmen Bündnisses zu proben. Die politische Isolation ist garantiert.

AVANTI - Projekt Undogmatische Linke

Die "akzeptierende Jugendarbeit"

Dieser Artikel behandelt kritisch das Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit" mit seinen Grundsätzen und der Umsetzung in die praktische Sozialarbeit mit rechen Jugendlichen.

Das Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit"

Die Idee der "akzeptierenden Jugendarbeit" mit rechten Jugendlichen basiert auf der akzeptierenden Sozialarbeit mit Drogenabhängigen. Als theoretische Grundlage dienen Studien der Soziologen Ulrich Beck und Wilhelm Heitmeyer. Dieses Konzept wurde 1988 von Prof. Franz Josef Krafeld auf die Arbeit mit rechten Jugendlichen angewandt und in Bremen erstmals in die Praxis umgesetzt. Später fand das Konzept hauptsächlich im Osten Deutschlands seine Umsetzung. Auch in Schleswig-Holstein wird in Mölln die "akzeptierende Jugendarbeit" angewendet.

Die viel zitierte Kernaussage des Konzeptes ist, "die Probleme in den Mittelpunkt zu stellen, die Jugendliche haben und nicht die Probleme, die sie machen". Krafeld begreift die Jugendlichen in seinem Ansatz als Modernisierungsverlierer. Er beruft sich dabei auf Beck und Heitmeyer, deren zentrale Thesen lauten: Durch die fortschreitende Modernisierung der kapitalistischen Gesellschaft gehen die Identifikationsmöglichkeiten von Jugendlichen verloren und es kommt zu einer fortschreitenden Individualisierung. Dies führe zu einer steigenden Verunsicherung. Krafeld geht also davon aus, daß die Ursachen einer rechtsextremen Orientierung nicht individuell, sondern in der Gesellschaft zu finden sind. Er sieht instabile Verhältnisse (Familie, Arbeit , Wohnverhältnisse...), die Jugendliche zur ‹bernahme nationalistischer, rassistischer oder gar faschistischer Gedanken führen.

Die politische Orientierung und das Verhalten der Jugendlichen müsse seiner Meinung nach als politische Umformung der sozialen Alltagserfahrungen begriffen werden. Das Erscheinungsbild der rechten Jugendlichen gilt für Krafeld als eine Kommentierung ihrer Lebenssituation. Es komme also darauf an, diesen Kommentar zu verstehen. Als Ansatzpunkt der "akzeptierenden Jugendarbeit" gelten die Alltagserfahrungen der Jugendlichen.

Nach dem Konzept sollen rechte Jugendliche in der Beziehung zu toleranten SozialarbeiterInnnen Leitbilder für das spätere Leben finden.

In staatlichen Jugendeinrichtungen soll rechten Jugendlichen Räume zur Verfügung gestellt werden, um so den engen Kontakt zu SozialarbeiterInnen zu ermöglichen.

Der Hauptansatz der "akzeptierenden Jugendarbeit" lautet: "Nicht Ausgrenzen!"

Es müsse versucht werden, gerade die Jugendlichen zu erreichen, die vom Grundgedanken der Emanzipation weit entfernt sind. Da, wo rechte Jugendliche ausgegrenzt werden, muß ihnen, laut Krafeld, ein Raum gegeben werden, in dem Lernprozesse stattfinden können. Da, wo rechte Jugendliche die Hegemonie ausüben, darf die Jugendarbeit diese Herrschaftsverhältnisse aber nicht bestärken.

Die "akzeptierende Jugendarbeit" ist für Jugendliche gedacht ist, die in und mit ihren Cliquen mehr oder weniger eindeutige Elemente rechter Einstellungen zeigen, aber mit den politischen Organisationen dieses Spektrums nichts zu tun haben. Also ist eine deutliche Distanz zu den organisierten Rechten existentiell für das Konzept.

Dem Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit" liegen verschiedene Grundsätze zugrunde. So sollen die JugendarbeiterInnen das Gespräch suchen und den Jugendlichen gegenüber Akzeptanz zeigen und Verstehensarbeit leisten. Den Jugendlichen soll im pädagogischen Alltag nicht nur mit Nähe (Vertrauen, Geborgenheit, ernst nehmen), sondern auch mit Distanz (Auseinandersetzung, Vorleben, Orientierung) begegnet werden. Für die Jugendlichen sind Gleichaltrige eine zentrale Sozialisationsinstanz, die durch die Sozialarbeit unterstützt werden soll. Neben der individuellen Beziehungsarbeit soll die Gruppe stabilisiert werden.

Das pädagogische Ziel der "akzeptierenden Jugendarbeit" ist also, den Jugendlichen Integrations- statt Ausgrenzungserfahrungen und Solidaritäts- statt Vereinzelungserfahrungen zu ermöglichen.

Die politischen Ziele der "akzeptierenden Jugendarbeit" liegen in der Verringerung des Risikos und der Wahrscheinlichkeit von zukünftigen Straftaten. Weiter sollen rechtsgerichtete Jugendliche aus der neofaschistischen Szene herausgeholt werden, um die Gruppen zu verkleinern oder aufzulösen.

Kritik an dem Konzept

Das Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit" hat zur Folge, daß "nicht-rechte" Jugendliche langsam aber sicher von Rechten aus den Jugendeinrichtungen verdrängt werden, da die rechten Gruppen in ihrer Stellung anderen Jugendlichen gegenüber bestärkt werden. So werden auch die tatsächlichen Opfer rechter Gewalt (AusländerInnen, AntifaschistInnen ...) vernachlässigt. Statt Kritik an rassistischen Denkmustern, statt pädagogischer Arbeit hin zu Solidarität mit Andersdenkenden, beschränkt sich die oft konzeptlos praktizierte "akzeptierende Jugendarbeit" ausdrücklich darauf, den rechten Jugendlichen zuzuhören und deren Ansichten zu akzeptieren.

Eine fehlende argumentative Auseinandersetzung vergißt jeglichen Ansatz politischer Bildungsarbeit. An Stelle von Aufklärungsbemühungen akzeptierende Beziehungsarbeit zu

setzen bedeutet eine Aufwertung rechter Einstellungen und eine Abwertung der eigenen Argumentationsfähigkeit. Die Praxis klammert Kritik und Veränderung in der pädagogischen Arbeit aus.

Durch den zur Verfügung gestellten Raum und die stabilisierte Gruppe wird organisierten Neonazis eine Infrastruktur zur Rekrutierung neuer Kameraden geboten. Für die meist ungeeigneten SozialarbeiterInnen unsichtbar kippt der Jugendclub und wird Organisationsbasis für NeofaschistInnen. Nazigruppen werden also stabilisiert und nicht etwa einzelne Jugendliche aus dem rechten Milieu herausgeholt. In einigen Fällen ging direkte Gewalt von den Jugendzentren aus, da sich Neonazis treffen konnten, gemeinsame Aktionen planen und von dort aus durchführen konnten (z.B. "Zecken" oder Farbige "klatschen").

Die im Konzept vorgesehene Distanz und Auseinandersetzung mit den Jugendlichen wird in der Praxis kaum umgesetzt, da oft die Eignung vieler SozialpädagogInnen fehlt. Auch die Grenzziehung zwischen den organisierte Neonazis und den nicht organisierten Jugendlichen sind schwer möglich, da die jeweiligen SozialarbeiterInnen meist wenig bis keine Kenntnisse über die neofaschistische Szene haben. So sind sie oft nicht in der Lage, ihr Klientel richtig einzuschätzen.

Rechte Gruppen sind immer nach ihrem Einstellungsmuster strukturiert. Wenn die hierarchischen Strukturen innerhalb der Clique nicht durch die SozialrbeiterInnen durchbrochen werden sollen, wird die vorgesehene Beziehungsarbeit zu Einzelnen nicht möglich und ist im Zweifelsfall von den "Führern" der Clique abhängig.

Die rechte Gesinnung wird von den SozialarbeiterInnen nicht als politisches Problem, sondern als individuell-psychologischer Mangel gesehen. Die politische Einstellung muß aber als Teil der Persönlichkeit betrachtet werden.

Die Idee, durch die Lösung von konkreten (Alltags-) Problemen die Einstellung der Jugendlichen zu ändern, ist zweifelhaft. Rechte Einstellungen gehen nicht zwangsläufig mit Arbeitslosigkeit, materiell unklarer Situation etc. einher.

Der Gewalt von NeofaschistInnen liegt eine politisch-ideologische ‹berzeugung zu Grunde, nach der die als "Schwächere" gesehenen vertrieben oder ohne Existenzrecht betrachtet werden. Die "akzeptierende Jugendarbeit" ignoriert und vernebelt die ideologischen Inhalte der NeofaschistInnen und setzt sich zusätzlich nicht mit den konkreten Auswirkungen neofaschistisch orientierter Gruppen auseinander.

Aufgrund dieser Tatsachen leistet "akzeptierende Jugendarbeit" den rechten Tendenzen innerhalb der Gesellschaft Vorschub und vollzieht in ihrer Arbeit die gesellschaftliche Rechtswende nach. In diesem Sinne ist der einzelne auffällig gewordenen Jugendliche problematisch, nicht aber seine rechtsgesinnte Auffassung geschweige denn der gesellschaftliche Kontext.

Durchschlagende Erfolge in dem Sinn, daß das Umfeld des organisierten Neofaschismus nachhaltig geschwächt wurde, kann die "akzeptierende Jugendarbeit" nicht vorweisen. Erreicht wurde eher die Stabilisierung der rechten Gruppen in den Jugendzentren.

Wenn es das Ziel der "akzeptierenden Jugendarbeit" ist, die äußerlich auffälligen Neofaschisten von der Straße zu holen und aus dem Stadtbild verschwinden zu lassen, ist ein Erfolg zu verbuchen.

"Akzeptierende Sozialarbeit" bedeutet vielfach nur Stellensicherung und -ausbau für eher unpolitische, von ihrer Helfermission überzeugte SozialarbeiterInnen.

Politisch ist der Hauptaspekt für die Umsetzung der "akzeptierenden Jugendarbeit" oft, die rechte Gewalt aus dem städtischen Erscheinungsbild zu entfernen, aber nicht die Einstellungen der Rechten anzugreifen.

Vor allem nach den Progromen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Solingen war es "in", Jugendeinrichtungen mit der "akzeptierenden Jugendarbeit" für die Beaufsichtigung von rechten Jugendlichen zu beauftragen.

Politische Jugendarbeit

Voraussetzung für erfolgreiche Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen ist es, anzuerkennen, daß Jugendarbeit auch immer politisch ist, da sie sich mit der Gesellschaft beschäftigt und Menschen verändern will. Die Bereitschaft zum politischen Handeln/Einmischen muß immer gegeben und Teil des Gesamtkonzeptes sein. Jugendarbeit mit Rechten sollte Alternativen zum Gesinnungsbild aufzeigen, Lösungsansätze erarbeiten und Strukturen von Eigenverantwortung und Verantwortung für andere entwickeln. SozialarbeiterInnen müssen aktiv politisierend und verändernd in den Meinungsbildungsprozeß von Jugendlichen eingreifen.

Das Konzept mit seinen Zentralen Punkten stellt sich aber genau dieser politischen Forderung nicht und entzieht sich jeglicher politischer Verantwortung. Pädagogische Arbeit als "Begleiten und Dasein" ist eine Absage an die Bildungsideale von Emanzipation, Mündigkeit und Solidarität. Die im Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit" implizierte Reduzierung auf ein Jugendproblem verkennt das gesellschaftliche Gesamtproblem.

Zuletzt sei bemerkt, daß trotz fehlender Erfolge der "akzeptierenden Jugendarbeit" die Stadt Neumünster laut HC vom 19.9.2000 nach dem Willen der Verwaltung einen Streetworker für zunächst drei Jahre einstellen will, der sich um rechtsorientierte Jugendliche kümmern soll. Er soll hochqualifiziert sein und so schnell wie möglich anfangen zu arbeite. Die Verwaltung reagiert damit auf die Diskussion um den "Club 88" und dessen Zulauf unter Jugendlichen.

Anthropsophie und Rassismus

„Atlantik und die Rätsel der Eiszeitkunst" – so heißt ein Buch, das in den aktuellen „Literaturangaben für die Arbeit des Klassenlehrers" (1998) für Waldorfschulen aufgeführt worden ist. Diese Literaturliste soll den 6000 LehrerInnen an 172 Waldorfschulen bei der Unterrichtsvorbereitung helfen. Autor des 1936 erstmals erschienenen Bandes ist Ernst Uehli, ein Schüler des Waldorf-Begründers Rudolf Steiner (1861-1925). In dem Buch, dessen Verbot das Bundesfamilienministerium im Juli beantragt hat, finden sich Textstellen wie: „Der Keim zum Genie ist der arischen Rasse bereits in ihre atlantische Wiege gelegt". Dagegen sei der „heutige Neger" ein „nachahmendes Wesen geblieben". Der Geschäftsführer des Bundes der freien Waldorfschulen, Walter Hiller, äußerte gegenüber der Nachrichtenagentur afp: „Wir finden das Buch nicht gut", es werde von der Liste genommen. In einer Umfrage an Berliner Waldorfschulen hatte die Tageszeitung allerdings festgestellt, dass an einer Schule das Buch von Uehli noch zum Unterricht herangezogen wurde.[1]

Es ist nicht das erste Mal, dass die Waldorfschulen ins Gerede kommen. 1994 hatte Angelique Oprinsen, Mutter einer Waldorfschülerin in den Niederlanden, unter den Unterrichtsmaterialien ihrer Tochter ein Buch mit dem Titel „Rassenkunde" gefunden. Darin wird die „schwarze Rasse" als kindlich, die „gelbe Rasse" als heranwachsend, die „weiße Rasse" als erwachsen und die „rote Rasse" als vergreist eingestuft. Während „gelbe Menschen" ihre Emotionen hinter immer währendem Lächeln verstecke würden, hätten „Neger einen Sinn für Rhythmus und dicke Lippen". Im Zuge des folgenden Skandals sah sich die Anthroposophische Gesellschaft gezwungen, eine Kommission mit der Untersuchung dieser Vorwürfe zu betrauen. In ihrem Anfang 1998 vorgelegten Gutachten wertete sie 16 Textstellen aus Steiners Werk als schwer beleidigend, diskriminierend und nach niederländischem Recht strafbar. 62 weitere Stellen seien als leicht beleidigend anzusehen. Insgesamt, so das Urteil, sei Steiner der Begründer der Anthroposophie, aber kein Rassist oder Antisemit.

Zwar hat der Kommissionsbericht erstmals rassistische Inhalte in Steiners Werk eingeräumt, zugleich wird von AnthroposophInnen aber darauf verwiesen, dass die entsprechenden Stellen nur einen sehr kleinen Teil des Werkes von Steiner ausmachten, das rund 89.000 Seiten umfasse. Für KritikerInnen handelt es sich beim Rassismus in Steiners Werk jedoch nicht um eine Entgleisung, sondern ist in dessen Lehre eingeschrieben.[2] Sein Gedankengebäude ist ein Produkt völkisch-esoterischen Denkens aus dem Wien zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts. Der junge Rudolf Steiner nahm die damals dort verbreiteten antisemitischen und rassistischen Ideen in seine Lehre auf. „In den zwanziger Jahren befanden sich die Anthroposophen in allen entscheidenden politischen Fragen auf Seiten der äußersten Rechten, agitierten gegen den `Schandvertrag von Versailles`, und die `Verweichlichung des Germanentums` durch den französischen Einfluss."[3] Gegenüber der NSDAP befanden sie sich in Konkurrenz, kritisierten an ihr, dass sie die spirituelle Ebene vernachlässigten. Das hinderte führende Vertreter dieser Strömung nach 1933 nicht an patriotischen Bekenntnissen. Mit dem England-Flug von Rudolf Heß verloren die Anthroposophen ihren wichtigsten Fürsprecher in der Nazi-Führung.

Nachdem das Fernseh-Magazin Report Ende Februar und Anfang Juli 2000 zunächst Eltern von Waldorfkindern zu Wort kommen liess, die die Verbreitung rassistischer und antisemitischer Inhalte an Waldorfschülern kritisierten, war der Sender – wie andere KritikerInnen auch – mit einer Vielzahl von Gerichtsverfahren, Gegendarstellungsbegehren und Unterlassungsansprüchen konfrontiert worden. Dem Redakteur der Sendung gegenüber wurde geäußert, er sei ein „reinkarnierter Antichrist", er gehöre „hinter Gitter". In Schreiben hieß es: „Zu den Negern: Nennen Sie mir einen einzigen, der eine Universität gegründet hat" oder „Wir sind keine Rassisten, das ist alles jüdische Propaganda!" Der Redakteur von Report sieht darin eine organisierte Kampagne. Zwar wurden die von den Anthroposophen initiierten Gegendarstellungs- und Unterlassungsbegehren – bis auf eine – von den Gerichten abgewiesen, das hindert sie jedoch nicht daran, diese Niederlage in der juristischen Auseinandersetzung als Sieg zu verkaufen. Das Vorstandsmitglied im Bund Freier Waldorfschulen und Dozent für Waldorfpädagogik an der Freien Hochschule Stuttgart, Stefan Leber, jedenfalls sagt deutlich, was er von der Arbeit kritischer JournalistInnen hält: Sie erinnern ihn – so nachzulesen in den Flensburger Heften (63/IV/98) - an „Hunde, schnüffelnd von Duftmarke zu Duftmarke und jeweils ihre eigene hinterlassend. Sie folgen einer Spur, sie riechen Urin

und Kot; Rosenduft und Veilchen interessieren sie nicht. Es besteht da ein inniger Zusammenhang zwischen dem Erschnüffeln und der eigenen Ausscheidung".

Ein ehemaliger Waldorflehrer aus der Nähe Kiels hatte den Umgang der Waldorfschulen mit Kritik wie folgt charakterisiert. Nach den jüngsten Veröffentlichungen „erfolgte eine verbissene Abwehrreaktion über Gerichte und das Internet. Angesichts der neuen Beweislage übt sich die Kieler Waldorfschule in der Samali-Taktik: `Ein älterer Kollege hat das Buch gelesen, aber nie verwendet.`[4] Wie zur Bestätigung liest sich da die Stellungnahme von Ruth Bronsema von der Landesarbeitsgemeinschaft der Hamburger Rudolf Steiner Schulen. Zum Buch von Uehli liess sie verlauten, dass es sich „keineswegs um ein Lehrbuch der Waldorfschulen oder um Unterrichtsmaterial" handele; es sei zudem „vor 20 Jahren zum letzten Mal aufgelegt" worden.[5] Fazit des ehemaligen Waldorf-Lehrers: „Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass das Kardinalproblem der Waldorfschulen die Verweigerung eines internen wie öffentlichen Diskurses über den `heimlichen Lehrplan` der Waldorfschulen ist. Diese Verweigerung ist begründet in der Rolle der Person Rudolf Steiners und seiner `Lehre` innerhalb der Waldorfschulen. Bei Waldorf-Fundamentalisten ist beides, wie ein Religionsstifter und die eine Religion begründende `heilige Schrift`, unantastbar." So hat sich die oben genannte Kommission, die ausschließlich aus praktizierenden Anthroposophen bestand, denn auch auf das Zitatezählen und Promilleausrechen beschränkt; mit der inneren Logik der Schriften Steiners, die eine Überlegenheit der „arischen Rasse" und demgegenüber eine Minderwertigkeit anderer Kulturen konstruiert, hat sie sich nicht beschäftigen wollen.

DvS

1 Die Tageszeitung vom 15. Juli 2000
2 Peter Bierl: Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister – Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik, Konkret-Verlag 1999
3 Peter Nowak, Steiners Erzengel (Freitag 31/2000)
4 Kieler Nachrichten vom 12. August 2000
5 Hamburger Abendblatt vom 20. Juli 2000

JN in Kiel aktiv

Mehrfach verteilten in den letzten Monaten JN-Aktivisten in der Kieler Innenstadt Flugblätter. Sie waren jedesmal in Kleingruppen unterwegs und traten überwiegend auf dem Markt am Exerzierplatz sowie in der Fußgängerzone auf. Dabei wurden sie allerdingens mindestens zwei mal effektiv gestört: ein Antifaschist nahm ihnen kurzerhand ihr Propagandamaterial weg und entsorgte es. Die von den relativ eingeschüchterten Nazis herbeigerufene Polizei nahm die Personalien pflichtgemäß auf - die Verfahren sind inzwischen eingestellt. Es bleibt zu hoffen, daß solcherlei Störungen häufiger werden.

Ermittlungen gegen NPD-Funktionär

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat ein Ermittlungsverfahren gegen einen Funktionär der neofaschistischen NPD wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung aufgenommen. Der NPD-Kreisvorsitzende Sächsische Schweiz, Uwe Leichsenring, wird verdächtigt, die ebenfalls neofaschistische Gruppierung Skinhead Sächsische Schweiz (SSS) unterstützt zu haben. Erst kürzlich hatte die Polizei 14 Wohnungen von mutmaßlichen SSS-Mitgliedern durchsucht, unter anderem die Wohn- und Geschäftsräume des 33-jährigen NPD-Funktionärs. Bereits im Juni waren in der sächsischen Schweiz 50 Wohnungen durchsucht worden; dabei war ein umfangreiches Waffenlager ausgehoben worden. Gegen 65 Neofaschisten wird derzeit ermittelt – unter anderem wegen Waffendelikten und der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Minister gibt der extrem rechten „Jungen Freiheit" ein Interview

Während die Bundesregierung in den letzten Wochen immer wieder medienwirksame Aufrufe gegen den Rechtsextremismus verbreitet hat, gab Christoph Zöpel, Staatsminister im Auswärtigen Amt, der extrem rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) im September 2000 ein Interview. Nicht, dass er nicht gewusst hätte, mit wem er spricht. Vielmehr, so Zöpel in seiner Rechtfertigung, habe er sich über ein Interview der JF mit dem CDU-Rechtsaußen Wilfried Böhm geärgert. Dieser hatte ihn kritisiert. Da rief Zöpel bei der JF an und rasch wurde eine Interview vereinbart. Erst im Juli hatte die Frankfurter Allgemeine Zeitung ein Porträt Zöpels gebracht und dabei Stimmen aus dem Auswärtigen Amt kolportiert, Zöpel sei inkompetent und profilierungssüchtig.

Sprache – Volk - Nation

Schien der Streit um die Rechtschreibreform vor einiger Zeit entschieden, so hat die Kampagne der GegnerInnen der Reform insbesondere nach der Entscheidung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, zur alten Schreibweise zurückzukehren, neuen Auftrieb bekommen. Mitte August erschienen in mehreren Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen, in der sowohl WissenschaftlerInnen als auch AutorInnen zu einer Rücknahme der Reform aufriefen.

Stillschweigend werden in der Diskussion um die Rechtschreibreform jedoch Annahmen gemacht, auf die sich nicht nur, aber bewußt insbesondere die (extrem) rechten Akteure der Rechtschreibreform immer wieder beziehen. Dabei wird Sprache als quasi naturgegebenes Element „ethnischer Identität" angesehen und als ein Wert an sich betrachtet. Sprache und Kultur bedingten sich gegenseitig, und wo die Sprache aussterbe, verschwinde auch die jeweilige Kultur (Essentialismus). Solche Sichtweisen begegnen uns fortwährend, ohne dass wir uns der darin enthaltenen Botschaften allzu bewusst wären. Meldet eine Tageszeitung etwa, die flämisch sprechende Bevölkerung Belgiens trete für die Gründung eines eigenen Staates ein, so scheint die Sichtweise naheliegend zu sein, dass Gemeinschaften, die eine Sprache sprechen, auch den Wunsch zur Bildung eines Nationalstaates haben.

Die Existenz von Nationalstaaten als Formen menschlichen Zusammenlebens scheint uns heute ziemlich selbstverständlich, dabei sind sie historisch eine relativ junge Entwicklung. Als völlig selbstverständlich betrachten wir Sprachen - so, als hätte es sie schon immer gegeben. Es scheint so offensichtlich, dass es verschiedene Sprachen gibt, und dass jede/r Sprechende eine identifizierbare Sprache spricht.

Ohne Zweifel liegt es lange zurück, dass Menschen begonnen haben zu sprechen. Aber das bedeutet nicht, dass sie dies selbst als „Sprache" wahrgenommen haben. Auch die Vorstellung davon, was eine „Sprache" ist, hat sich erst historisch entwickelt und wird auch heute noch fortlaufend reproduziert – oft so unbemerkt, dass uns „Sprache" als völlig selbstverständliches und nicht hinterfragbares Phänomen erscheint.

Europa im Mittelalter kannte keine offiziellen Sprachen. Schriftliche Kommunikation fand im wesentlichen im Lateinischen statt. Andere Sprachen verfügten kaum über eine festgelegte Grammatik oder Regeln der Aussprache. Bis ins 19. Jahrhundert war es beispielsweise für die BewohnerInnen aus Dörfern in verschiedenen Teilen Frankreichs schwierig, sich zu verständigen. Von Nachbarregion zu Nachbarregion gab es einzelne unterschiedliche Bezeichnungen und Worte. Je weiter sich Reisende von ihrem Dorf entfernten, um so größer wurde der Anteil unbekannter Worte. Aber der/die reisende Dorfbewohne/in hatte an keiner Stelle die Vorstellung, eine Sprachgrenze passiert zu haben, die eine Sprache von einer anderen trennt.

Im Frankreich der bürgerlich-demokratischen Revolution gab es die heute üblichen Symbole der Nation, z.B. die Nationalflagge, noch nicht. Die Verfassungsdeklaration war in einer Sprache verfasst, die lediglich eine Minderheit der Bevölkerung als Erstsprache benutzte. Nur ein kleiner Prozentsatz derjenigen, die auf dem Gebiet dessen lebten, was als Frankreich bezeichnet wurde, sahen sich selbst als „Franzosen". Die „Nation" war nichts Konkretes, sondern ein Ziel. Von einer sogenannten „nationalen Identität" konnte keine Rede sein. Ihre Konstruktion und Durchsetzung im Zuge der Bildung von Nationen war immer begleitet von Konflikten und Gewalt. Eine bestimmte Vorstellung wurde kulturell und gesetzlich durchgesetzt, so z.B. in Frankreich die Pariser Sprechweise als „Französisch". Die Durchsetzung des Nationalstaatsprinzips wird so illustriert durch den Triumph einer offiziellen Sprache und der Unterdrückung anderer. Die Menschen- und Bürgerrechte beinhalteten daher nicht die Verwendung des bretonischen oder okzitanischen Sprachstils in den Schulen; in England waren im 19. Jahrhundert Walisisch und das Schottisch des Tieflandes in den Schulen verboten. Und erst wenn die Hegemonie einer Sprache gesichert ist, gib es gelegentlich eine Lockerung der entsprechenden Verbote - entweder in Form harmloser Traditionspflege oder als Entgegenkommen gegenüber Forderungen separatistischer Gruppen. „Nationalsprachen", so der englische Historiker Hobsbawn in seinem Buch Nationen und Nationalismus, „haben deshalb fast immer etwas von einem Kunstprodukt und sind gelegentlich, [...], so gut wie erfunden. Sie sind das Gegenteil dessen, wofür die nationalistische Mythologie sie ausgibt, nämlich die archaischen Fundamente einer Nationalkultur und der Nährboden des nationalen Denkens und Fühlens."

Heute hingegen bestimmt ein Essentialismus unser Verständnis von dem, was „Sprache" ist. Dabei erfordert die Vorstellung einer Welt verschiedener Sprachen zunächst Kriterien der Unterscheidung. Jeder Versuch, eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Sprachen zu machen, bringt aber Probleme mit sich. Denn nicht alle, die eine Sprache sprechen, tun dies auf dieselbe Weise. Daher müssen einige Unterschiede als Unterschiede innerhalb derselben Sprache betrachtet werden, andere führen dazu, von verschiedenen Sprachen zu sprechen. Das Wort „Dialekt" hat seine sprachliche Bedeutung erst in der frühen Moderne erhalten. Auch wenn es uns heute offensichtlich erscheint, dass es verschiedene Sprachen gibt, so ist keineswegs offensichtlich, wie die-

DEUTSCHE SPRACHWELT

Die Sprachzeitung für alle!

Gemeinsam erhalten und gestalten

„Die Sprache gehört dem Volk." Beschluß des Deutschen Bundestags vom 26. März 1998

ISSN 1439-8834 (Ausgabe für Deutschland) Schriftleitung: Postfach 1449, D-91004 Erlangen, sprachwelt@t-online.de Bestellungen: Postfach 27, A-2103 Lang-Enzersdorf, Ruf und Druck 0043-(0)2244-30542

Ausgabe 2 20. September 2000 1. Jahrgang Herausgeber: Verein für Sprachpflege Kostendeckung durch Ihre Spende

INHALT

Der Nebel der Narren Klaus Däßler geht an die Wurzeln der weltweiten Sprachzerstörung: **Seite 3.**

Das Geld als Grund Manfred Pohl betrachtet die sogenannte Rechtschreibreform (Teil 1): **Seite 4.**

Aus Mode wird Methode Robert Borsch über Hartnäckigkeit und Erfolg von Modewörtern: **Seite 6.**

Der Weg zum Wandel Thomas Paulwitz über die Wende der F.A.Z. zur hergebrachten Schreibung: **Seite 7.**



Propaganda deutscher Rechtschreibreformgegner: „Deutsche Sprachwelt" statt „One-World"

se Sprachen voneinander unterschieden werden. Wird als Kriterium vereinbart, dass diejenigen, die dieselbe Sprache sprechen, sich verstehen sollen, dann würde das voraussetzen, dass alle Varianten oder Dialekte einer Sprache untereinander verständlich sein müssen, und im Gegenzug verschiedene Sprachen untereinander nicht zu verstehen sind. In den Sprachwissenschaften aber ist nicht eindeutig geklärt, was unter gegenseitigem Verstehen verstanden werden soll. Welches Maß an Begriffsvermögen soll als gegenseitiges Verstehen gelten? Selbst wenn es gelänge, sich auf ein solches Maß zu verständigen, würde dies bestehenden Vorstellungen von „Sprache" zuwiderlaufen. So gibt es Sprachen, wie das Dänische, das Norwegische und das Schwedische, die als verschiedene Sprachen gelten, aber tatsächlich ein gegenseitiges Verstehen ermöglichen. Andererseits ist beispielsweise die Sprache, die in den norwegischen Städten Bergen und Oslo gesprochen wird, dem offiziellen Dänisch näher als einigen ländlichen Dialekten Norwegens. Zum Hintergrund dieser Entwicklung noch einmal Hobsbawn: „In Norwegen forderte der Nationalist Wergeland (1808-1845) eine rein norwegische Nationalsprache im Unterschied zu der übermäßig dänisierten Schriftsprache, und es dauerte nicht lange, bis eine solche Sprache konstruiert wurde (das Landsmål, das heutige Nynorsk). Trotz offizieller Unterstützung nach der norwegischen Unabhängigkeit hat sie sich lediglich als Minderheitensprache im Land behaupten können, das seit 1947 de facto zweisprachig in der Schrift ist, wobei lediglich 20 Prozent der Bevölkerung vor allem in Mittel- und Westnorwegen Nynorsk sprechen."

Der Kampf um gesellschaftliche Herrschaft, der die Entstehen der Nationen begleitet, spiegelt sich auch im Anspruch wider, Sprache zu definieren – und zwar nicht nur einzelne Begriffe, sondern auch dessen, was „Sprache" ist. Dabei haben in der Regel die bürgerlichen Mittelschichten ihre Vorstellungen der offiziellen Sprache durchgesetzt und andere Rede-Weisen innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen zu „Dialekten" genannt – ein Begriff, dem oft etwas Abwertendes anhaftet.

Wo Nationalisten für die Errichtung eines eigenen Staates eintraten, beriefen sie sich auf die Existenz einer Sprache und ihre uralten Wurzeln. So haben auch Herder und Fichte im 18. Jahrhundert die Grundlage der (deutschen) Nation in ihrer Sprache gesehen. Die idealtypische Sprachgemeinschaft bleibt jedoch eine Fiktion; selbst in kleinen Regionen oder bei einer geringen SprecherInnenzahl finden sich stark voneinander abweichende Varianten von der normierten Standardsprache. In den 30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts hat die sardische Nationalbewegung die Sprachenfrage bewußt anders behandelt: Sardisch als gesonderte Sprache herauszustellen und zum Symbol der Unabhängigkeit Sardiniens zu machen, hätte neuen Konfliktstoff geboten, weil auch das Sardische in verschiedenen Ausformungen gesprochen wurde, der Bezug auf „das Sardische" aber eine nicht vorhandene Uniformität unterstellt hätte. Daher wurde die Bedeutung der Sprache heruntergespielt.

Nicht zufällig hat sich die extreme Rechte in Deutschland überall in die Auseinandersetzung um die Rechtschreibreform eingemischt. Sie vertritt in ihrer grossen Mehrheit einen rigiden Sprachpurismus, sieht Sprache in enger Anbindung an „Nation" und „Volk" und versucht an die unhistorischen und essentialistischen Sichtweisen von „Sprache" anzuknüpfen. Jüngst ist beispielsweise die zweite Ausgabe der Zeitung Deutsche Sprachwelt erschienen, die sich u.a. der „Wahrung eines fremdwortarmen Deutschs" verschrieben hat. Herausgeber Thomas Paulwitz ist regelmäßiger Autor im revanchistischen Ostpreußenblatt. Und für das neofaschistische Monatsmagazin Nation & Europa gilt: „Sprachpflege ist Überlebenssicherung, weil volkliches Überleben nicht ohne Wahrung der kollektiven Identität möglich ist."

„Verbrechen der Wehrmacht" – sang- und klanglos beerdigt?

Seit einem guten Jahr ist die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" nicht mehr öffentlich zu sehen, weil der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, vor der öffentlichen Kritik eingeknickt ist. Zum Ende des Jahres muss auch Hannes Heer, der die Hauptarbeit geleistet hat und dafür vor über drei Jahren die Carl von Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte erhalten hatte, das Institut verlassen. Das freut jene, die von Anfang an gegen die Ausstellung agitiert haben – nicht wegen einiger falsch zugeordneter Fotos, sondern – im Gegenteil – wegen der Überzeugungskraft des Beweismaterials.

Reemtsma hat nun seine Sichtweise in einem längeren Gespräch mit Bogdan Musial verdeutlicht, das die Tageszeitung Die Welt Mitte September veröffentlichte. Mit der überarbeiteten Ausstellung will er zu den Fragen zurück, die für ihn am Anfang der Ausstellung standen, nämlich denen nach übergreifenden gewalttätigen Verhaltens- und Handlungsweisen von Menschen. Zwar behauptet Reemtsma, dass die Einordnung der Wehrmachtsverbrechen in die allgemeine Destruktivität des 20. Jahrhunderts mit „Relativierung nichts zu tun" habe, doch es ist nicht zu übersehen, dass der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung an der Ausstellung nicht nur eine Korrektur vornehmen will, sondern dass ihm ein anderes Projekt vorschwebt, mit dem er Anschluß an die Hauptströmung der offiziellen Geschichtspolitik sucht. Dabei scheut er auch vor einer Orientierung an Bogdan Musial nicht zurück, der mit seinem Buch „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen" (Untertitel: Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941) selbst bei einigen Kritikern des alten Ausstellungskonzeptes ins Zwielicht geraten ist. Im Mittelpunkt des Buches stehen die ersten zwei Wochen des „Unternehmens Barbarossa", in denen in dem seit 1939 sowjetisch besetzten Teil Polens abziehende Einheiten des sowjetischen Innenministeriums NKWD eine große Zahl von Menschen, meist Gefängnis- oder Lagerinsassen, ermordeten. Musial: „Nicht selten waren auch einzelne deutsche Verbrechen eine direkte Reaktion auf konkrete sowjetische Maßnahmen". Die Detailinformationen über die Brutalität der sowjetischen Besatzungspolitik verknüpft er selbst durch provokative Behauptungen wie die, dass die Juden in exponierter Weise an Verbrechen der sowjetischen Besatzungsmacht beteiligt gewesen wären. Er geht sogar soweit, die Zehntausende jüdische Opfer der beim Abzug der Roten Armee im Juni 1941 einsetzenden Pogrome für ihre Ermordung mitschuldig zu erklären, wenn er etwa schreibt: „Die antijüdischen Emotionen resultierten aus dem Verhalten, das nicht wenige Juden gegenüber den Nichtjuden an den Tag legten und dem Umstand, dass viele Nichtjuden die Juden mit der sowjetischen Herrschaft identifizierten." Mit anderen Worten: die Juden seien überproportional im sowjetischen Staatsapparat in Ostpolen vertreten gewesen, was unter PolInnen und UkrainerInnen zu einer „Festigung des Stereotyps der Judeo-Kommune" beigetragen habe. Reemtsma zeigt im Welt-Gespräch erstaunliches Verständnis für solche Äußerungen, sieht in ihnen „Formulierungsprobleme". Aber Musial lässt auch in diesem Gespräch durchblikken, dass er die „Brutalisierung" des Vorgehens der Wehrmacht im Osten „als Reaktion auf sowjetischen Terror und die NKWD-Verbrechen" versteht. „Spätestens hier wird", so bemerkt der Historiker Willi Jaspers vom Moses-Mendelsohn-Zentrum zutreffend, „das Terrain von Ernst Nolte betreten, der mit seiner Behauptung vom `kausalen Nexus zwischen Gulag und Auschwitz` den deutschen „Historikerstreit" der 80er Jahre auslöste". Nolte hielt schließlich in einem Spiegel-Interview auch die Thesen der faschistischen Auschwitz-Leugner für diskutierenswert.

Der in London lebende Holocaust-Forscher Peter Longerich urteilte über das Musial-Buch, es „ist ein weiterer untauglicher Versuch, den sowjetischen Terror zu einer wesentlichen Voraussetzung des NS-Terrors zu erklären." Denn weder habe Musial das Handeln der ukrainischen OUN-Bewegung, noch den Antisemitismus der einheimischen Bevölkerung, noch die deutsche Vernichtungspolitik angemessen berücksichtigt. Dazu gehörte auch das Schüren antijüdischer Gewalt unter den Einheimischen. Am 29. Juni 1941 schärfte Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, den Chefs der Einsatzgruppen ein: „Den Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten ist kein Hindernis zu bereiten. Sie sind im Gegenteil, allerdings spurenlos auszulösen, zu intensivieren, wenn erforderlich in die richtigen Bahnen zu lenken." Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich die Rolle der Wehrmacht bei der Ausrottung der jüdischen Zivilbevölkerung im Osten nicht nur auf einzelne Exzesse beschränkt, die man als „Reaktion" auf sowjetische Partisanentätigkeit interpretieren könnte. Tatsächlich kooperierten Dienststellen und Einheiten der Wehrmacht, insbesondere Abwehr, Sicherheitsdivisionen, Geheime Feldpolizei, Feldgendarmerie sowie Orts- beziehungsweise Feldkomandanturen so eng mit SS und Polizei, dass von einer systematischen

Arbeitsteilung gesprochen werden muss. Auch Großverbände des Ostheeres waren im Rahmen weiträumiger Operationen unmittelbar am Massenmord beteiligt. Von besonderer Bedeutung ist ferner, dass sich die Wehrmachtsführung selbst von Anfang an mit den Prinzipien des Weltanschauungskrieges einverstanden erklärte und bewusst dazu beitrug, dass im Rücken der Truppe ein `zweiter Krieg` gegen die Zivilbevölkerung geführt wurde.

Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial wurde bekannt, weil er in der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung fehlerhafte Erläuterungen entdeckte, einige Fotos, die in Wahrheit nicht deutsche, sondern sowjetische Verbrechen dokumentierten. Hierfür erntete Musial Beifall – auch von ganz rechts. Die Ausstellung so zurückzuziehen, wie es Philipp Reemtsma getan hat, war ein Rückschlag für alle, die sich geweigert hatten, dem Mythos von der sauberen Wehrmacht zu folgen. Mit der veränderten Ausstellungskonzeption kehrt Reemtsma auch in diesem Bereich der Tätigkeit seines Instituts zum Antitotalitarismus zurück. Das wird vielen nicht reichen, die schon früher gegen die Ausstellung polemisiert haben. Die Forderung, die Ausstellung auch in überarbeiteter Form nicht mehr der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird inzwischen auch vom hessischen Minister Franz Josef Jung (CDU) erhoben. Begründung: die Ausstellung könne „Glaubwürdigkeit" auch durch Umarbeitung „nicht mehr zurückgewinnen".



Propaganda gegen die Ausstellung: 30.1.1999 in Kiel

Im September verständigte sich das Elmshorner Bündnis gegen Neonazis auf eine Presseerklärung, die sich mit der aktuellen Debatte um die extreme Rechte befasst. Darin heißt es u.a.:

„Die aktuelle Diskussion über ein Verbot der NPD setzt an der rassistischen Gewalt an, die nach zehn Jahren und über hundert Toten endlich beendet werden muß. Sie bleibt allerdings vor dem alltäglichen Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, einer ausländerfeindlichen Praxis und der Gesetzgebung stehen. Menschen nach ihrer Nützlichkeit zu bewerten, `Kinder statt Inder` zu fordern, bedient rassistische Ausgrenzung. Ein Verbot der NPD und anderer Organisationen kann daher nur ein erster Schritt sein. Es geht darum, die Wurzeln zu bekämpfen.

Die Ächtung des Faschismus durch die Gesellschaft erfordert mehr:

Sie erfordert die Förderung eines Miteinanders von Menschen, die in diesem Land leben und endlich deren Gleichberechtigung, wie sie die Gewerkschaften, zum Beispiel mit dem Betriebsverfassungsgesetz, schon lange erstritten haben,

Sie erfordert die Förderung von Projekten solidarischen Miteinanders in den Betrieben, der Berufsausbildung, der Bundeswehr, in den Stadtteilen, bei der Polizei, in Schulen, den Behörden, Kirchen, Vereinen und Sporteinrichtungen.

Sie erfordert Aufklärung über die Menschenfeindlichkeit der neonazistischen Ideologie.

Sie erfordert die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, um die Zukunft zu schützen.

Mit der aktuellen Diskussion wird es nicht getan sein. Deshalb werden wir in der nächsten Zeit auf einer Veranstaltung der Frage nachgehen, `Warum ist Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen?`."



Trauer nach der Ermordung eines Obdachlosen in Schleswig

Offizielle Statistiken verharmlosen Ausmaß rechter Verbrechen

Mitte September stellten die bundesweit verbreiteten Tageszeitungen Frankfurter Rundschau und der Tagesspiegel aus Berlin auf jeweils drei Seiten eine Bilanz der Gewalt der extremen Rechten seit 1990 vor. Danach wurden in diesem Zeitraum, 93 Menschen von der extremen Rechten ermordet, wobei – so der Begleittext – „die tatsächliche Zahl der Opfer um einiges höher liegen dürfte", weil selbst in dieser Aufstellung – wie die Herausgeber sagen - „mehrere Dutzend Zweifelsfälle [...] nicht aufgeführt" wurden, bei denen Motiv oder Täterhintergrund keine eindeutige Zuordnung erlaubten. Inzwischen gibt es weitere Todesopfer, z.B. den in Schleswig von zwei Neofaschisten ermordeten Obdachlosen.

Folgt man den regierungsamtlichen Statistiken über die Zahl neofaschistischer Morde, dann sind „nur" 26 Menschen umgebracht worden. Zu Recht haben die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Petra Pau daher der Bundesregierung vorgeworfen, „Opfer rechtsextremer Gewalt zu verschweigen und die Zahl der Todesopfer zu schönen". Der in Niedersachsen tätige Kriminologe Christian Pfeiffer hat gegenüber dem Spiegel zudem darauf hingewiesen, dass „die Dunkelziffer bei Körperverletzungen wohl auch so hoch" sei, „wenn die tödliche rechte Gewalt fast viermal höher ist als in der Statistik ausgewiesen". Hinzu kommt, dass rassistisch motivierte Angriffe häufig nicht zur Anzeige gebracht werden, weil die Opfer annehmen, dass der Ermittlungswillen der Polizei beschränkt ist, oder aber weil sie Angst haben, dass der Täter nach einer Anzeige auch noch ihre Wohnadresse erfährt. Schließlich macht auch der seit dem Frühsommer 1999 am Landgericht Cottbus gegen eine Gruppe Neonazis stattfindende Prozess Opfern rechter Gewalt wenig Mut, diesen Weg zu beschreiten. Den Neonazis wird vorgeworfen, im Februar 1999 den Algerier Farid Guendoul nachts durch die Straßen und zu Tode gehetzt zu haben. Er verblutete, nachdem er auf der Flucht eine gläserne Haustür eingetreten hatte, um sich in Sicherheit zu bringen. Verhandelt wird zudem über diverse andere Gewalttaten; einige Angeklagte sollen mehrfach Menschen entführt und misshandelt haben, bis hin zu einer Scheinhinrichtung. Die jungen Männer auf der Anklagebank sitzen gutgelaunt im Gerichtssaal, tragen Jacken mit dem Aufnäher „Nationaler Widerstand" oder beteiligen sich an der wiederholten Beschädigung des für Farid Guendoul in Guben errichteten Gedenksteins. Ihre Verteidiger, unter ihnen auch der frühere Chef der inzwischen verbotenen neonazistischen Wiking-Jugend, verschleppen den Prozess mit Befangenheitsanträgen und sonstigen juristischen Winkelzügen.

Zwar hat Bundesinnenminister Otto Schily inzwischen erklärt, man werde die Richtlinien zur Erfassung rechter Gewalt überarbeiten, doch Grund zum Vertrauen in eine solche Maßnahme gibt es nicht. So fordert Pfeiffer denn auch eine unabhängige Einrichtung, die anhand aller verfügbarer Zahlen und Berichte rechte Straftaten recherchieren und dokumentieren soll. Noch auf der Grundlage der alten Kriterien kommt die Statistik des Bundesinnenministeriums für den Monat August zu einer enormen Steigerung der rassistischen, faschistischen und antisemitischen Straftaten. Waren von Januar bis Juli im Durchschnitt 668 Straftaten pro Monat registriert worden, so sind es für den August 2000 insgesamt 1112.

Obdachloser in Schleswig von Neonazis ermordet

Am Mittwoch, den 13. September wurde auf den Königswiesen in Schleswig die Leiche eines 45 jährigen Mannes gefunden. Die Leiche wies schwere Verletzungen aufgrund äußerlicher Gewaltanwendung auf, und die anschließende Obduktion ergab, daß der Mann an seinen inneren Verletzungen gestorben war. Die Täter hatten ihr Opfer offenbar brutal getreten und zusammengeschlagen und es dann in der Nähe eines Grillplatzes auf den Königswiesen liegen lassen. Bei dem Toten handelt es sich um den 45 jährigen Obdachlosen Malte L. aus Köln. Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, ermittelte die Kripo Flensburg erst einmal im sogenannten „Schleswiger Obdachlosenmilieu" nach den Tätern. Folglich tauchte der Mord lediglich als Randnotiz in den Medien auf. Nach den brutalen Morden an Obdachlosen durch Neonazis in den vergangenen Wochen, assoziierten dennoch nicht Wenige beim Lesen der Randnotiz einen anderen Täterkreis. Bei ihren Ermittlungen wurden die Kripobeamten mehrfach auf Gruppen von Neonazis hingewiesen, die sich des öfteren abends auf den Königswiesen treffen. Schließlich wurden dann am Samstag nach dem Mord zwei 23 jährige Neonazis aus Schleswig festgenommen, die den brutalen Mord an dem Mann gestanden. Im Verlaufe eines angeblichen Streits über das Thema „Skinheads" zwischen einer größeren Gruppe (!) von Neonazis und dem Obdachlosen, habe man, natürlich im alkoholisierten Zustand, zu zweit auf den Mann eingetreten und -geschlagen... Der Mann mußte sterben, weil sich (mehrere) Neonazis von ihm provoziert gefühlt haben wollen. Obwohl die Polizei bei der Durchsuchung der Wohnungen der beiden Tatverdächtigen diverses Nazi-Propagandamaterial und Fascho-Musik fand, bemühten sich die örtliche Presse und die Staatsanwaltschaft sogleich, einen rechtsextremistischen, politischen Hintergrund der Tat auszuschließen. Die Legende vom besoffenen, hirnlosen „Skinhead" eben, der einfach nur ausgetickt ist und schon gar nicht vorsätzlich handelte. Nach „Einschätzung" der Ermittlungsbehörden lägen rechtsextremistische „Motive" für den Mord nicht vor, da die Neonazis sich ihr Opfer „nicht gezielt als Angehörigen einer sozialen Randgruppe ausgesucht (hätten), um ihn anzugreifen", so die übereinstimmende Analyse von Staatsanwaltschaft und Kripo in Flensburg. Der Tod des Mannes auf den Königswiesen sei lediglich auf „eine Verkettung unglücklicher Umstände" zurückzuführen, wie Rathaussprecher Thorsten Dahl in der örtlichen Presse behauptete. Die Schleswiger Rundschau glänzte ebenfalls damit, die Bemühungen der Stadt Schleswig, die Existenz von Neonazis in der Stadt sowie im „gesamten Kreis Schleswig-Flensburg" zu negieren (so ein Sprecher der Schleswiger Polizeiinspektion) und für die Tat der beiden Nazi-Skins schließlich Verständnis zu äußern. In einem Artikel vom 19.September wurde versucht, den letzten Tag des Getöteten zu rekonstruieren. Es wurde das Bild eines Obdachlosen kreiert, der schon tagsüber beim Sozialamt „äußerst unangenehm aufgefallen sei". Dazu bediente man sich solcher Begrifflichkeiten wie „sehr ruppig", „verbal angegriffen", „fortdauernd streitsüchtig", „randalierend und lautstark pöbelnd". Dem/Der LeserIn wurde suggeriert, daß das spätere Opfer die Tat der Neonazis also provoziert und selbst verschuldet habe. Abgesehen davon, daß die MitarbeiterInnen des Sozialamtes mit ihrer Auskunftsfreudigkeit gegenüber der Presse bewußt auf die Wahrung der Persönlichkeitsrechte des Mannes verzichteten... Eine eiligst organisierte Kundgebung von AntifaschistInnen, Mitarbeitern des Diakonischen Amtes, der ÖTV, Amnesty International und vielen Einzelpersonen zum Protest gegen den neuerlichen rechtsextremistisch motivierten Mord, wurde erwartungsgemäß verschwiegen. Dennoch fanden sich am Dienstag nach der Tat knapp 300 Menschen auf dem Schleswiger Capitol-Platz zu einer Kundgebung mit anschließendem Schweigemarsch zu den Königswiesen ein, um des ermordeten Mannes zu gedenken. An der Stelle, an der der Tote aufgefunden worden war, wurde eine kurze Rede gehalten sowie Blumen und schwarze Trauerbänder niedergelegt. Trotz der überraschend großen Beteiligung an der Kundgebung, schien sich bei vielen Menschen neben Entsetzen und Trauer ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber solchen Geschehnissen breit zu machen. Aber angesichts der vielen Morde der letzten Jahre durch Neonazis, das stetige Anwachsen neofaschistischer Organisationen und des alltäglichen Rassismus innerhalb der Gesellschaft, müssen sich Trauer und Wut endlich in Widerstand umsetzen! Schließlich tragen nicht alle TäterInnen Springerstiefel, Bomberjacken und Glatze.



Trauerdemonstration in Schleswig

(motz)

Terror der extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern geht weiter

Die Zahl der von der extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern verübten Gewalttaten wird länger und länger. Eine unvollständige Aufstellung gibt hiervon einen gewissen Eindruck: Anfang Mai hatten Nazi-Skinheads in Lassan in Vorpommern neun Vietnamesen bei einem Picknick angegriffen. Sie schlugen auf deren Fahrzeuge ein, zerrten drei Vietnamesen aus dem Auto und schlugen auf sie ein. In Anklam bedrohten 25 Neonazis Polizisten, die einen ihrer Treffpunkte räumen wollten. Ende Juni wurden in Wismar zwei junge Armenierinnen zusammengeschlagen, in Schwerin die Gedenkstätte für die Opfer des KZ Wöbbelin geschändet.



Bei einem Volksfest in Malchow (Müritzkreis) wurden ein Iraker und ein Türke von rassistischen Gewalttätern verletzt. In den folgenden Wochen waren mehrere Obdachlose zu Tote geprügelt worden - in Greifswald, Wismar und Ende Juli in Ahlbeck. In Wismar hat ein 20-jähriger Neofaschist einen Brandsatz in den Keller einer leer stehenden Kindertagesstätte geworfen, weil er dort Obdachlose vermutete. Ebenfalls im Juli wurde in Neubrandenburg ein nigerianischer Asylbewerber mit einer Eisenkette attackiert und einer Bierflasche niedergeschlagen; in Ducherow überfielen neun Jugendliche eine Gruppe russischer Aussiedler. Am ersten Augustwochenende wurde in Rostock ein Info-Stand der „Jugend gegen Rechtsextremismus in Europa" bedrängt. Mitte August wurde im Schweriner Ortsteil Lankow ein Imbisswagen eines vietnamesischen Ehepaares angezündet. Ende des Monats wurde bei einem Volksfest in Nienhagen (Landkreis Bad Doberan) eine Gruppe Berliner SchülerInnen attackiert: Der Frage „Bist Du ein Neger?" folgten Steine und Bierdosen. Im September gab es erneut Angriffe auf EinwanderInnen und Flüchtlinge, so auf einen 26-jährigen Vietnamesen in Neustrelitz; in der Anklamer Innenstadt wurden zwei Togolesen angegriffen. Anfang Oktober wurde auf das russische Ehrenmal in Stralsund ein Anschlag verübt. Das Ehrenmal wurde mit Farbbeuteln beworben und mit Hakenkreuzen beschmiert. In Schwerin wurde ein Aussiedler-Ehepaar aus Russland von zwei Neonazis angegriffen und schwer verletzt, nachdem die Täter Nazi-Sprüche an Häuserwände und auf ein Lenin-Denkmal gesprüht hatten. Wenige Tage später wurde der Schweriner Ehrenfriedhof für AntifaschistInnen geschändet. 127 Grabsteine wurden umgestoßen und teilweise zerstört. Auf der Gedenkstätte im Stadtzentrum sind mehrere Hundert Tote begraben, darunter gefallene SowjetsoldatInnen, deutsche WiderstandskämpferInnen und Tote aus dem nahe gelegenen früheren Konzentrationslager Wöbbelin.

Zur Vernetzung der neofaschistischen Szene in Mecklenburg-Vorpommern trugen in den letzten Monaten verschiedene Veranstaltungen und Aufmärsche bei. Ende Juni fand das „Pressefest" der Zeitschrift SIGNAL in Neustadt-Glewe statt; zu den Redner gehörten SIGNAL-Herausgeber Manfred Rouhs, der Herausgeber der neofaschistischen Monatszeitschrift Nation & Europa, Peter Dehoust und Dr. Claus Nordbruch, Preisträger des revanchistischen Ostdeutschen Kulturrates und jüngst Interviewpartner des Blood & Honour-Magazins. Einen Monat später fand in der Nähe Rostocks eine Sommersonnenwendfeier des Kameradschaftsbundes Mecklenburg statt, bei der der „nationale Liedermacher" Andre Lüders auftrat. Am 23. September marschierten Neonazis durch Gadebusch; Anmelderin war eine sogenannte „Initiative für Versammlungsfreiheit", die über ein

Postfach in Wismar verfügt. Auch der Aufmarsch von Neonazis in Ludwigslust am 8. Oktober, an dem knapp 200 Personen teilnahmen, muß als Versuch angesehen werden, den Grad der Organisierung zu erhöhen und den politischen Einfluß der Hamburger Neonazi-Kader Worch und Wulff auszubauen. Beide gehörten denn auch neben Alex Möller von den Freien Nationalisten Stralsunds zu den Rednern in Ludwigslust. Auch die in Hamburg zu Ehren des Kriegsverbrechers Rudolf Heß gedruckten Plakate wurden in Mecklenburg-Vorpommern im Monat August in großere Zahl verklebt; dabei wurde Lars J. aus dem Umfeld des Neonazis Christian Worch festgenommen. J. war auch Anmelder des verbotenen Heß-Aufmarsches in Rostock. Zu den von Worch im September in Neumünster organisierten Aufmärschen für den Erhalt des Neonazi-Treffpunktes Club 88 waren auch Dutzende Neonazis aus dem benachbarten Bundesland angereist.

NPD verliert an Einfluß

Zwar waren in Ludwigslust auch NPD-Anhänger beim Aufmarsch, dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei in Mecklenburg-Vorpommern Mitglieder und in der neofaschistischen Szene an Einfluß verloren hat. NPD-Landesvorsitzender Eisenecker sieht im Mitgliederrükkgang zwar einen „qualitativen Ausbau", da `destruktive Mitglieder` die Partei verlassen hätten; aber die Entscheidung, wegen der Verbotsdebatte auf eigene Aufmärsche zu verzichten, führt zugleich dazu, dass sich ein wachsender Teil der Neonazi-Szene von der NPD abwendet. Da hilft es auch nichts, wenn der Greifswalder NPD-Kreisverband dafür eintritt, dass „Aufklärungskampagnen und zielgerichtete Kleinarbeit bzw. Diskussionen uns näher ans Ziel (bringen), als pompöse Aufmärsche!" Als ein Sprachrohr der neonazistischen Szene formulieren die Macher der Internetseite Stoertebeker.net die Gegenposition: „Wir würden es uns wünschen, wenn die Führung des NPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern etwas vom alten Offensivgeist wiederfände und den Kampf wieder da suchte, wo er wirklich stattfindet und zwar auf der Straße". Szene-interne Kritik an der NPD hatte es auch wegen des Umgangs der NPD mit enttarnten Geheimdienstspitzeln gegeben. In Wismar war der NPD-Funktionär Michael Grube als V-Mann des Verfassungsschutzes aufgeflogen. Wegen Beteiligung an einem rassistisch motivierten Brandanschlag in Grevesmühlen war er im Dezember 1999 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden; Anfang Juli dieses Jahres erhielt er eine fünfjährige Haftstrafe, weil er einen Gesinnungskumpan lebensgefährlich verletzt hatte. In Stralsund war der NPD-Kreisvorsitzende Matthias Meier für das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig geworden, angeblich mit Wissen der Partei. Folgt man einer Pressemitteilung der NPD von Mitte Juli, so hat der Parteivorstand der NPD Mecklenburg-Vorpommern am 14. Mai beim Landesschiedsgericht einen Antrag auf Ausschluß Meiers aus der NPD gestellt, nachdem die Affäre wochenlang für Unruhe nicht nur in der Partei, sondern in weiten Teilen der neofaschistischen Szene im Nordosten gesorgt hatte. Beim NPD-Landesparteitag Anfang Juli in Greifswald, bei der neben Eisenecker auch seine Stellvertreter Wolfgang Lewin, Stefan Köster und Anselm Garbe sprachen, gab es hierzu allerdings nichts Neues. Mit Blick auf die Landtagswahl im Jahr 2002 will die NPD frühzeitig Strategie und Programm vorbereiten.



NPD-Demonstration in Rostock 1998

Aktive Kreisverbände der NPD bestehen derzeit vor allem in Greifswald und Ludwigslust, wo am 1. Juli neben dem Mitglied des NPD-Parteivorstandes Andreas Storr auch Christian Worch als Redner bei einer Saal-Veranstaltung zu sehen war. Als NPD-Kreisvorsitzender hatte Andreas Theißen die Versammlung geleitet. In dem kleinen Ort Waren im Müritzkreis hat zudem vor etwa einem Jahr ein sog. „Patriotentreff" eröffnet; dieser wird von Doris Zutt betrieben, die auch im NPD-Bundesvorstand sitzt. Im hessischen Ehringshausen, auch dort gibt es einen „Patriotenteff", bekam die NPD bei den letzten Kommunalwahlen 1997 fast 23% der Stimmen. In den Läden gibt es alles, was zum Lifestyle der extremen Rechten gehört: schwarze Kapuzenpullover mit der Aufschrift „Ku-Klux-Klan", „White-Power"-Aufkleber, Springerstiefel, Hosenträger in Schwarz-Weiß-Rot und das Parfum der Marke „Nationalist – der besondere Duft vom großen Reich". Dazu gibt es einschlägige neofaschistische Literatur und jede Menge CDs mit Nazi-Rockmusik. Kunden für den Warener „Patrioten-Treff" gibt es genug - nicht nur NPD`ler und Mitglieder der über 50 neofaschistischen Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern kommen dafür in frage. Nach einer Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen sympathisiert jeder dritte Jugendliche in Rostock mit extrem rechtem Gedankengut, jeder sechste ist zu Gewalt gegenüber AusländerInnen, Andersdenkenden und Obdachlosen bereit. Diese Erkenntnis deckt sich mit Zahlen des Innenministeriums für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt.

Noch immer finden antifaschistische Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern wenig Resonanz. Zu Protestaktionen kommen nur wenige Teilneh-

merInnen. Desinteresse oder gar ein gewisses Wohlwollen erlauben es sogar den organisierten Neofaschisten, weitgehend ungestört tätig zu sein. In Greifswald wurden Mitglieder der örtlichen NPD als Ordner für das –Schützenfest engagiert; auf Usedom – um lediglich ein weiteres Beispiel zu nennen - nehmen die Neonazi-Kameradschsaften aus Uckermark, Wolgast und Anklam – schon seit Jahren – ganz offen an den Veranstaltungen zum Volkstrauertag. Selbst in einem Papier des Innenministeriums heißt es, dass sich manche Skinhead-Gruppen mittlerweile in einer öffentlichen, „polizeiähnlichen Rolle" sähen. Zwar gibt es auch auf Landesebene Aufrufe zur „Zivilcourage gegen rechts", zugleich glaubt Innenminister Gottfried Timm (SPD) jedoch auf das längst gescheiterte Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit" bauen zu können. Nun will er den jungen Neofaschisten gar kommunale Räumen überlassen, um über Sozialarbeiter gezielten Einfluß auf die Neonazi-Szene zu nehmen.

Ermutigender sind da andere, wenn auch kleine Zeichen: Anläßlich einer Debatte im Landtag über Neofaschismus und Rassismus hatten sich die 200 BewohnerInnen einer Asyl-Unterkunft in Holzendorf bei Parchim mit einem Protestbrief zu Wort gemeldet. Sie kritisierten darin nicht nur die räumliche Isolation (das Gebäude liegt mitten im Wald, die nächste Busstation ist drei, der nächste Supermarkt zehn Kilometer entfernt), sondern auch die schlechte Behandlung durch Ämter und Behörden, die vor allem das Ziel hätten, sie schnell loszuwerden. Außerdem seien 95% des Wachpersonals Rassisten und das monatliche Geld reiche nicht zum Leben. Ähnliche Klagen gab es auch aus anderen Orten. Solche Proteste gilt es zu unterstützen und zu bündeln.

Naziprozeß in Lübeck

Am 08.11.2000 fand vor dem Lübecker Amtsgericht ein Prozess gegen zwei Lübecker Nazischläger statt. Sie haben Ende August im Anschluss an ein heftiges Trinkgelage im Lübecker Stadtteil Marli gegen 1.00 Uhr morgens einen 33-jährigen Afrikaner, der sich auf dem Nachhauseweg befand, beleidigt und körperlich misshandelt. Dieser erlitt Verletzungen und Prellungen am Oberkörper, Handgelenk und Knie.

Der Angeklagte André Geermann(28) beschimpfte ihn in der Nacht als „schwarzer Bimboneger". Als dieser ihn fragte, warum er das täte, schlug Geermann sofort auf den Kopf seines Opfers .Dieser versuchte zu entkommen, wurde aber von dem zweiten Täter, Jörn Carstens(26),daran gehindert. Beide schlugen nun auf den Afrikaner ein, sodass dieser zu Boden ging.Das hinderte die beiden nicht daran, nun mit den Stiefeln auf dem am Boden liegenden einzutreten. Es gelang dem Mann aber dennoch, zu fliehen und die Polizei zu benachrichtigen. Die Schläger flüchteten in die nahegelegene Wohnung eines Bekannten und erzählten von dem Angriff, wobei sie sich noch darüber beklagten, das der andere ja ganz gut drauf war, sie hätten auch gut einstecken müssen.

Am folgenden Nachmittag wurden beide Schläger in ihren Wohnungen festgenommen. Trotz einschlägiger Vorstrafen wurden beide wieder nach dem Verhör freigelassen.

André Geermann wurde Anfang der neunziger Jahre zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er im VFB-Stadion in Lübeck den „Hitlergruß" zeigte, eine weitere Verurteilung folgte wegen volltrunkenen Fahrens. Bei seiner Tat im August hatte er 2,6‰ Alkohol.

Jörn Carstens ist als rechter Schläger einschlägig vorbestraft-so war er unter anderem Anfang der Neunziger Jahre bei einem Angriff auf ein Asylbewerberheim in Haffkrug beteiligt, verschiedene Vorstrafen wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand folgten.

Trotz dieser Vergangenheit streiten beide eine rechte Gesinnung ab, sie hätten nichts gegen AusländerInnen oder andere Menschen. Als Beweis dafür brachte Geermann auch seinen „alten Freund Ali" mit, einen jungen Türken der dies bezeugen sollte. Aber auf diesen Spielchen ließen sich weder der Richter Rebien, noch der Staatsanwalt Sebelevsky ein. Mit der NPD hätten beide nichts zu tun, Carstens sei allerdings mal auf einer Demo gegen die Wehrmachtsausstellung gewesen, ebenso wäre er öfter im Club 88, der aber eher ein harmloser „Szenetreff" wäre, ähnlich wie die Discotheken in Lübeck-also alles ganz harmlos. Daß er jetzt endlich auf dem „rechten" Weg der Besserung wäre, meinte Carstens damit zu beweisen, das er seit Kurzem an einem Anti-Aggressionstraining teilnähme und regelmäßig die Anonymen Alkoholiker aufsuche. Dies beeindruckte aber weder Staatsanwalt noch Richter. Geermann bekam 7 Monate auf 3 Jahre Bewährung, Carstens 1 Jahr und 2 Monate Haft ohne Bewährung, ferner wurden beide zu einer Zahlung von jeweils 2000,- DM Schmerzensgeld verurteilt.

Während der Verhandlung machte Richter Rebien deutlich, das er sich weder dem derzeit öffentlichen Druck beugen würde, noch ein Exempel statuieren würde. Das ein rassistischer Hintergrund für diese Tat vorliegt, sei aber ganz klar, selbst wenn die Angeklagten das Gegenteil behaupten würden, aber dies ließe sich nur in der Gesellschaft ändern, nicht in einem Gerichtssaal.

Überrascht waren übrigens alle Anwesenden des Prozesses über das Verhalten des Anwaltes des Opfers, der bei diesem Prozeß als Nebenkläger auftrat. So sprach er in seinem Plädoyer davon, das es der falsche Weg wäre, die Angeklagten zu einer Haftstrafe zu verurteilen, denn dort würden sie ja erst richtig schlechten Umgang bekommen und können auch nicht ihre Gerichtskosten sowie das Schmerzensgeld bezahlen.

Jörn Carstens hat inzwischen Berufung gegen das Urteil eingelegt.

aw

Thekla Kosche als Fahrrad-Kurierin in Kiel

Seit Anfang Juni arbeitete die bundesweit bekannte Nazi-AktivistinThekla Kosche als Sub-Unternehmerin bei dem Kieler Fahrradkurier-Unternehmen Bikebote in Kiel. Mindestens seit Juli hatte sie auch eine Wohnung im Kieler Stadtteil Gaarden angemietet.Kurz nachdem in der Umgebung ihrer Wohnung Flugblätter und Plakate auftauchten, die sie als überzeugte Nationalsozialistin outeten, packte sie allerdings ihre Koffer und zog wieder aus. Ob sie sich zwischenzeitlich noch in Kiel aufhält um ihr Fachhochschulstudium zu absolvieren, ist nicht bekannt.

Ursprünglich kommt sie aus Bad Segeberg; bis vor kurzem wohnte sie jedoch in Lübeck und betätigte sich politisch insbesondere im dortigen Bündnis Rechts für Lübeck. Als das „nette Mädchen von nebenan", als das sie sich gerne ausgibt, ist sie seit Jahren in der sogenannten Anti-Antifa aktiv. Unter dieser Bezeichnung sammeln militante Neonazis Informationen über vermeintliche oder tatsächliche politische GegnerInnen, veröffentlichen diese in Nazi-Magazinen oder im Internet und rufen zum Terror gegen sie auf. Thekla Kosche tut sich v.a. dadurch hervor, daß sie immer wieder auf antifaschistischen Demonstrationen versucht, aktive Personen zu fotografieren und auszuspionieren. Um Wohnorte, Arbeitsplätze oder Treffpunkte linker und alternativer Projekte und Menschen in aller Ruhe auskundschaften zu können, eignet sich der Job eines/einer Kurierfahrers/fahrerin natürlich hervorragend ! Schon in Lübeck hatte sich Thekla Kosche bei zwei Lübecker Fahrradkurier-Unternehmen als Fahrerin beworben. Allerdings lehnten beide Firmen unter Hinweis auf Kosches Nazi-Aktivitäten eine Zusammenarbeit konsequent ab. Kosche bezeichnet sich selbst als „überzeugte Nationalsozialistin" und arbeitet unter anderem in der sog. „Arbeitsgemeinschaft von Sozialisten inner- und außerhalb der NPD" mit. Für das Lübecker Bündnis Rechts um den Lübecker Nazi Dieter Kern engagiert sie sich als Redakteurin im parteieigenen Mitteilungsorgan Lübscher Aufklärer. Da es mittlerweile auch in Kiel einen Ableger dieser Nazi-Organisation, das Bündnis Rechts für Kiel, gibt, ist stark anzunehmen, daß Kosche ihre politische Arbeit nun hier fortsetzt. Schließlich pflegt sie u.a. enge Kontakte zum Vorsitzenden des Bündnis Rechts für Kiel, Thorsten Thomsen, der neben seiner Funktion als Pressesprecher des gesamten Bündnis Rechts, ebenfalls als Redakteur für den Lübschen Aufklärer tätig ist. Auch zu Peter Borchert, dem „Kettenhund der Obernazis" (Tagesspiegel Berlin vom 4.10.2000) Christian Worch und Thomas Wulff aus Hamburg, pflegt Kosche beste Kontakte. Borchert, der ursprünglich aus Kiel kommt und mittlerweile zum „Sprecher" des Club 88 in Neumünster mutiert ist, hat sich innerhalb der letzten zwei Jahre in die Chef-Etage der Norddeutschen Freien Nationalisten hochgedient und tritt sehr häufig als Ordner und Redner auf den mittlerweile fast zweiwöchig stattfindenden Nazi-Aufmärschen (nicht nur) in Norddeutschland auf. Thekla Kosche, die vor 2-3 Jahren als Betreiberin eines Nazi-Mailbox-Projektes (Asgard BBS im Thule-Netz) von sich Reden machte, verbreitete dort unter anderem die sogenannte Auschwitz-Lüge, in der die Existenz von Gaskammern im Tötungslager Auschwitz geleugnet wird. Die Liste nazistischer Aktivitäten von Thekla Kosche ließe sich endlos fortsetzen, die meisten dürften einem weitaus größeren Kreis als den LeserInnen antifaschistischer Publikationen, hinlänglich bekannt sein. Schließlich hat sich Thekla Kosche immer wieder gerne in der Öffentlichkeit zu ihrer Gesinnung bekannt.

Dennoch hat Thekla Kosche in Kiel schon viel zu lange die Gelegenheit gehabt, dank ihres Jobs als Fahrrad-Kurierin die Objekte ihres Interesses



Demonstration des Bündnis Rechts für Lübeck: Thekla Kosche mit Peter Borchert



Verbindungen zu den wichtigen Kadern der Naziszene: Kosche mit dem Berliner Neonazi Christian Wendt

fast ungestört auszukundschaften. Mehrere Kieler Firmen, die häufig Fahrradkurier-Dienste in Anspruch nehmen, beschwerten sich zunächst bei Kosches Arbeitgeber, dem Bikebote, und wiesen daraufhin, daß sie die langjährige Zusammenarbeit mit dem Unternehmen aufkündigen würden, wenn dieser Thekla Kosche nicht sofort entließe. Der Geschäftsführer des Bikebote, der neben Fahrrad- auch PKW-Kurierfahrten anbietet, zeigte sich anfangs schockiert darüber, wen er sich da (in Unkenntnis von Kosches Nazi-Aktivitäten und -Gesinnung) in den Laden geholt hatte. Auf seinen Wunsch hin wurde ihm allerhand Material (Presseartikel und vor allem Texte von Kosche selbst, z.B. aus dem Internet oder dem Lübschen Aufklärer) übergeben, damit er sich sein eigenes Urteil über seine neue Arbeitnehmerin bilden möge. Trotz der Proteste vieler Kieler Firmen und Projekte und einer Flugblatt- und Plakat-Aktion, in denen Thekla Kosche, das vermeintlich nette Mädchen von nebenan, geoutet wurde, zeigte man sich beim Bikebote verständislos. Getreu dem deutschen Motto: „Hauptsache sie macht ihre Arbeit gut, dann kann sie nach Feierabend tun und lassen was sie will" und dem bewußten Leugnen jeglicher Beweiskraft sowohl antifaschistischer als auch „bürgerlich anerkannter" Medien wie z.B. den Lübecker Nachrichten oder der Segeberger Zeitung, will sich die Geschäftsführung des Bikebote ausdrücklich nicht von Thekla Kosche trennen. In einem Brief der Geschäftsleitung an fünf Kieler Unternehmen, die die Kündigung Kosches gefordert hatten, wird sämtliches Text-Material von und über Kosche in Frage gestellt und als linkes Propagandamaterial bezeichnet, das „linke Gruppen" lediglich zum Zwecke einer „internen und/oder persönlichen Auseinandersetzung (zwischen) den beiden rechten und linken Randgruppen" nutzen wollten. Des weiteren wird in dem Brief behauptet, Kosche habe sich zwar bislang innerhalb der „demokratischen Rechten" (was auch immer das sein soll ???) produziert; sie sei aber „offensichtlich durch falsche Freunde" in diese Szene „hineingeraten" und habe anhand einer „eidesstattlichen Erklärung" gegenüber der Bikeboten-Geschäftsführung erklärt, „zumindest seit Beschäftigungsbeginn beim Bikebote, das war der 01.06.2000, keiner Partei angehört und sich in keinster Weise politisch mehr betätigt" (zu haben). Sie habe sich gar „von der rechten Szene losgesagt". Last not least kommt dann noch der Gut-Mensch zum Vorschein: " Da Frau Kosche eine äußerst zuverlässige Mitarbeiterin ist, geben wir ihr die Chance zum Neuanfang und leisten damit einen nicht unwesentlichen Beitrag gegen die `rechte Gewalt`, wenn es uns so gelingt, einen, nach Ihrer Meinung, führenden Köpfe der Neonazis, zu neutralisieren und in ein geordnetes Leben zurückzuführen." Wenn ein „geordnetes Leben" so aussieht, daß man sich nach getaner Arbeit von „Freunden" wie dem Hamburger Nazi Thomas Wulff mit einer herzlichen Umarmung vom Bahnhof abholen läßt (und das im August- tzz, tzz ...) oder weiterhin für den Lübschen Aufklärer schreibt, wie in der Juli 2000-Ausgabe (die ja wohl kaum vor dem 01.06. produziert wurde) und Faschismus immer noch als Meinung und nicht als Verbrechen gilt, dann wird deutlich, daß manch einer nicht nur nichts begriffen hat, sondern ganz offensichtlich auch nichts begreifen will ! Aber ohne Aufträge nützt bekanntlich die freundlichste Kurierfahrerin nichts.

Anmerkung der Redaktion: Der Begriff „Bike-Bote" wird im allgemeinen häufig als Synonym für sämtliche Fahrradkuriere verwendet. Das im Artikel genannte Kurier-Unternehmen aus Kiel heißt allerdings Bikebote. In Kiel gibt es noch ein zweites Fahrradkurier-Unternehmen, das erstens anders heißt, und zweitens mit dem Bikebote überhaupt nichts gemeinsam hat; dennoch ist es schon zu Verwechselungen der beiden Firmen gekommen. Deshalb möchten wir darauf hinweisen, daß wir allein die Firma Bikebote für ihr Verhalten kritisieren.

(motz)

Dänemark

DNSB-Chef Jonni Hansen verurteilt

Während vor dem Gerichtsgebäude GewerkschafterInnen und andere AntifaschistInnen demonstrierten, betrat Jonni Hansen am Morgen des 25. September das Gerichtsgebäude in Kopenhagen. Der selbsternannte Führer der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) hatte das Urteil eines früheren Prozesses angefochten, bei dem er von einem Gericht in Roskilde zu einem Jahr Haft verurteilt worden war. Die Haftstrafe erging, weil Hansen mit seinem Wagen in eine Gruppe von AntifaschistInnen gefahren war, die vor seinem Haus, das zugleich die DNSB-Parteizentrale beherbergt, einen Holzzaun abrissen, der um das Anwesen gezogen war. Hansen, der seine Freundin zur Arbeit fahren wollte, wendete das Fahrzeug und raste mit hoher Geschwindigkeit in die Menschengruppe. Sechs Personen wurden verletzt, drei davon schwer.

In der Kopenhagener Verhandlung waren Hansen und sein Anwalt allerdings nicht sehr erfolgreich beim Versuch, diesen Angriff als Akt der Selbstverteidigung darzustellen. Die Richter erhöhten das Urteil auf anderthalb Jahre, entzogen ihm die Fahrerlaubnis für zwei Jahre und brummten ihm alle Verfahrenskosten auf.

Der DNSB gelang es nicht, mehr als ein Dutzend Unterstützer zum Prozess zu mobilisieren. Davon waren einige Deutsche, die vom DNSB-Vizechef Espen Rohde Kristensen durch Kopenhagen geführt wurden. Kristensen war Anfang des Jahres selbst zu 40 Tagen Haft verurteilt worden, weil er mit einem Beil herumgefuchtelt hatte.

SvHa



DNSB-Führer Jonni Hansen (rechts), Friedhelm Busse (Mitte) Espen Kristensen (links)

Norwegen

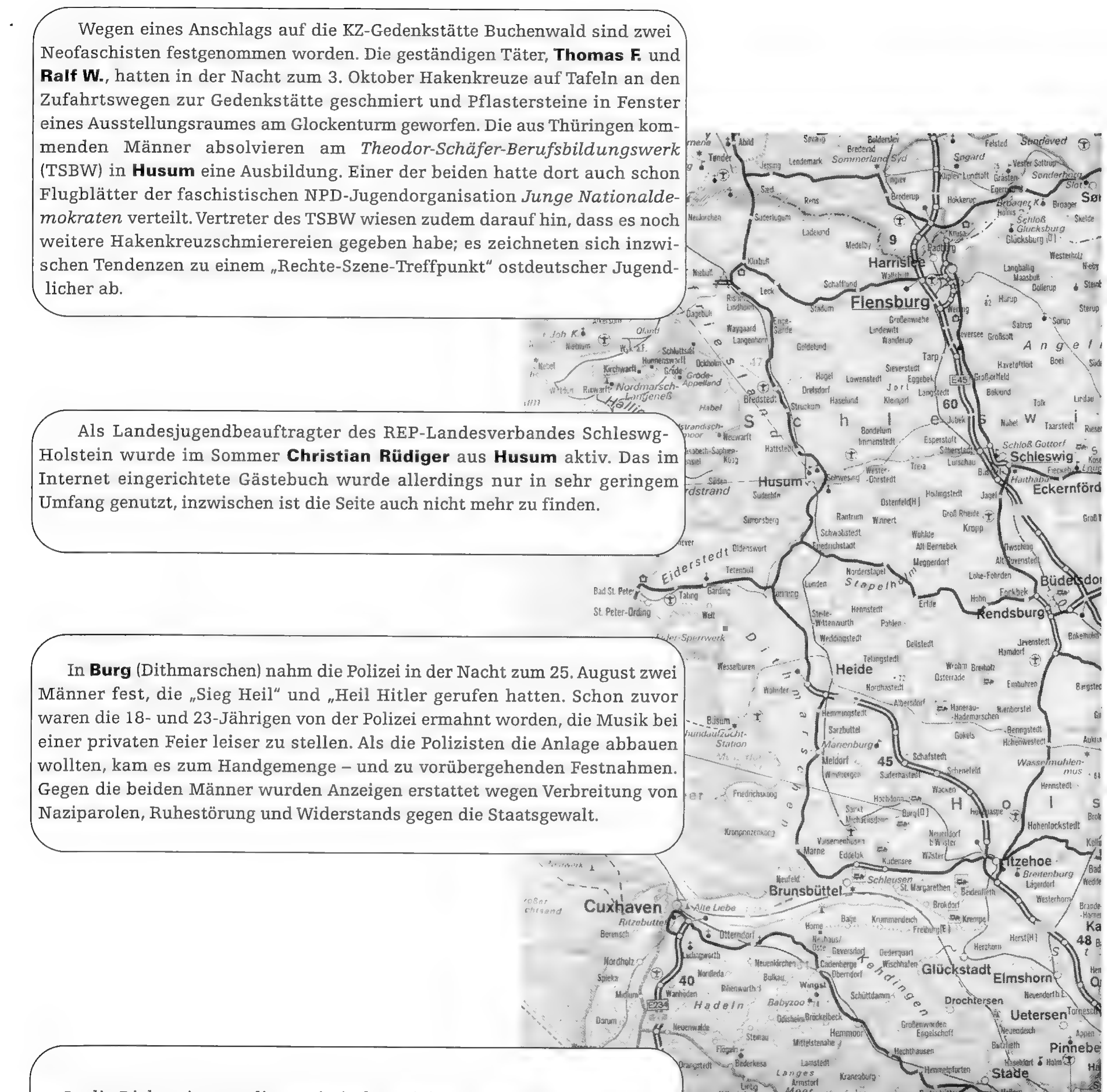
Rechte Fortschrittspartei legt zu

Im September nächsten Jahres wird in Norwegen das Storting, das Parlament, neu gewählt. Nach jüngsten, in der Osloer Tageszeitung Aftenposten veröffentlichten Umfragen ist der Vorsprung der sogenannten Fortschrittspartei weiter angewachsen. Danach würden derzeit 34,7 Prozent der WählerInnen Carl I. Hagen, dem Parteichef der Fortschrittspartei ihre Stimme geben. Der Stimmenanteil für die sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Premier Jens Stoltenberg liegt derzeit bei gut 25 Prozent. Hagen findet selbst bei den traditionell sozialdemokratisch orientierten GewerkschafterInnen überdurchschnittlich Zustimmung. Und in Nordnorwegen, der Finnmark, sind es 39 Prozent, die Hagen ihre Stimme geben wollen, obwohl dieser lange gegen die Regionalsubventionen gehetzt da, mit denen versucht wird, auch in dieser abgelegenen Region gewisse Versorgungsleistungen sicherzustellen. Auch andere Parteien haben an Sympathien verloren, so dass sich der „Haider Norwegens" bereits als neuer Regierungschef ins Spiel gebracht hat.

Im Storting hat die sogenannte Fortschrittspartei derzeit 25 der 165 Sitze, die Sozialdemokratie muss sich mit ihren nur 65 Mandaten stets auf neue Mehrheiten für Gesetzesvorlagen besorgen. Carl Ivar Hagen ist seit 1974 Abgeordneter; vier Jahre später übernahm er die Führung der sogenannten Fortschrittspartei, die fünf Jahre zuvor in einer Osloer Kneipe gegründet worden war. Zunächst hatte sie sich mit Protesten gegen hohe Einkommenssteuern und mit der Forderung nach einer schärferen Politik gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen in der Parteienlandschaft etabliert. Neben solch rassistischer Propaganda tritt Hagen sozialdemagogisch dafür ein, die satten Gewinne, die der norwegische Staat im Öl- und Gasgeschäft einstreicht, für das Bildungs- und Gesundheitswesen zur Verfügung zu stellen. Noch vor einem Jahr war er völlig gegenteiliger Meinung gewesen. Aber dass in dem reichen Ölland die Zustände in den Krankenhäusern elend sind und der Benzinpreis bei etwa 2,50 Mark pro Liter liegt, während der Staat Hunderte Milliarden in einem Erdölfonds hortet, ist für viel WählerInnen nicht zu verstehen. Für Demagogen wie Hagen eine günstige Ausgangssituation.

Sven Hanussen

Wegen eines Anschlags auf die KZ-Gedenkstätte Buchenwald sind zwei Neofaschisten festgenommen worden. Die geständigen Täter, **Thomas F.** und **Ralf W.**, hatten in der Nacht zum 3. Oktober Hakenkreuze auf Tafeln an den Zufahrtswegen zur Gedenkstätte geschmiert und Pflastersteine in Fenster eines Ausstellungsraumes am Glockenturm geworfen. Die aus Thüringen kommenden Männer absolvieren am *Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerk* (TSBW) in **Husum** eine Ausbildung. Einer der beiden hatte dort auch schon Flugblätter der faschistischen NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* verteilt. Vertreter des TSBW wiesen zudem darauf hin, dass es noch weitere Hakenkreuzschmierereien gegeben habe; es zeichneten sich inzwischen Tendenzen zu einem „Rechte-Szene-Treffpunkt“ ostdeutscher Jugendlicher ab.



Als Landesjugendbeauftragter des REP-Landesverbandes Schleswg-Holstein wurde im Sommer **Christian Rüdiger** aus **Husum** aktiv. Das im Internet eingerichtete Gästebuch wurde allerdings nur in sehr geringem Umfang genutzt, inzwischen ist die Seite auch nicht mehr zu finden.

In **Burg** (Dithmarschen) nahm die Polizei in der Nacht zum 25. August zwei Männer fest, die „Sieg Heil“ und „Heil Hitler gerufen hatten. Schon zuvor waren die 18- und 23-Jährigen von der Polizei ermahnt worden, die Musik bei einer privaten Feier leiser zu stellen. Als die Polizisten die Anlage abbauen wollten, kam es zum Handgemenge – und zu vorübergehenden Festnahmen. Gegen die beiden Männer wurden Anzeigen erstattet wegen Verbreitung von Naziparolen, Ruhestörung und Widerstands gegen die Staatsgewalt.

In die Diskussion um die rassistisch motivierte Gewalt hat auch **Baldur Springmann**, einst Mitbegründer der Partei *Die Grünen*, eingegriffen. Gegenüber dem Hamburger Abendblatt verstieg sich der 88-Jährige, der der ökofaschistischen Szene zuzurechnen ist, zu der Behauptung, vor zwei Jahrzehnten hätten „die heutigen Politiker der Grünen selbst als gewaltbereite Chaoten den Staat zerschlagen wollen“. „Bildung, Kultur, Fleiß, Aufrichtigkeit“ - dafür stehe „Deutschland in der Welt“, meinte das langjährige Mitglied der *Unabhängigen Ökologen Deutschlands* (UÖD). Die 1991 gegründete Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, Umweltschutzgedanken in die extreme Rechte einzubringen.

Nach Auskunft der Kriminalp
Anfang August im **Kreis Pinneberg**
Neo-Nazis auch Material über den
und deren Vorsitzenden Gerhard H
zei für möglich, dass der Fund eine
der bereits am 15. Mai das Haus v
beschmiert hatte.

„Bekenntnis zur Zukunft Deutschlands" ist ein Aufruf der neu gegründeten *Deutschen Studiengemeinschaft* (DSG) überschrieben, deren Begründer der langjährige Aktivist der *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft* (SWG), **Edmund Sawall**, ist. In bekannter Manier der extremen Rechten vertritt das Grundsatz-Papier der DSG u.a. die völkische Position, dass „das aus der geschichtlichen Entwicklung hervorgegangene Volk eine natürliche Gemeinschaft (bilde) und Schöpfer und Träger seiner Kultur" sei. Außerdem tritt man für eine „soziale Leistungsgemeinschaft" ein. Zu den Unterzeichnern gehören auch der ehemalige NPD-Funktionär Felix Buck, der frühere Geschäftsführer des CDU-nahen Studienzentrums Weikersheim, Albrecht Jebens, und der Vorsitzende der extrem rechten *Gesellschaft für freie Publizistik*, Rolf Kosiek. Lange nichts gehört hat man hingegen von **Uwe Rheingans**, der ebenfalls unterschrieben hat. Rheingans kam ursprünglich aus der *Deutschen Reichspartei* (DRP) und war 1967 für die NPD in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingezogen. Innerhalb der neofaschistischen Partei gehörte er Anfang der 70er Jahre zum Kirchhainer Kreis, der der Führung um Thadden kritisch gegenüberstand und dem auch Günter Deckert angehörte. Anfang der 80er Jahre protestierten Eltern und SchülerInnen des Gymnasiums in **Neustadt/Holstein**, an dem Rheingans als Studienrat tätig war, gegen dessen neofaschistische Aktivitäten.

Die von Klaus Huscher (Nürnberg) gegründete Kleinorganisation *Volksbund Deutsches Reich* (VBDR) hat in der ersten Jahreshälfte seine Struktur etwas ausgebaut. In Schleswig-Holstein betätigt sich nun **Ulrich Schwetasch (Lübeck)**, früher aktiv bei der NPD, der *Wehrsportgruppe Hoffmann* und der DVU, für diese Gruppe, die der Szene der Auschwitzleugner nahesteht. 1977 wollte Huscher mit den Altnazis Erwin Schönborn und Thies Christophersen in Nürnberg einen sog. „Auschwitz-Kongreß" organisieren, um öffentlichkeitswirksam neonazistische Propaganda verbreiten zu können. Auf den neu eingerichteten Internet-Seiten des VBDR behauptet die Gruppe, dass die Verhaftung der von Hitler eingesetzten Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 völkerrechtswidrig gewesen und die Reichsverfassung noch in Kraft sei.

Bei einer großen Open-Air-Fete am **Klingberg** (an der Kreisgrenze zwischen Stormarn und Segebereg) kam es am 22. Juli zu einer Schlägerei. Unter den 2000 BesucherInnen waren auch 100 Nazi-Skinheads, die nach Schluß der Party eine Schlägerei begannen. Die Polizei setzte Schlagstöcke und Hunde ein, um die extremen Rechten in Schach zu halten.

olizei Itzehoe wurde im Verlaufe einer
durchgeführten Razzia in Wohnungen von
Trägerverein KZ-Gedenkstätte Alveslohe
ch gefunden. Laut Hoch halte es die Poli-
n Hinweis auf jenen Täterkreis darstelle,
on Gerhard Hoch mit einem Hakenkreuz

Gut zwei Wochen nach einem Überfall auf einen schwarzen Deutschen in **Barmstedt** sind die beiden Nazi-Skinheads Anfang September aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Nach dem Angriff auf den 32-Jährigen, der mit Frau und Kind unterwegs war, war zunächst Haftbefehl gegen zwei der drei aus Barmstedt, Elmshorn und Quickborn stammenden Schläger erlassen worden. Gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft wurde nun der Vollzug der U-Haft beendet; den Neonazis wurde zur Auflage gemacht, an einem Anti-Gewalt-Training teilzunehmen und sich regelmäßg bei der Polizei zu melden. Das Bekanntmachen des Überfalls vom 19. August war von der Staatsanwaltschaft aufgrund der „politischen Brisanz" verzögert worden. Nach Informationen der Lübecker Nachrichten wird gegen einen der nun Entlassenen seit längerem ermittelt. Dabei geht es um eine Serie von Anschlägen gegen den Elmshorner IG-Metall-Kollegen Uwe Zabel.

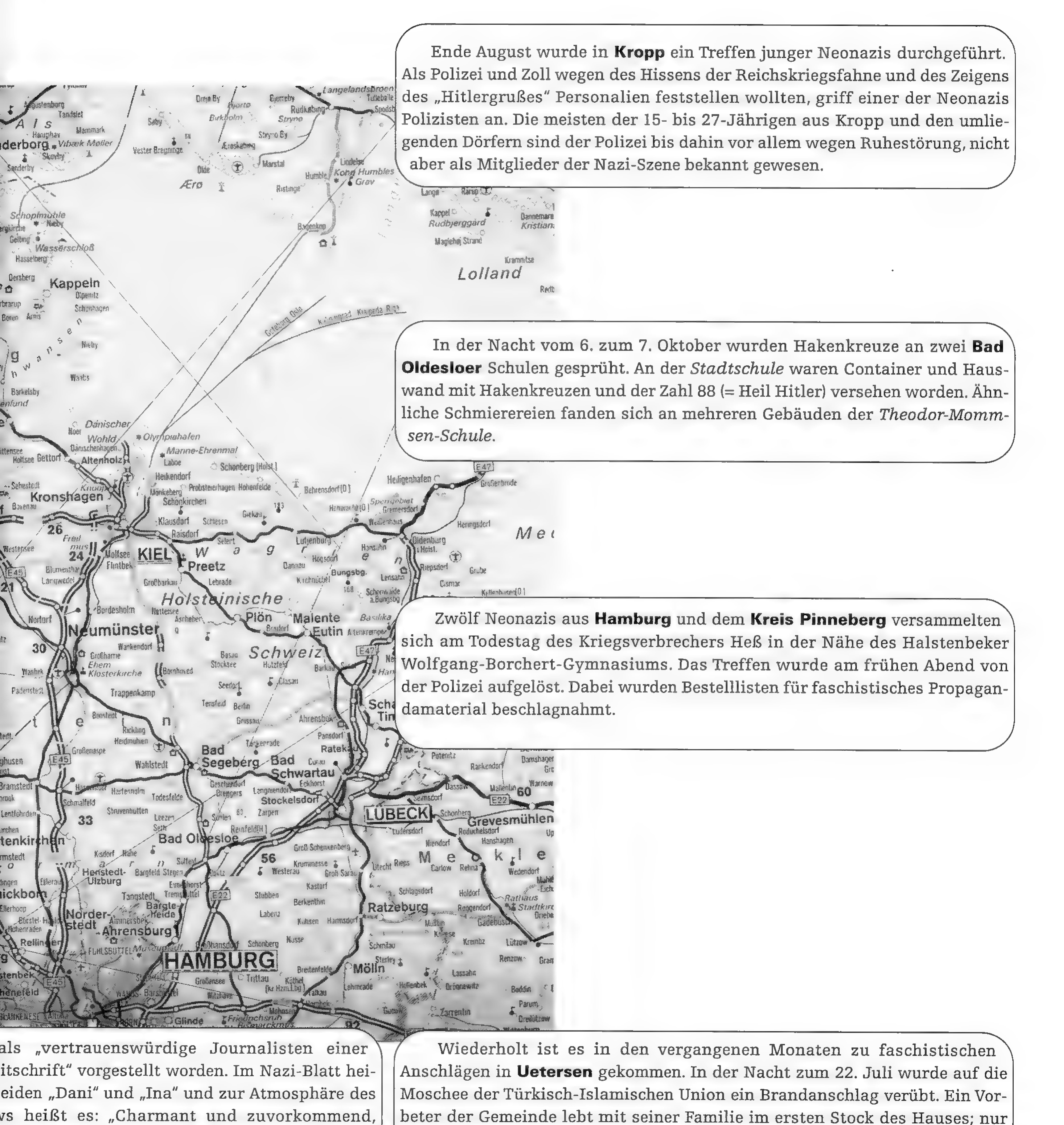
Ende August wurde der Wählerbund Deutschland von **Helmut Reichmann (Lepahn)** wiederbelebt. Reichmann, der vor einiger Zeit zum *Bund freier Bürger* (BFB) gewechselt war, wollte die Auflösung des BFB und die damit verbundenen „finanziellen Konsequenzen" nicht mittragen. In einem an 450 Adressen versandten Rundschreiben appelliert er auch an die „ehemaligen und jetzigen BFB-Mitglieder" sich weiterhin politisch zu engagieren – auch wenn er deren Enttäuschung nach dem Scheitern dieser Partei verstehen könne. Ab September will Reichmann, der sich auch bei den revanchistischen Landsmannschaften engagiert, „versuchen, auch in anderen Bundesländern Weggefährten zu gewinnen."

In der Herbstausgabe der neofaschistischen Zeitschrift Recht und Wahrheit haben die schleswig-holsteinischen Aktivisten der antisemitischen *Ludendorffer*, **Gundolf** und **Elke Fuchs** aus **Hemmingstedt**, vor dem Verbot der NPD gewarnt und eine Stärkung der „volksbewußten Einstellung" gefordert. In der Ludendorffer-Zeitschrift *Mensch und Maß* hatten sie bereits Ende August den Ex-General und jetzigen Brandenburger Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) gelobt, weil dieser „immer schon gegen den Überfremdungsstrom geschwommen" sei, aber „so klare Worte" wie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. Juli seien von ihm „bisher noch nicht vernommen" worden. Für Fuchs kann der Schönbohm-Aufsatz mit dem Titel „Die nationale Identität bewahren, die Zuwanderung begrenzen" als „Beweis gewertet werden, daß sie [einige Politiker] sich zumindest gezwungen fühlen, den erwachenden Deutschen nach dem Munde zu reden. Und das wiederum beweist, daß doch ein starker Abwehrwille gegen die Überfremdungspolitik in der Bevölkerung vorhanden ist." Anfang August hatten Elke und Gundolf Fuchs – ebenfalls in *Mensch und Maß* – formuliert, Kern antirassistischer Aktivitäten sei es, „internationalistischer Gehirnwäsche das Wort zu reden, oder anders gesagt, eine von der natürlichen Einstellung abweichende Bewußtseinslage in bezug auf Ausländer schaffen zu wollen". Antisemitismus und völkischer Rassismus durchziehen alle Stellungnahmen der *Ludendorffer*. Der ihnen verbundene Arbeitskreis für Lebenskunde, dessen norddeutscher Kontaktmann in Bühnsdorf sitzt, verkündet als seine Aufgabe, „Kindern und Jugendlichen bei einer sinnvollen Lebensgestaltung zu helfen". Für das nahe Kiel gelegene Osselberg kündigte der Arbeitskreis für Lebenskunde für Juli und August 2000 ein „Familienlager" und ein „Bau- und Philosophielager" an. Für 10-14 Jährige wurde ein Zeltlager in der Lüneburger Heide angeboten.

Vor einem **Hamburger** Gericht hat der Prozess gegen drei Neonazis begonnen, denen Volksverhetzung vorgeworfen wird, weil auf der Titelseite der Ende 1999 vertriebenen Ausgabe des Nazi-Magazins *Zentralorgan* in altdeutscher Frakturschrift die Parole „Juden raus" prangte. Neonazi-Anwalt Rieger hatte Herausgeber **Klaus Bärthel** im November mitgeteilt, dies sei nicht strafbar. Mit der auf der Anklagebank sitzen **Dirk Sokoll** (Vertrieb: „Das hat mir irgendjemand mal vorbeigebracht, und ich bin dann die Versandabteilung gewesen") und **Tobias Thiessen**, der Beiträge verfasste und an der Gestaltung der Nazi-Postille mitwirkte. Just an diesem Heft will er jedoch nicht mitgearbeitet haben.

In einer früheren Ausgabe des Zentralorgan war im Frühjahr ein Interview mit dem CSU-Generalsekretär Thomas Goppel erschienen. Diesem waren am Rande einer Veranstaltung der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg von deren Präsident Volker Tschapke zwei

Frauen
Jugendz
ßen die l
Intervie
bescheid
brechen
sphäre h
getäusch



Ende August wurde in **Kropp** ein Treffen junger Neonazis durchgeführt. Als Polizei und Zoll wegen des Hissens der Reichskriegsfahne und des Zeigens des „Hitlergrußes" Personalien feststellen wollten, griff einer der Neonazis Polizisten an. Die meisten der 15- bis 27-Jährigen aus Kropp und den umliegenden Dörfern sind der Polizei bis dahin vor allem wegen Ruhestörung, nicht aber als Mitglieder der Nazi-Szene bekannt gewesen.

In der Nacht vom 6. zum 7. Oktober wurden Hakenkreuze an zwei **Bad Oldesloer** Schulen gesprüht. An der *Stadtschule* waren Container und Hauswand mit Hakenkreuzen und der Zahl 88 (= Heil Hitler) versehen worden. Ähnliche Schmierereien fanden sich an mehreren Gebäuden der *Theodor-Mommsen-Schule.*

Zwölf Neonazis aus **Hamburg** und dem **Kreis Pinneberg** versammelten sich am Todestag des Kriegsverbrechers Heß in der Nähe des Halstenbeker Wolfgang-Borchert-Gymnasiums. Das Treffen wurde am frühen Abend von der Polizei aufgelöst. Dabei wurden Bestelllisten für faschistisches Propagandamaterial beschlagnahmt.

als „vertrauenswürdige Journalisten einer
itschrift" vorgestellt worden. Im Nazi-Blatt hei-
eiden „Dani" und „Ina" und zur Atmosphäre des
vs heißt es: „Charmant und zuvorkommend,
en und erfreulich mitteilsam konnte er das Eis
und eine fast schon kameradschaftliche Atmo-
erstellen." Der Christsoziale sieht sich arglistig
t.

Wiederholt ist es in den vergangenen Monaten zu faschistischen Anschlägen in **Uetersen** gekommen. In der Nacht zum 22. Juli wurde auf die Moschee der Türkisch-Islamischen Union ein Brandanschlag verübt. Ein Vorbeter der Gemeinde lebt mit seiner Familie im ersten Stock des Hauses; nur durch Zufall entstand kein größerer Schaden. Die Täter kamen mit einem Motorroller, dessen Kennzeichen mit Folie überklebt war. Mitte August wurden am Kriegerdenkmal für die Soldaten des Ersten Weltkrieges rassistische Parolen und ein Hakenkreuz gesprüht; der Name „Adolf H." wurde der Liste der am Kriegerdenkmal genannten Namen hinzugefügt.

P.R.O. pro Rechtsbeugung ?

Seit Jahren schon sorgt der Hamburger Amtsrichter Roland Barnabas Schill für Schlagzeilen – meist durch überaus harte Urteile wegen Bagatelldelikten. Nun ist er selbst verurteilt worden – wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung. Das wird ihn kaum Sympathien von law-and-order-Fanatikern kosten, die Auswirkungen auf die Chancen der von „Richter Gnadenlos" gegründeten Partei Rechtsstaatliche Offensive (P.R.O.) bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft bleiben aber abzuwarten.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wude am 13. Juli in Hamburg eine neue Rechtsaußenpartei gegründet: P.R.O. – Partei Rechtsstaatliche Offensive. Im Mittelpunkt des Programms stehen Forderungen für den starken Staat: keine Nachsicht bei jugendlichen Straftätern, mehr Polizei, weniger Begnadigungen; außerdem die schnellere Abschiebung von straffälligen ausländischen Jugendlichen und die Einrichtung eines geschlossenen Heimes mit 100 Plätzen für „den harten Kern von Intensivgewalttätern unter Kindern und Jugendlichen". Als politische Vorbilder nennt Schill Edmund Stoiber (CSU) und den New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani, den Erfinder des „Null-Toleranz"-Konzepts. Dafür ist New Yorks Polizei wiederholt auch international wegen ihrer Brutalität in die Schlagzeilen geraten.

Der „Null-Toleranz"-Linie folgend tritt Schill dafür ein, den Hamburger Graffiti-Sprayer „OZ" bis zu fünfzehn Jahre in Haft zu stecken. Und im P.R.O.-Programm schlägt sich dieses Verständnis in der Forderung nieder, dass „das Kartell strafunwilliger Jugendrichter aufgelöst" wird. Vereinzelt haben sich Politiker aus CDU, SPD und Statt-Partei der P.R.O. angeschlossen, die in massloser Selbstüberschätzung daran glaubt, bei den nächsten Parlamentswahlen bis zu 30 Prozent der Stimmen bekommen zu können. Dann wolle man – so Schill – mit der CDU koalieren.

Die Gründung der P.R.O. war von einem Teil der konservativen Presse äußerst wohlwollend verfolgt worden. So hatte die Welt am Sonntag in einem ausführlichen Interview dem Unternehmer Franz-Joseph Underberg Gelegenheit gegeben, Werbung für die Schill-Partei zu machen. Ein Engagement in der Hamburger CDU sei für Underberg nicht denkbar, weil diese „die SPD doch in manchen Fragen schon links" überhole. Daher sei mit der P.R.O. nun die „CSU des Nordens" gegründet worden. Der verständnisvolle Tenor der konservativen Welt änderte sich, als bereits kurz nach der Parteigründung bekannt wurde, dass einige der frisch gewählten P.R.O.-Funktionsträger selbst bereits mit dem Gesetz in Konflikt gekommen waren. Das wollte so gar nicht zum Image der „Saubermann"-Partei passen. Der Journalist Rainer Koppke war im Jahr 1990 wegen fortgesetzter Untreue zu acht Monaten Haft verurteilt worden – er hatte 60 000 Mark Einnahmen vom Wohltätigkeitsauftritt einer Fußball-Prominenten-Auswahl für sich abgezweigt. Das Vorstandsmitglied Anthony Rau war im März von einem Amtsgericht wegen versuchter Bestechung zu einer Geldstrafe verurteilt worden; und Franz-Josef Underberg aus der Magenbitter-Dynastie legte sein Amt nieder und trat aus der Partei aus, weil bekannt geworden war, dass er 1992 zu einer Geldstrafe von 31 000 Mark verurteilt worden war, weil er in illegale Waffenexportgeschäfte verwickelt war.



Law and Order-Mann Schill: er selbst erfährt Milde

Auch Schill geriet immer mehr unter Druck: Zunächst war er versetzt worden und tat seit Anfang 2000 an einer Zivilkammer Dienst. Mitte September wurde er vorläufig des Richteramtes enthoben, weil – so das Richterdienstgericht – „das Vertrauen in Amtsführung und Glaubwürdigkeit der Rechtssprechung eines wegen Rechtsbeugung angeklagten Richters grundsätzlich nicht mehr gegeben" sei.. Seit Anfang Oktober mußte er sich als Angeklagter wegen des Verdachts der Rechtsbeugung und der Freiheitsberaubung im Gerichtsaal 337 verantworten. Im Mai 1999 hatte er zwei Zuhörer, die sich bei einer Urteilsverkündung nicht schnell genug erhoben hatten, wegen „ungebührlichen Verhaltens" und Missachtung von Anweisungen zu je drei Tagen Ordnungshaft

verdonnert. Diese wurden sofort vollstreckt. Die unmittelbar danach eingelegte Beschwerde der Anwälte der beiden wurde von Schill nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, unmittelbar an das Oberlandesgericht (OLG) weitergeleitet, sondern erst zwei Tage später. Damit hatte er deren Rechtschutz unterlaufen; das OLG liess die beiden Männer frei – schon aus formellen Gründen hätte die Haft gar nicht verhängt werden dürfen.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Ewald Brandt, hatte in seinem Schlussvortrag eine Freiheitsstrafe von sieben Monaten gefordert und war damit deutlich unter der für Rechtsbeugung vorgesehenen Mindeststrafe von einem Jahr geblieben. Die von Schill und dessen Anwalt Walter Wellinghausen vorgetragenen Erklärungen wertete Brandt als Schutzbehauptungen und Lügen. Das Gericht verurteilte Schill schließlich zu einer Geldstrafe von 12 000 Mark; dieser will in Revision gehen.

Der Prozess wurde von vielen Mitgliedern und Sympathisanten der P.R.O. verfolgt. Sie sehen Schill, der der Stadt Hamburg vorgeworfen hatte, sie habe „ein Herz für Verbrecher", als Opfer einer Verschwörung. Gleiches gilt für Schill: In einer Mischung aus Selbstüberschätzung und Paranoia meinte er in einem Interview in der Welt am Sonntag gar, er könne sich in dieser Stadt seines Lebens nicht mehr sicher sein. Für ihn würden heute selbst die Schulen missbraucht, um „zu einem Umbau der Gesellschaft im Sinne linker Theorie zu gelangen", und die Politik verschliesse die Augen davor, dass „Drogenkuriere in Kurdistan und im Kosovo angeworben werden, indem man ihnen Filme über den Luxus deutscher Strafanstalten zeigt". So sei denn auch der Prozess gegen ihn, Schill, der Versuch, diese politischen Sichtweisen abzustrafen.

Die Menschenmauer - Dänemark im Oktober 1943: Die Rettung der Juden vor der Vernichtung

Eine Ausstellung in der Internationalen Begegnungsstätte Mölln
27. Oktober bis 18. November 2000

Am 9. April 1940 besetzten deutsche Truppen Dänemark und Norwegen. Drei Jahre später wurde die Deportation der Juden aus Dänemark vorbereitet. Als die Nachricht von der bevorstehenden Deportation bekannt wurde, kam es im Oktober 1943 in unserem Nachbarland zu einer einzigartigen Aktion des Widerstandes: Dänische Bürger retteten das Leben von ca. 7000 Juden, die in einer spontanen Massenaktion mit Booten und Schiffen in das unbesetzte Schweden gebracht wurden. „Einmann und seinen Männern widerfuhr etwas Unerwartetes: Die Juden entzogen sich ihrem Zugriff und verschwanden sozusagen hinter einer Menschenmauer, die von der dänischen Bevölkerung im Laufe einer einzigen Nacht errichtet wurde." (Leni Yahil, jüdische Historikerin 1964)

Das „Museum des dänischen Widerstandes" stellte zum 50. Jahrestag der Rettungsaktion eine Ausstellung mit eindrucksvollen Bildern und Texten zusammen. Wir freuen uns, diese Ausstellung in Mölln zeigen zu können.

Öffnungszeiten der Ausstellung:

Dienstags und Donnerstags	**15.00 – 17.00 Uhr**
Mittwochs	**16.00 – 20.00 Uhr**
Sonntags	**15.00 – 18.00 Uhr**

„Ein wirklich gutes Geschäft"

Marine-Ehrenmal Laboe: Hakenkreuze und Reichskriegsflaggen erschrecken ausländische Touristen

Das Marine-Ehrenmal in Laboe an der Kieler Förde stößt bei TouristInnen nicht auf ungeteilte Zustimmung. Besonders Gäste aus Ländern, die während des zweiten Weltkriegs von deutschen Truppen besetzt waren, monieren, trotz der herrlichen Aussicht vom 85 Meter hohen Betonturm, immer wieder die Vielzahl der hier zu sehenden Hakenkreuze, die auch nachträglich noch an ausgestellten Schiffs- und Flugzeugmodellen angebracht wurden. Auf Kritik stößt auch das kommentarlose Ausstellen von Flaggen und Schiffszubehör aus der Zeit des Hitler-Faschismus, auf denen ebenfalls - gut sichtbar und ordentlich gepflegt - Nazi-Symbole prangen. Nicht weit vom Turm ist ein an den Strand gezogenes deutsches U-Boot, für ein paar Mark nach kurzem Schlange-Stehen, zu besichtigen. Einige Kilometer weiter in Richtung Kiel (in Möltenort, Anm. E.i.E.), befindet sich zudem ein Denkmal für die im Krieg ums Leben gekommenen deutschen U-Boot-Fahrer – über 30.000 Namen auf dunklen Metalltafeln.

„Die Deutschen scheinen sich wohl noch immer mit diesen für uns schrecklichen Zeichen zu identifizieren", meinte ein Ehepaar aus den Niederlanden bei einem Besuch des Turms (in Laboe) sowie der angrenzenden Weihe- und der Gedenkhalle. „Daß selbst neue Modelle mit einer fein säuberlich gemalten Hakenkreuzflagge versehen werden, finde ich unglaublich", machte ein Gymnasiallehrer aus Dänemark deutlich: „Ist das hier ein Ehrenmal für gefallene Marinesoldaten oder ein Tempel, in dem sich Neonazis wohl fühlen sollen ?"

Unterhalten wird das 1936 von Adolf Hitler persönlich eingeweihte Marine-Ehrenmal vom Deutschen Marinebund in Wilhelmshaven. Dessen Vorsitzender Michael Kämpf argumentiert, daß man sich auch bei nach dem Zweiten Weltkrieg gefertigten Modellen von Flugzeugen und Kriegsschiffen „der historischen Wahrheit verpflichtet" fühle. Bei der fast unmittelbar neben der Dienstflagge der bundesdeutschen Marine im sogenannten Flaggenraum drapierten Hakenkreuzfahne handele es sich ebenfalls um eine „rein museale Darstellung", so Kämpf. Es komme immer wieder einmal vor, daß dem Deutschen Marinebund – der nach eigenen Angaben das, weit über die Kieler Bucht sichtbare, Ehrenmal ohne öffentliche Mittel unterhält – „solche Anwürfe" vorgetragen würden. Selbst im schleswig-holsteinischen Landtag, räumte der Vorsitzende ein, seien kritische Stimmen in der Vergangenheit zu hören gewesen, allerdings nur „ganz vereinzelt". Er werde deswegen, versprach der pensionierte Marineoffizier Kämpf, die neuerlichen Beschwerden im Vorstand des Deutschen Marinebundes diskutieren lassen.

Am Fuß des Ehrenmales betreibt Lars Rehmschneider einen Kiosk, in dem er eine Reihe von Artikeln verkauft, auf denen die sogenannte Reichskriegsflagge aus dem ersten Weltkrieg abgebildet ist. Dieses Symbol haben in den vergangenen Jahren die deutschen Neonazis für sich entdeckt, da das Vorzeigen von nationalsozialistischen Emblemen in der Bundesrepublik strafbar ist. Bei Rehmschneider kann man Stockflaggen zu fünf Mark, 90 x 150 Zentimeter große Reichskriegsflaggen für 19 Mark und sogar Kissen, Fahrradwimpel und Feuerzeuge mit dem bei Neonazis beliebten Symbol kaufen. In einem Schaufenster preist er zudem die Memoiren des Hitler-Nachfolgers und verurteilten Kriegsverbrechers Karl Dönitz an. Die Reichskriegsflaggen würden von allen Altersschichten gekauft, betonte Rehmschneider. „Die Alten nehmen eine Fahne mit, weil sie früher vielleicht noch dabei waren. Die Jungen kaufen sie, weil sie es nicht besser wissen", sagte der 30 jährige Kioskbesitzer. Schon häufiger sei er wegen dieser Waren als „Nazi" beschimpft worden. Damit könne er aber durchaus leben, denn:"Das ist wirklich ein gutes Geschäft."

Laboe: draußen Reichskriegsflaggen - innen Hakenkreuzfahnen

(aus: junge Welt, 14.September 2000)

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough wird ab Ausgabe 12 von rat-reihe antifaschistischer texte vertrieben.

Das heißt, der Vertrieb und die Abobetreuung wird ab sofort verbindlich laufen. Wenn in der letzten Zeit mit eurem Abo etwas schief gelaufen ist, meldet euch, wir werden eine Lösung finden.
Wir suchen neben neuen AbonnementInnen auch WeiterverkäuferInnen. Meldet euch für WeiterverkäuferInnenbedingungen.

Die Enough is enough und unsere Bücher und Broschüren haben in der Vergangenheit gezeigt, dass Antifaschismus und Antirassismus mehr ist als ein Sommerlochthema, wir werden weiterhin Lesestoff gegen den rechten Mainstream anbieten! Fight fascism!

Antivisionen (Hg.)

Schicksal & Herrschaft

Materialien zur Kritik an der New-Age-Bewegung



EsoterikerInnen sind keine harmlosen Spinner. Hinter dem alternativen Habitus verstecken sich autoritäre Gesellschaftsmodelle, kapitalistisch-patriarchal orientierte Strukturen, biologistische Geschlechtsrollen und Rassismen.
Die Broschüre stellt in einzelnen Kapiteln verschiedene Versatzstücke esoterischer Ideologien dar und kritisiert sie fundamental.

»Schicksal und Herrschaft heißt ein neuer lesenswerter Reader zum Thema New Age/Esoterik. ... es sei nur noch gesagt, daß eine umfangreiche Literaturliste zum Thema, unterteilt in Original und Kritik, diese – und auch das kann man erwähnen – ansprechend gestaltete Broschüre abschließt.«
ZAG

Broschüre A4 · 80 Seiten
1 Ex. – 10 DM · 5 Ex. – 35 DM
10 Ex. – 60 DM · inkl. Porto

Norddeutsche Antifagruppen (HG.)

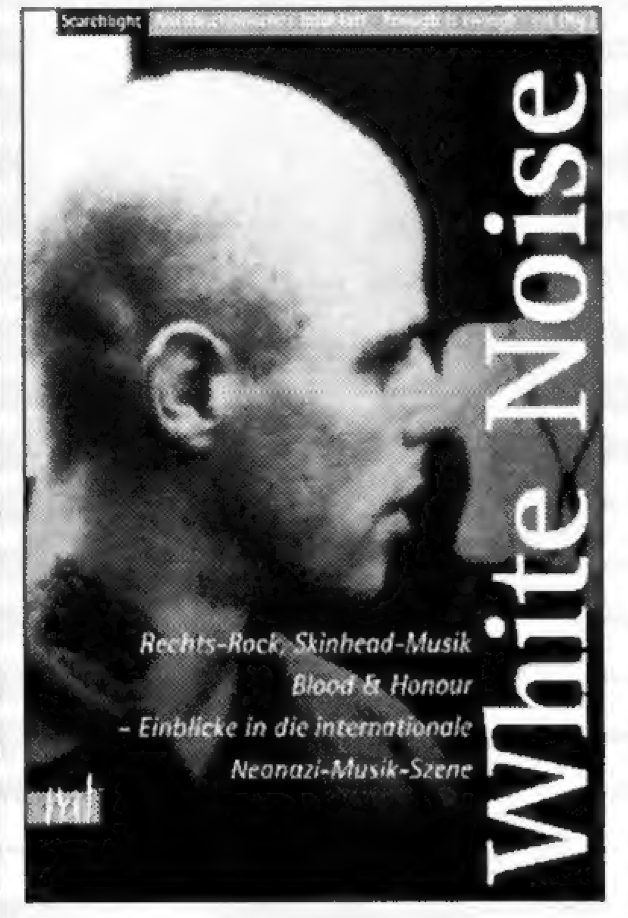
Rosen auf den Weg gestreut

Eine Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen



Anlaß für diese Broschüre sind die Erfahrungen, die insbesondere in ländlichen Gegenden mit der »akzeptierenden Jugendarbeit« gemacht werden. In den meisten Fällen führte diese Form der Jugendarbeit, die rechtsradikale Einstellungen bei Jugendlichen akzeptiert statt sie in Frage zu stellen und gegen sie zu intervenieren, zur Stärkung rechtsradikaler Strukturen und zur Verdrängung andersdenkender Jugendlicher. An Hand von konkreten Beispielen wird in der Broschüre der Bogen geschlagen zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Heitmeierschen Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen.

4. Auflage 2000
48 Seiten A5
1 Ex. 5 DM/incl. Porto
10 Ex. 30 DM/incl. Porto



2. Auflage
ISBN 3-89771-803-0
160 Seiten
10 € · 19,80 DM

Searchlight · Antifaschistisches Infoblatt
Enough is enough · rat (Hg.)

White Noise

Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene

»Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Rechtsrock widmet sich der ›White Noise‹-Sammelband sowohl den geschichtlichen Entwicklungen von Nazi-Musik in den USA und England als auch den wichtigsten Akteuren in der bundesdeutschen und internationalen Rechtsrock-Szene.«
blick nach rechts 8/2000

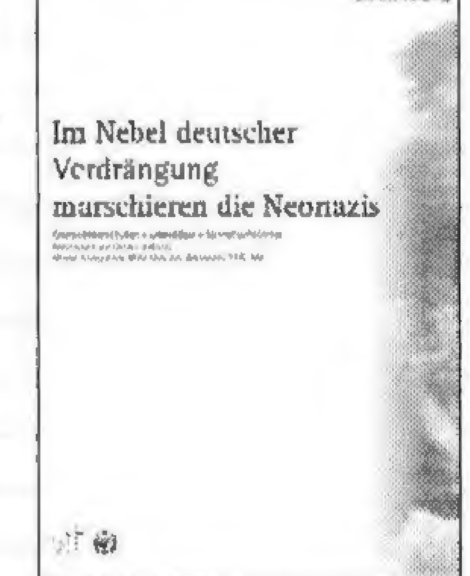
»...ein sehr gut recherchiertes Buch, dass trotz der Fülle an Fakten unterhaltsam zu lesen ist und in keinem antifaschistischen Bücherschrank fehlen sollte. Als Standardwerk für Lehrer und allen in der Jugendarbeit Tätigen nur zu empfehlen.«
antifaschistische Zeitung Berlin 3/2000

Autonome Antifas (HG.)

Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis

Reaktionen auf die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«

»Der Schwerpunkt des Heftes beschreibt die Organisierung militanter Neonazis gegen die Ausstellung. Die AutorInnen geben eine kurze Einführung in ihre Strukturen und zeigen die Entwicklung der für die Mobilisierung gegen die Wehrmachtsausstellung so wichtigen ›Freien Nationalisten‹ auf.«
analyse und kritik (ak)



Broschüre A5 · 2. Auflage · 16 Seiten
1 Ex. – 3 DM · 5 Ex. – 5 DM · inkl. Porto

So gehts:

Ich abonniere ab der nächsten Ausgabe ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 20 DM bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 40 DM abonniere, erhalte ich eine Broschüre deiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 20 DM ab Nr. 12 ( ) ab Nr. ( )
( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 40 DM ab Nr. 12 ( ) ab Nr. ( )
( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Schicksal und herrschaft ( ) Rosen ... ( ) im Nebel...
( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher ebenfalls gegen Vorkasse
( ) White Noise ( ) Freiheit und Wahn deutscher Arbeit
( ) Broschüren ( ) Schicksal und herrschaft ( ) Rosen ... ( ) im Nebel...

Ich habe der Sendung ( ) DM in Scheinen oder/und Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg



Neue Abobestelladresse:

Abobestellungen an:

rat (Reihe Antifaschistischer Texte)

c/o Schwarzmarkt

Kleiner Schäferkamp 46

20357 Hamburg

Ein Abo kostet DM 20,- für 4 Ausgaben.

Lieferung (leider) nur gegen Vorkasse.